



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

---

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

---

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

---

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

WIPO/UPOV/CE/I/4

Original: englisch/französisch

Datum: 2. Februar 1990



WELTORGANISATION FÜR  
GEISTIGES EIGENTUM



INTERNATIONALER VERBAND  
ZUM SCHUTZ  
VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

**SACHVERSTÄNDIGENAUSSCHUSS  
ÜBER DAS VERHÄLTNIS  
ZWISCHEN PATENTSCHUTZ UND SORTENSCHUTZ**

Genf, 29. Januar bis 2. Februar 1990

BERICHT

vom Sachverständigenausschuss angenommen

**I. EINLEITUNG**

1. Der Sachverständigenausschuss über das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz (nachfolgend als der "Sachverständigenausschuss" bezeichnet) – der gemeinsam vom Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum als Teil des Programms für 1990/1991 des Internationalen (Pariser) Verbands zum Schutz des gewerblichen Eigentums (siehe Dokument AB/XX/2, Punkt PRG.031) und vom Generalsekretär des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzensorten (UPOV) als Teil des Programms dieses Verbands für 1990/1991 (siehe Dokument C/XXIII/4, Punkt UV.07) einberufen worden war – trat vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 in Genf zu seiner ersten Tagung zusammen.

2. Die folgenden (39) Staaten waren an der Tagung vertreten:

Aegypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bangladesch, Belgien, Brasilien, Chile, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Deutschland (Bundesrepublik), Finnland, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Irland, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Republik Korea, Senegal, Sowjetunion, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Tunesien, Türkei, Ungarn, Uruguay, Venezuela, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Vietnam.

3. Die folgenden zwischenstaatlichen Organisationen waren auf der Tagung vertreten:

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäische Patentorganisation (EPO), Internationale Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA), Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG-Kommission) und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

4. Die folgenden nichtamtlichen Organisationen waren auf der Tagung vertreten:

Allgemeiner Ausschuss für ländliches Genossenschaftswesen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (COGECA), Asian Patent Attorneys Association (APAA), Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (COPA), Ausschuss der nationalen Institute von Patentanwälten (CNIPA, Committee of National Institutes of Patent Agents), Europäische Vereinigung von Industrievertretern für geistiges Eigentum (FEMIP), Europäischer Rat der Vereinigungen der Chemiehersteller (CEFIC, European Council of Chemical Manufacturers' Federations), Europäischer Verband der Vereinigungen der pharmazeutischen Industrie (EFPIA, European Federation of Pharmaceutical Industries Associations), Industrieverband für Biotechnologie (IBA, Industrial Biotechnology Association), Institut professioneller Vertreter beim Europäischen Patentamt (EPI, Institute of Professional Representatives Before the European Patent Office), Internationale Vereinigung für die Förderung von Bildung und Forschung in Bezug auf geistiges Eigentum (ATRIP, International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property), Internationale Gemeinschaft der Züchter vegetativ vermehrter Zier- und Obstpflanzen (CIOPORA), Internationale Gruppe der nationalen Verbände agrochemischer Hersteller (GIFAP), Internationale Handelskammer (IHK), Internationale Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz (AIPPI), Internationale Vereinigung landwirtschaftlicher Erzeuger (IFAP), Internationale Vereinigung der Anwälte für geistiges Eigentum (FICPI), Internationale Vereinigung des Saatguthandels (FIS), Internationaler Verband des Erwerbsgartenbaus (AIPH), Internationaler Verband der Pflanzenzüchter für den Schutz von Pflanzenzüchtungen (ASSINSEL), Japan Patent Association (JPA), Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht (MPI), Pacific Industrial Property Association (PIPA), Verband der Industrie- und Arbeitgebervereinigungen Europas (UNICE) und Vereinigung der Pflanzenzüchter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (COMASSO).

5. Dr. Arpad Bogsch, Generaldirektor der WIPO und Generalsekretär der UPOV, eröffnete die Tagung.

6. Der Sachverständigenausschuss wählte einstimmig Herrn W.F.S. Duffhues (Niederlande) und Herrn Alec Sugden (Vereinigtes Königreich) als gemeinsam amtierende Vorsitzende. Herr J.-F. Prevel (Frankreich) leitete die Sitzung am 2. Februar 1990 auf einer Ad-hoc-Basis. Herr Ludwig Bäumer (WIPO) und Herr André Heitz (UPOV) fungierten gemeinsam als Sekretäre des Sachverständigenausschusses.

7. Die Erörterungen stützten sich auf ein gemeinsam vom Internationalen Büro der WIPO und dem Büro der UPOV erstelltes Dokument mit dem Titel "Fragen zum Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz" (Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2, nachfolgend als "die Fragen" bezeichnet). Zudem nahm der Sachverständigenausschuss von einem vom Internationalen Büro der WIPO ausgearbeiteten Dokument mit dem Titel "Zusammenfassung der beim Internationalen Büro der WIPO und dem Büro der UPOV zu Dokument CAJ/XXIV/4 eingegangenen Stellungnahmen" (Dokument WIPO/UPOV/CE/I/3) Kenntnis.

8. Das Sekretariat nahm von den gemachten Ausführungen Kenntnis und zeichnete sie auf Tonband auf. Der Bericht fasst die Diskussionen zusammen, ohne alle Bemerkungen widerzuspiegeln. Die hauptsächlichen Bemerkungen und Schlussfolgerungen der Diskussionen sind nachfolgend wiedergegeben.

## II. ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

9. Der VORSITZENDE (Herr Sugden) lud die Delegationen zur Abgabe allgemeiner Bemerkungen ein und bat die einzelnen Redner, ihren Namen zu nennen und zu erkennen zu geben, ob sie für ihre gesamte Delegation sprächen oder nicht, weil vermutlich in vielen Ländern noch keine endgültigen Stellungnahmen zu den im Sachverständigenausschuss zur Diskussion stehenden Fragen ausgearbeitet worden seien.

10. a) Botschafter WALKER (Australien) erklärte, dass die gemeinsame UPOV/WIPO-Tagung auf Entwicklungen in den vergangenen 25 Jahren oder sogar in der Zeit davor zurückzuführen sei sowie auf die Fortschritte in der Technik, die im Zusammenhang mit der lebenden Materie und insbesondere Pflanzen stehe. In unmittelbarer Vergangenheit habe ein Sachverständigenausschuss für biotechnologische Erfindungen und gewerbliches Eigentum von 1983 bis 1988 viermal unter der Aegide der WIPO getagt. Australien habe nicht an diesen Tagungen teilgenommen, weil die behandelten Fragen in bezug auf die Situation in Australien eher von akademischem denn praktischem Interesse gewesen seien. Seit 1987 habe die UPOV vier Tagungen zur Revision des UPOV-Uebereinkommens abgehalten. Australien sei 1989 dem UPOV-Uebereinkommen beigetreten und habe im April und Oktober 1989 an zwei dieser Tagungen teilgenommen. Die Verwaltungsräte der WIPO und UPOV hätten, wie im Sitzungsdocument WIPO/UPOV/CE/I/2 erwähnt, der Einberufung dieser einmaligen Tagung zugestimmt. Die Frage des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz weise - zumindest nach der Darstellung im Arbeitsdocument für diese Tagung - einen doppelten Aspekt auf. Ein Aspekt bestehe in dem eigentlichen Verhältnis zwischen den beiden Schutzformen - z. B. in dem Fall, dass ein Pflanzenzüchter wünsche, ein patentiertes Gen in einer neuen Sorte zu benutzen. Der andere Aspekt sei weniger eine Frage des Verhältnisses als eine Frage der Wahl, ob nur ein oder aber beide Systeme in bezug auf einen bestimmten Gegenstand zur Anwendung kommen sollten, und zwar unter Berücksichtigung des Umstandes, dass beide Systeme kumulierbar zum Tragen kommen könnten. Bei der eigentlichen Frage gehe es aus historischen, wenn nicht aus anderen Gründen, in den meisten Fällen um die Anwendung des Patentsystems, weil das UPOV-System besonders für den Schutz auf einem spezifischem Gebiet, d. h. dem neuer Pflanzensorten, ausgearbeitet worden sei. Möglicherweise könnte es aber noch andere Fälle geben, in denen die Revisionsvorschläge der UPOV zur Frage stünden, falls sie die Wirkung hätten, neue Ueberschneidungsbereiche zwischen den beiden Systemen herbeizuführen.

b) Grob überschlagen, enthalte das Arbeitsdocument etwa 35 Fragen, die die Tagung zu prüfen habe. Einige der Fragen seien insofern von untergeordneter Bedeutung, als sie mehr darauf abzielten, eine Schlussfolgerung betreffend eine wesentliche Frage auf die eine oder andere Weise zu unterstützen, oder



als sie sich nur für den Fall stellten, dass eine bestimmte Schlussfolgerung in bezug auf eine wesentliche Frage erreicht würde. In dem Arbeitsdokument werde nicht versucht aufzuweisen, welche Fragen nicht mehr relevant wären, falls die beiden in Absatz 8 aufgeworfenen Fragen bejaht würden. Es könnte für den Ausschuss sinnvoll sein, einige Zeit der Ausarbeitung eines derartigen grossen Ueberblicks über die Fragen zu widmen, die im Arbeitsdokument angeschnitten würden. Von der Arbeit des Ausschusses sei eher ein informatives als ein normatives Ergebnis zu erwarten.

c) Zur Veranschaulichung könne man die derzeitige Rechtslage in den einzelnen Ländern verschiedenen Modellen zuordnen. Modell A betreffe ein Land, in dem sowohl das Patentsystem als auch das Sortenschutzsystem zur Anwendung kämen, und zwar ohne dass ihre Anwendung - abgesehen von den normalen Einschränkungen - irgendwie begrenzt würde. Beispiele für dieses Modell seien Australien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Modell B betreffe ein Land, in dem beide Systeme funktionierten, das aber das Patentsystem auf bestimmte Pflanzengattungen beschränke, auf die das UPOV-System nicht anwendbar sei. Das letztere System sei aber nichtsdestoweniger auf viele oder die meisten Pflanzengattungen anwendbar. Modell C betreffe ein Land, in dem beide Systeme angewandt würden, in dem Pflanzensorten aber aus dem Patentsystem ausgenommen seien. Modell D betreffe ein Land, das nur ein System (typischerweise das Patentsystem) ohne Einschränkung habe. Modell E betreffe ein Land, das nur ein System - wiederum typischerweise das Patentsystem - habe, aber den Schutz von Pflanzensorten aus dem Patentsystem ausnehme, die infolgedessen jeglicher Schutzform entbehrten.

d) Der Sachverständigenausschuss der WIPO schlage lediglich Lösungsempfehlungen vor. Das WIPO-Mustergesetz für Entwicklungsländer betreffend Erfindungen scheine indes der Anlass dafür gewesen zu sein, dass eine Reihe von Entwicklungsländern in die Kategorie von Modell E fielen - d. h., dass sie überhaupt keinen Schutz für Pflanzensorten und Tierrassen hätten. Dies sei durchaus eine Frage, die zu denken gebe und zu berücksichtigen sei. Die Diskussionen in diesem Ausschuss könnten sehr wohl einen Einfluss auf die Revisionsarbeit für das UPOV-Uebereinkommen haben. Beide zuvor erwähnten Aspekte des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz seien in diesem Zusammenhang zu sehen, d. h. erstens die Wechselwirkung zwischen den beiden Systemen und zweitens die Frage, ob beide Systeme ohne Ausnahme zur Verfügung stehen sollten.

e) Wie 1983 in einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bestätigt, sei Australien ein Land, das der Kategorie von Modell A zuzuordnen sei. Sein Patentgesetz sei in seiner allgemeinen Fassung denjenigen gut bekannt, die mit dem britischen Patentsystem vor 1977 vertraut seien. Die einzigen Bestimmungen, in denen Ausnahmen aus der Patentierbarkeit festgelegt seien, beträfen allgemeine Begriffe dessen, was eine "Erfindung" sei. Es gebe keine Ausnahme von Pflanzensorten oder Tierrassen. Patentgesetze existierten in Australien seit Ende des 19. Jahrhunderts - d. h. noch vor dem Australischen Bundesstaat - und das derzeitige Patentgesetz von 1952 sei eine Fortführung dieser frühen Gesetze.

f) Der Schutz der Pflanzenzüchter sei im Rahmen des mit dem UPOV-System konformen Sortenschutzgesetzes von 1987 vorgesehen. Dieses Gesetz habe erst nach langer Debatte erreicht werden können. Es spiegele vor allem das Interesse der Pflanzenzüchter des Privatsektors an dieser Schutzform wider. Patente für Pflanzensorten würden seit 1983 erteilt. Indes habe es den Anschein, dass, wo der Schutz für eine Pflanzensorte per se und nichts weiter angestrebt werde, das Sortenschutzgesetz gewählt werde. Dies sei zumindest aus dem Rückgang der Patentanmeldungen im Jahre 1989, die Pflanzensorten per se und nichts

weiter betreffen, zu schliessen. Australien sei im März 1989 Verbandsstaat der UPOV geworden. Zuvor seien seine Gesetze gemäss dem im Uebereinkommen vorgesehenen Verfahren vom Rat der UPOV geprüft worden. Der Rat habe festgestellt, dass sie mit dem Uebereinkommen vereinbar seien. Zur Frage der Ausschlussbestimmungen im UPOV-Uebereinkommen habe Australien die Auffassung in diesem Forum vertreten, dass die Ausschlussfrage dem nationalen Gesetz überlassen bleiben sollte. Die Position Australiens sei nach wie vor, dass diese Frage, gleichgültig ob Australien wie zur Zeit zwei Schutzformen habe oder sich auf ein einziges System hinbewege, auf nationaler Ebene zu prüfen sei.

g) Das Uebereinkommen von Strassburg von 1963 sehe die Ausnahme von Pflanzensorten und Tierrassen und im wesentlichen biologischen Verfahren für die Erzeugung von Pflanzen und Tieren von der Patentierbarkeit vor. Diese Bestimmungen hätten einen ziemlichen Einfluss auf die Abfassung von Gesetzen und Mustergesetzen gehabt. Durch die Entwicklung der modernen Technologie würden diese Ausnahmen jedoch in Frage gestellt. Australien sei nicht in den Einflussbereich des Strassburger Uebereinkommens gelangt und sei deshalb von einem etwas anderen Ausgangspunkt her als die anderen Staaten zu dieser Tagung gekommen.

h) Australien messe infolgedessen einer Reihe von Bemühungen grosse Bedeutung bei, die auf den Schutz auf das Patentsystem oder das Sortenschutzsystem oder auf beide ausgerichtet seien. Neben einer Ermutigung dieser Bemühungen im eigenen Land halte es auch die Einrichtung von Systemen für wünschenswert, die in keiner Weise den Transfer in sein Land von nützlichen Fortschritten, die anderenorts gemacht würden, oder den Transfer seiner eigenen nützlichen Fortschritte ins Ausland behinderten. Die behindernde Wirkung eines mangelnden Schutzes sei ein entscheidender Faktor gewesen, der schliesslich zur Annahme des Sortenschutzsystems in Australien geführt habe. Das gleiche sei aber auch immer für das Patentsystem der Fall gewesen.

11. Herr BUCHANAN (Ministerium des Konsums und der Körperschaften, Kanada) bemerkte, dass die zuständigen Behörden in Kanada ihre Stellungnahme in bezug auf die Frage des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz noch nicht abgeschlossen hätten. Das kanadische Gesetz sehe keine ausdrückliche Ausnahme von Pflanzensorten aus dem Schutz vor, aber die Rechtsprechung stelle die Patentierung von Pflanzensorten als solche in Frage. Dem kanadischen Parlament liege eine Gesetzesvorlage für den Schutz von Pflanzensorten vor, die mit dem UPOV-Uebereinkommen vereinbar sei. Der Gesetzentwurf werde von den Landwirtschaftskreisen unterstützt. Demgegenüber ziehe die biotechnologische Industrie einen stärkeren Schutz des geistigen Eigentums vor.

12. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) sprach im Namen der gesamten Delegation der Schweiz und begrüsst die Diskussionen im Sachverständigenausschuss. Er unterstrich, dass die Einführung neuer Technologien auf dem Gebiet der Pflanzen das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz verändert habe. Beide Schutzsysteme müssten auf gleicher Ebene behandelt werden. Keines der beiden Systeme dürfe das andere beeinträchtigen. Ausserdem müsse jedes System seine eigenen Einschränkungen definieren. Abschliessend erklärte er, dass er einen starken Schutz in den zwei Systemen, die beide in den Bereich des geistigen Eigentums gehörten, befürworte.

13. a) Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) bemerkte, dass die in den Absätzen 8 bis 21 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 aufgeworfenen Fragen die zur Zeit zwischen Patentschutz und Sortenschutz bestehenden wichtigsten Probleme richtig widerspiegeln. Finnland habe zu dem vorherigen Memorandumsentwurf, Dokument CAJ/XXIV/4, betreffend das Verhältnis zwischen den beiden Schutzformen, eine Stellungnahme unterbreitet. Hierin habe Finnland

die Auffassung vertreten, dass der Memorandumsentwurf in bezug auf den Patentschutz einige Missverständnisse enthalte. Deshalb wünsche die finnische Delegation in diesem Zusammenhang zum Ausdruck zu bringen, dass, falls Dokument CAJ/XXIV/4 noch immer verteilt würde, immer die in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/3 enthaltene Zusammenfassung der Stellungnahmen beigelegt werden sollte. Dies sei notwendig, weil traditionelle Pflanzenzüchter bisweilen ihre ersten Kenntnisse über das Patentsystem aus diesem Dokument - d. h. also in einer nicht korrekten Weise - erhielten.

b) Aus der Stellungnahme Finnlands zum Memorandum über das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz gehe klar hervor, dass die finnische Industrie das Doppelschutzverbot als das bedeutendste Hindernis für einen Beitritt Finnlands zur UPOV halte. Diese Einstellung der gewerblichen Kreise sei letzte Woche noch neu bekräftigt worden.

c) Es sei notwendig, die Missverständnisse in der Liste über die Situation der Züchterrechte in verschiedenen Ländern zu berichtigen, die von einem internationalen Züchterverband eingereicht worden sei. Laut dieser Liste übe das finnische Patentamt einen starken Druck auf die Pflanzenzüchter aus. In Wahrheit sei es so, dass das finnische Patentamt nicht gegen das UPOV-Ubereinkommen sei, sondern es für korrekt halte, zunächst die Probleme des gesetzlichen Schutzes aller Züchter und Erfinder im Land zu lösen, die mit verschiedenen Pflanzenarten - darunter auch Bäumen und Pilzen - arbeiteten, bevor Finnland dem UPOV-Ubereinkommen beitreten könne.

d) Obgleich das finnische Patentamt keine übereinstimmenden Antworten auf die in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 aufgeworfenen Fragen erhalten habe, bestehe die Hoffnung, dass die gemeinsame UPOV/WIPO-Tagung ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den beiden Rechtssystemen finden werde, in dem weder das Interesse der Öffentlichkeit noch das der Landwirte vergessen würde.

14. Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland) bestätigte, dass die Meinungen in seinem Land auseinandergingen. Das Landwirtschaftsministerium habe eine Untersuchung durchgeführt und sei zu dem Schluss gekommen, dass die Einführung eines Sortenschutzsystems in Finnland wünschenswert sei. Nach Konsultierung der zuständigen Regierungskreise habe es im Oktober 1989 einen Ausschuss eingesetzt, der mit der Vorbereitung eines Gesetzentwurfs beauftragt worden sei, der im Hinblick auf einen beabsichtigten Beitritt zur UPOV mit dem UPOV-Ubereinkommen vereinbar sein solle. Der in Finnland mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfs beauftragte Ausschuss solle dafür Sorge tragen, dass den Kriterien der UPOV in einer solchen Weise entsprochen werde, dass sich Finnland dem UPOV-Verband anschließen könne. Der Gesetzentwurf sollte innerhalb der nächsten Monate zur Verfügung stehen. Was die Frage des Doppelschutzverbots anbelange, so akzeptierten zwar die finnischen Pflanzenzüchter und der Zentralverband der landwirtschaftlichen Erzeuger Finnlands dieses Verbot, sie sähen jedoch ein, dass diese Frage noch weiter geprüft werden könnte.

15. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass die Delegation Schwedens die Tagung des Sachverständigenausschusses als einen Schritt vorwärts im Hinblick auf die Verwirklichung der zur Zeit innerhalb der WIPO über die Harmonisierung der Patentgesetze und den Schutz von biotechnologischen Erfindungen sowie der von der UPOV zur Revision des UPOV-Ubereinkommens unternommenen Arbeit begrüße. Er stellte fest, dass die von Schweden zu den Fragen abgegebenen Kommentare in der Zusammenfassung der Stellungnahmen nicht erwähnt worden seien. Diese seien im allgemeinen den von Australien, Finnland und Norwegen abgegebenen Kommentaren, so wie sie in der Zusammenfassung der eingegangenen Stellungnahmen wiedergegeben seien, ziemlich ähnlich.

Indes sei eine endgültige Stellungnahme in bezug auf den sogenannten "Doppelschutz" noch nicht abgeschlossen. Die Delegation Schwedens sehe einer fruchtbaren Diskussion erwartungsvoll entgegen, die zu einer Einigung der auf der Tagung vertretenen Staaten über Schlussfolgerungen betreffend das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz beitragen würde.

16. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) sprach im Namen der gesamten Delegation Norwegens und betonte, dass die norwegischen Behörden allen sich auf die Biotechnologie beziehenden Fragen und besonders den mit dem Rechtsschutz biotechnologischer Erfindungen zusammenhängenden Problemen grosse Bedeutung beimessen. Aus diesem Grunde heisse die norwegische Delegation die Initiative zur Einberufung der gemeinsamen UPOV/WIPO-Tagung sehr willkommen. Sie hege die aufrichtige Hoffnung, dass zumindest einige der die Grenzlinie betreffenden Schwierigkeiten gelöst werden könnten. Norwegen sei kein Verbandsstaat der UPOV, aber das norwegische Landwirtschaftsministerium befasse sich zur Zeit mit einem Beitrittsvorschlag zum UPOV-Uebereinkommen, und es bestehe die Hoffnung, dass in verhältnismässig kurzer Zeit eine Entscheidung hierzu getroffen werde. Die norwegische Regierung arbeite gegenwärtig eine allgemeine Vorlage über Biotechnologie aus. Dieses Papier, in dem alle Probleme im Zusammenhang mit dem Rechtsschutz biotechnologischer Neuerungen behandelt würden, solle noch vor diesem Sommer im Parlament erörtert werden. In dieser Situation liege es auf der Hand, dass jede von der norwegischen Delegation abgegebene Erklärung lediglich sehr provisorische Standpunkte widerspiegele.

17. Herr SASAKI (Patentamt, Japan) stellte fest, dass im Lichte der jüngsten Entwicklungen der Biotechnologie die Frage eines wirksamen und angemessenen Rechtsschutzes für diese vielversprechende Technologie schon seit vielen Jahren - besonders innerhalb der WIPO und UPOV - erörtert werde. Die japanische Delegation unterstütze den Gedanken zur Abhaltung einer gemeinsamen Tagung dieser beiden Organisationen voll und ganz. Sie habe die in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 enthaltenen Fragen sorgfältig daraufhin geprüft, dass es zwischen dem Patent- und dem Sortenschutzsystem keine Lücke geben sollte und dass die Entwicklung der Pflanzenzüchtung gebührend berücksichtigt werden müsse. Ueber mehrere Fragen sei man jedoch noch nicht zu einer endgültigen Schlussfolgerung gelangt. Aus diesem Grunde sei die Delegation Japans nicht in der Lage, eine endgültige Stellungnahme abzugeben, aber sie sei bereit, den Kommentaren von anderen Delegierten und Vertretern der interessierten Kreise mit grösster Aufmerksamkeit und Interesse zuzuhören. Das Schweigen der Delegation würde keine Gleichgültigkeit diesen Fragen gegenüber bedeuten. Die japanischen Behörden würden über die verschiedenen Stellungnahmen und Ansichten nachdenken und mit dazu beitragen, die weitere Entwicklung der Biotechnologie zu fördern und die internationalen Patent- und Sortenschutzsysteme zu verbessern.

18. Herr VANDERGHEYNST (Amt für gewerbliches Eigentum, Belgien) erklärte, dass die Ueberlegungen der belgischen Behörden, die vor über einem Jahr in enger Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Ministerien und interessierten Kreisen begonnen hätten, bisher noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme zur Frage des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz geführt hätten. Die für das gewerbliche Eigentum zuständigen Behörden seien indes der Auffassung, dass das Problem gemeinsam geprüft werden müsse und dass man nicht gegeneinander vorgehen dürfe. Es sei das grosse Verdienst des Arbeitsdokuments, gleichfalls diesen Standpunkt zu vertreten. Was auch immer geschehe, so könnten die Probleme des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz nicht durch choreographisch aufgebaute Auslegungen und Veränderungen der Demarkationslinie zwischen den beiden Gebieten gelöst werden, deren Verlagerung in die eine oder andere Richtung für beide Schutzrechtstitel nur unbefriedigend sein könnte. Was die belgischen Behörden anbelange, müssten auf

24  
einem Gebiet - in dem das Recht nichts anderes als erfinderisch sein könnte - die zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegten Regeln ihre Rechtfertigung von technischen und historischen Faktoren erlangen und könnten keine endgültige Sanktion bestimmter Situationen sein. Sollte sich die sanktionierte Situation ändern, so sei es logisch, dass die sanktionierende Bestimmung - unter gebührender Achtung aller auf dem Spiel stehenden Interessen - gleichfalls einem bestimmten Entwicklungsweg folgen sollte. In Belgien stünden die interessierten Kreise der Art und Weise, wie Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 das in Absatz 8 angesprochene Problem des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz angehe, sehr aufgeschlossen gegenüber.

19. Herr CASADO (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) erklärte, dass der vom Sachverständigenausschuss geprüfte Gegenstand eine immer grössere Bedeutung habe und dass die untersuchten Fragen nicht länger umgangen werden könnten. Die richtigen Lösungen für die relevanten Probleme zu finden, sei eine langwierige Aufgabe, wobei verschiedene Grundsätze zu berücksichtigen seien. Als erstem dieser Grundsätze sei der "Internationalisierung" der Probleme Rechnung zu tragen. Die Arbeit des Sachverständigenausschusses betreffe nicht nur zahlreiche Länder und internationale Organisationen, sondern auch Probleme, die in anderen internationalen Gremien zur Sprache kämen. Zudem müsse auch das Prinzip des "Gleichgewichts" berücksichtigt werden. Jedes der beiden Schutzsysteme für Neuerungen auf dem Gebiet der Pflanzen müsse selbständig mit seinen eigenen besonderen Merkmalen und Eigenschaften, aber auch mit der notwendigen Koordination unter ihnen erhalten bleiben, so dass sie gleichberechtigt nebeneinander funktionieren könnten. Schliesslich müsse ein Prinzip der "wechselseitigen Beziehung und Koordination" zwischen den beiden Systemen der Leitgedanke sein, und die Trennungslinie zwischen beiden Systemen müsse so gezogen werden, dass eine Reibung zwischen den beiden Systemen vermieden werde. Die Erfahrung in Spanien habe gezeigt, dass beide Systeme erfolgreich nebeneinander bestehen könnten, wenn eine Koordination eingeführt worden sei und auch richtig funktioniere.

20. Herr RAVN (Patentamt, Dänemark) erklärte, dass die Delegation Dänemarks keine endgültige Stellungnahme zu allen in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 gestellten Fragen abgeben könne. Jedoch würden die von ihren Mitgliedern während der Tagung gemachten Erklärungen im Namen der gesamten Delegation abgegeben werden. In Dänemark seien derzeit Diskussionen über das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz im Gange, und die Tatsache, dass Dänemark keine Stellungnahme zu Dokument CAJ/XXIV/4 abgegeben habe, sei darauf zurückzuführen, dass diese Diskussionen unter den zuständigen Behörden noch nicht zu dem Zeitpunkt abgeschlossen waren, als die Stellungnahmen hätten gesandt werden müssen.

21. a) Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) verwies darauf, dass seine Erklärungen und die Erklärungen aller anderen Delegierten der Niederlande den Standpunkt aller zuständigen Behörden in den Niederlanden wiedergeben würden. Aufgrund eingehender Diskussionen sei eine gemeinsame Stellungnahme der für die Koordinierung und das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz zuständigen Minister, d. h. dem Minister für Landwirtschaft und Fischerei und dem Wirtschaftsminister, ausgearbeitet worden. Ihre gemeinsame Stellungnahme sei dem Parlament in Form eines Memorandums vorgelegt worden. Obwohl es im Parlament noch nicht zur Sprache gekommen sei, werde sich die Delegation der Niederlande in ihren Erklärungen zu den auf dieser Tagung behandelten Fragen auf das genannte Memorandum stützen, das den Teilnehmern zur Verfügung gestellt worden sei.

b) Das Mémorandum enthalte insbesondere die folgenden Punkte:

i) Die Ausnahme von Pflanzensorten als solchen aus dem Patentschutz sollte erhalten bleiben. Dies bedeute jedoch nicht, dass Teile von Pflanzen, wie z. B. Gene, oder die Verfahren der Genmanipulation gleichfalls aus dem Patentschutz ausgenommen seien.

ii) Die Regierung der Niederlande vertrete die Auffassung, dass zwei Elemente bei der Definition des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz eine wichtige Rolle spielen sollten, wenn ein patentiertes Gen ein Teil einer durch Sortenschutz geschützten Pflanzensorte sei: Einerseits sollten der Patent- und der Sortenschutzinhaber in der Lage sein, ihre durch die Entwicklung der patentierten Erfindung oder der geschützten Sorte entstandenen Kosten zu decken, und andererseits gehe es darum, eine Situation zu vermeiden, in der der Patentinhaber eine privilegierte und geschützte Position im Verhältnis zum Inhaber eines Sortenschutzrechtes habe. Auf der Grundlage dieser Ueberlegungen müsse das Sortenschutzsystem verstärkt und das Patentsystem abgeändert werden.

22. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) hielt fest, dass den Bedürfnissen der Benutzer beider Systeme gebührendes Gewicht verliehen werden müsse. Im Vereinigten Königreich seien über diese Fragen noch immer Konsultationen zwischen den zuständigen Behörden und interessierten Kreisen im Gange, und eine endgültige Stellungnahme müsse noch erreicht werden. Die Definition des "Verhältnisses" in Absatz 4 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 eigne sich dazu, den Umfang des gestellten Problems festzulegen. Die in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 gestellten Fragen seien hilfreich, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme zu lenken. Einige Fragen überschnitten sich jedoch, wogegen andere für den Kern des eigentlichen Problems nicht besonders relevant seien. Vor allem in den Fragen 8, 13, 14 und 18 bis 21 werde direkt auf die zur Diskussion stehenden Fragen eingegangen.

23. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) sprach im Namen seiner gesamten Delegation und erklärte, es sei wichtig, dass der Schutz des gewerblichen Eigentums für lebende Materie zur Verfügung stehe, weil sich ansonsten eine schutzfreie Lücke ergeben könnte. Im Sinne des Patentgesetzes der Bundesrepublik Deutschland seien Pflanzensorten dann aus dem Patentschutz ausgenommen, wenn die Art, zu der sie gehörten, in der dem Sortenschutzgesetz beigefügten Artenliste aufgeführt sei. Diese Ausnahme sei an Hand von drei Ueberlegungen begründet worden: der Schwierigkeit einer wiederholbaren Beschreibung von Erfindungen auf dem Gebiet der lebenden Materie; der Schwierigkeit, die erforderliche Erfindungshöhe zu erreichen; und schliesslich durch landwirtschaftspolitische Gründe, die zur Annahme des Züchtervorbehalts sowie des sogenannten "Landwirteprivilegs" geführt hätten. Nunmehr stelle sich noch die Frage nach dem angemessenen Schutzzumfang für das Sortenschutzrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Die Aussprache über diese Frage sei noch nicht abgeschlossen. Das Bundesparlament habe vorläufig beschlossen, das Doppelschutzverbot zu erhalten und den Schutz von Pflanzensorten zu verbessern. In diesem Zusammenhang sei die Definition einer Pflanzensorte von ganz besonderer Bedeutung.

24. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) erklärte, dass er im Verlaufe der Tagung Erklärungen im Namen der gesamten Delegation abgeben werde. Er hob hervor, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl ein Patent als auch ein Sortenschutzrecht für eine Pflanzeninnovation erhalten werden könne, soweit die anwendbaren Voraussetzungen erfüllt seien. Wichtig sei, dass beide Schutzformen auf gleicher Ebene zur Verfügung stünden und dass keine der anderen untergeordnet sei. Er begrüßte die Diskussionen des Sachverständigenausschusses, die in aufgeschlossener Weise angegangen werden sollten und zu neuen Einsichten führen könnten.

25. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) bezog sich auf die Arbeitsunterlagen und erklärte, dass die zuständigen italienischen Behörden beschlossen hätten, aufgrund der in ihrem Land noch andauernden Diskussionen zwischen Industrie und Züchtern keine Stellungnahme zu Dokument CAJ/XXIV/4 einzusenden. Nunmehr sei die italienische Delegation in der Lage, ihre Überlegungen zu einigen Punkten in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 mitzuteilen, um ihren Beitrag zur Einführung rechtlicher Rahmenbedingungen zu leisten, die keine Schwierigkeiten zwischen beiden sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft in ihrem Lande betreffenden Schutzsystemen verursachen würden. Das italienische Gesetz (DPR Nr. 974 vom 12. August 1975, revidiert durch Gesetz Nr. 620 vom 14. Oktober 1985) sehe zwei Schutzarten - darunter einen starken Schutz nach Art des Patents für Pflanzensorten - vor. Insbesondere seien alle Bestimmungen des Patentgesetzes (Artikel 2, 14 und 15) anwendbar. Für einen bestmöglichen Schutz sei es notwendig, dass beide Systeme existierten und dass das eine nicht zum Nachteil des anderen angewandt werde, sondern dass ein gerechtes Gleichgewicht zwischen ihnen bestehe.

26. Frau AFONSO (Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) erklärte, dass sie die Möglichkeit für sehr wichtig halte, in der gemeinsamen UPOV/WIPO-Tagung die Probleme des Verhältnisses zwischen Sortenschutz und Patentschutz erörtern zu können. Portugal sei noch nicht Mitglied der UPOV, aber bereite zur Zeit einen Gesetzentwurf für einen Beitritt zum UPOV-Uebereinkommen vor. Gegenwärtig bestehe kein Schutz für neue Pflanzensorten in Portugal. Die Arbeitsdokumente seien jedoch mit grösster Aufmerksamkeit geprüft worden, so dass im Verlaufe der Tagung auf die meisten aufgeworfenen Fragen geantwortet werden könne. Es sei zu wünschen, dass die Diskussion über dieses Thema künftig in anderen Sitzungen fortgesetzt werde.

27. Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) erkannte die Bedeutung einer "Ehegemeinschaft" zwischen Patent- und Sortenschutz an, machte jedoch auf die Notwendigkeit aufmerksam, zwischen beiden Schutzarten zu unterscheiden, um die genauen Grenzlinien zwischen ihnen festzulegen. Weiter teilte er mit, dass in der Sowjetunion eine Gesetzreform im Gange sei. Insbesondere werde ein Patentgesetzentwurf geprüft und ein Sortenschutzgesetz vorbereitet, wobei sich letzteres auf das UPOV-Uebereinkommen stütze. Schliesslich verwies er darauf, dass es in seinem Land Tradition sei, Pflanzensorten gesetzlich und vom verwaltungstechnischen Aufbau her von Erfindungen getrennt zu schützen. Er betrachte infolgedessen die Aufhebung dieser Struktur zugunsten des gewerblichen Eigentums als unangebracht.

28. a) Herr PREVEL (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Frankreich) bemerkte, dass das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten die Auffassung vertrete, dass es die betreffenden zwei Rechtssysteme gemeinsam möglich machen sollten, die Bedürfnisse der Erfinder und Züchter in bezug auf die Anwendung und Entwicklung der von ihnen erzielten Innovationen zu erfüllen. Das UPOV-Uebereinkommen sollte den Benutzern breitere Rechte bieten, um Pflanzensorten einen Schutz zuzusichern, der demjenigen entspreche, den Neuerungen in anderen Bereichen der Technologie genössen.

b) Das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten wünsche ferner hervorzuheben, dass die Pflanzensorte ein Konzept sei, das sich auf eine komplexe biologische Realität stütze. Die Definition der Pflanzensorte dürfe kein Hindernis für die Suche nach einem Kompromiss sein, aber das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz müsse zweifellos auch auf der Basis der Definition des Materials der Sorte analysiert werden, das ausschliesslich vom Inhaber eines Sortenschutzzettifikats ausgewertet werde.

c) Herr Prevel führte weiter aus, dass das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten zur Zeit prüfe, ob die Untersuchung eines spezifischen Schutzsystems für Tierrassen wünschenswert sei. Schliesslich wünschten die Vertreter dieses Ministeriums auch die Gelegenheit der gegenwärtigen Tagung zu ergreifen, um die Auswirkung neuer Technologien auf den Schutz anderer Elemente des Pflanzenreichs sowie auf das allgemeine Gleichgewicht des landwirtschaftlichen Produktionsnetzes zu prüfen.

29. Frau DARMON (Nationales Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich) unterstützte den Vorschlag der Aufhebung des Verbots des Doppelschutzes durch ein Patent und ein Sortenschutzzertifikat, wodurch der Anmelder die Möglichkeit erhalte, entweder die eine oder andere Form des Schutzes zu benutzen oder sie zu kombinieren. Die Aenderung würde zwei Vorteile herbeiführen: i) sie würde die ständigen und lästigen Hindernisse beseitigen, mit denen der Anmelder konfrontiert sei, wenn er versuche, eine Linie zwischen dem zu ziehen, was patentierbar sei und was nicht; ii) sie würde jede Ungewissheit in bezug auf den Schutz beseitigen, die durch die im Revisionsentwurf des UPOV-Uebereinkommens festgelegte Definition der Sorte verursacht werde.

30. Herr BOBROVSZKY (Amt für Erfindungen, Ungarn) teilte mit, dass es im ungarischen Patentsystem praktisch zwei Schutzformen gebe, die koexistierten und sich gegenseitig ergänzten: das spezielle Patensystem für Pflanzensorten und das allgemeine Industriepatentsystem, die beide vom Patentamt verwaltet würden. Was das spezielle Patentsystem anbelange, so sei es entsprechend dem UPOV-Uebereinkommen zugeschnitten. Es biete Schutz für unterscheidbare, neue, homogene und beständige Pflanzensorten, die in ihren genetisch festgelegten Formen definiert seien. Das Patentamt führe die erforderliche offizielle Prüfung durch, und das Institut für landwirtschaftliche Qualifikationen Sorge für die notwendigen DHS-Prüfungen, die die materielle Basis für die Entscheidung über die Erteilung des Schutzes oder Ablehnung der Anmeldung seien. Das allgemeine Industriepatentsystem stehe grundsätzlich allen biotechnologischen Erfindungen offen, die die Patentvoraussetzungen - und besonders das Erfordernis eines technischen Charakters - erfüllten, ausser für Pflanzensorten, die durch das besondere Patentsystem für Pflanzensorten gedeckt seien. Das ungarische Patentamt bemühe sich zudem um die Lösung der aus den besonderen Merkmalen lebender Materie resultierenden Schwierigkeiten und wende mutatis mutandis die allgemeinen Grundsätze des Industriepatentgesetzes auf biotechnologische Erfindungen an. Bisher habe es noch keine hinreichende administrative und juristische Praxis gegeben, um diesen Problemen und ihren Lösungen konkrete Form zu geben. Deshalb werde Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 sehr geschätzt. Das Dokument identifiziere die Probleme und möglichen Lösungen auf verständliche Weise und aufgrund einer dogmatischen und pragmatischen Betrachtungsweise. Was die Hauptfrage des Schutzsystems für biotechnologische Erfindungen und Pflanzensorten anbelange, so seien die ungarischen Behörden bereit, die Möglichkeit der Aufhebung des Doppelschutzverbots zu prüfen, um den Züchtern die Möglichkeit zu gewähren, für ihre eine Erfindungshöhe aufweisenden Sorten frei zwischen dem speziellen Pflanzenpatentsystem und dem allgemeinen Industriepatentsystem zu wählen. Den Parteien sollte es überlassen bleiben, auf Vereinbarungswege die Lösung einer etwaigen Kollision von Patentrechten zu finden. Ungarn unterstütze die Bemühungen zur Verstärkung des Züchterrechts im Rahmen des UPOV-Uebereinkommens, indem vor allem der Inhalt der Züchterrechte an das Patentsystem angenähert und der Schutz auf alle botanischen Gattungen und Arten erstreckt werde.

31. Herr SIMUNOVIC (Amt für Landwirtschaft und Viehzucht, Chile) erklärte, dass der Sortenschutz in Chile im Rahmen des Saatgutgesetzes, das auf dem UPOV-Uebereinkommen von 1961 (Akte von Paris) beruhe, gewährt werde. Es würden



zwei parallele Rechtssysteme angewendet, das eine für den Schutz von Pflanzensorten und das andere für den Schutz des gewerblichen Eigentums. Die Unterschiede zwischen beiden Systemen seien dergestalt, dass die Beibehaltung einer Trennung zwischen ihnen für angemessen gehalten werde. Es bestehe die Auffassung, dass Sortenschutzrechte anerkannt und respektiert werden sollten, dass jedoch die einschlägige Gesetzgebung mit den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes in Einklang gebracht werden sollte. Der Wortlaut des UPOV-Uebereinkommens scheine indes geeignet zu sein, auch wenn notwendige Aenderungen für eine bessere Definition des Geltungsbereichs und Klarstellung seiner Bestimmungen in Ordnung wären. Insbesondere könne die Definition der "Sorte" verbessert werden.

32. Frau GRUSZOW (EPA) betonte, dass der in Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 wiedergegebene Fragebogen die eigentlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Patentschutz und dem Schutz im Sinne des UPOV-Uebereinkommens umfasse. Das gemeinsame Memorandum in Dokument CAJ/XXIV/4 enthalte jedoch nicht genügend wirtschaftliche Informationen, um eine Bewertung der Auswirkungen vornehmen zu können, die Erfindungen in der Pflanzenwelt für den Pflanzenzüchtungs- und Anbausektor aus der Sicht der verschiedenen in Fragen 13 und 15 bis 21 betrachteten Blickwinkel hätten. Das EPA sei sich in der Tat der wirtschaftsphilosophischen Ueberlegungen bewusst, die die Diskussionen über das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz mit sich brächten und die in jeder Hinsicht genauso wichtig seien wie die rechtlichen Erwägungen. Das EPA vertrete die Ansicht, dass ein starker Patentschutz unumgänglich sei, wenn die Behörden Investitionen in Forschung und Entwicklung im Pflanzenreich fördern wollten, damit sich die Gesellschaft die zunehmenden Kenntnisse auf dem Gebiet der Molekularbiologie und Gentechnik zunutze machen könnte. Demgegenüber werde aber auch gewürdigt, dass die Züchterkreise die Notwendigkeit empfinden, den gemäss dem UPOV-Uebereinkommen verfügbaren Schutz zu verstärken. Es erscheine im übrigen, dass im wesentlichen die Wirkungen des Schutzes im Sinne des UPOV-Uebereinkommens verstärkt würden. Auf keinen Fall würde es der Gesellschaft aber zum Vorteil gereichen, wenn sich eine derartige Verstärkung einschränkend auf den Patentschutz auswirken würde.

33. Herr OBST (Generaldirektion Landwirtschaft, EG-Kommission) bezog sich auf die zur Zeit auf Ebene der Europäischen Gemeinschaften verfolgten Initiativen, um den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Rates (der EG) über den Rechtsschutz biotechnologischer Erfindungen und einen Vorschlagsentwurf für eine Verordnung des Rates (der EG) über das gemeinschaftliche Züchterrecht anzunehmen. Beide Initiativen bezweckten, den Schutz auf einheitliche Weise auf dem ganzen Hoheitsgebiet der Gemeinschaft zu verstärken. Beide Systeme sollten sich ergänzen. In dieser Hinsicht sei ausserdem zu gewährleisten, dass keines der beiden Systeme die Anwendung des anderen behindern werde und dass jede andere auf Gemeinschaftsebene beschlossene relevante Politik gebührend berücksichtigt werde. Die Antworten auf zumindest einige der dem Sachverständigenausschuss vorgelegten Fragen wären infolgedessen für die weitere Entwicklung der Initiativen von Belang. Aus diesem Grunde würden die Vertreter der Kommission das Verfahren mit grösstem Interesse verfolgen.

34. Frau KEEGAN (Generaldirektion Binnenmarkt und Industrie, EG-Kommission) fügte hinzu, dass die EG-Kommission bisher noch keinen Standpunkt in bezug auf das Doppelschutzverbot ausgearbeitet habe. Auf Wunsch könne der entsprechende Richtlinienentwurf in seiner Originalfassung zur Verfügung gestellt werden.

35. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) erklärte, dass bei der Erörterung des Einflusses von Gesetzen und Praktiken auf die Gesellschaft die zeitgemässe Vorgehensweise soziologischer Art sei. In diesem Bereich werde oft nach einer "Stichprobe" gesucht. Für einige der zur Diskussion stehenden Fragen könnten

die Vereinigten Staaten von Amerika ein derartiges Stichprobenmuster bieten. So könne z. B. eine Erhebung über die Konsequenzen der Entscheidung, in den Vereinigten Staaten von Amerika Patente für Pflanzen zu erteilen, sehr aufschlussreich sein. Eine derartige Probeerhebung müsse unter der Zuständigkeit der UPOV/WIPO durchgeführt werden.

36. a) Herr CLUCAS (ASSINSEL) stellte fest, dass ASSINSEL die Aussprache über eine Reihe von Fragen noch nicht abgeschlossen habe und dass infolgedessen die auf der gegenwärtigen Tagung zu den Fragen abgegebenen Antworten sozusagen lediglich eine Momentaufnahme der derzeitigen Standpunkte seien. Im allgemeinen sprächen sich die Mitglieder von ASSINSEL für eine Verstärkung des Systems der Sortenschutzrechte aus und befürworteten das Prinzip, Patente für den Schutz von Genen, Teilen von Pflanzen und Verfahren zur Verfügung zu stellen. Für unumgänglich werde indes gehalten, dass die Systeme ausgewogen seien. Eindeutige Vorteile seien durch beide Systeme zu erzielen, und beide Systeme seien auch künftig notwendig.

b) Der wichtigste Punkt sei nach der Auffassung von ASSINSEL in Frage 8 enthalten. In dieser Hinsicht spräche sich ASSINSEL - vor allem aufgrund von Bedenken in bezug auf den "Forschungsvorbehalt" im Rahmen des Patentsystems - mehrheitlich für das Sortenschutzsystem aus, das für den Schutz von Pflanzensorten anzuwenden sei. Aus verschiedenen Gründen ziehe eine Minderheit - möglicherweise als eine Alternative - das Patentsystem vor.

37. a) Herr ONO (PIPA) teilte mit, dass PIPA - bestehend aus gewerblichen Kreisen des privaten Sektors in Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika - einem angemessenen Schutz der Biotechnologie grosse Aufmerksamkeit schenke. Im Bereich der Biotechnologie seien Fortschritt und Entwicklung rapide, und deshalb sei ein geeignetes und wirksames Schutzsystem vonnöten, um diese Forschung und Entwicklung anzuregen. Ein derartiges System könne dazu beitragen, die industrielle Basis und den Lebensstandard zu verbessern und auszuweiten. Der Schutz der Biotechnologie im Rahmen der Schutzsysteme für geistiges Eigentum - darunter das Patentsystem und das Sortenschutzsystem - seien wichtig, und die derzeitigen Tätigkeiten und Bemühungen der WIPO und der UPOV würden sehr begrüsst. Diese beiden von Natur aus unterschiedlichen Systeme sollten sich einander ergänzen und nicht miteinander konkurrieren.

b) Das Verbot des Doppelschutzes und die Ausnahme von Pflanzensorten von den patentierbaren Gegenständen seien nicht angebracht. PIPA vertrete den Standpunkt, dass der Schutz durch beide Systeme bereitstehen müsse und dass die Wahl des Systems frei sein sollte. Zudem müsse ein simultaner Schutz durch beide Systeme zur Verfügung stehen, weil Natur und Inhalt der durch das Patentsystem und das Sortenschutzsystem gewährten Rechte sich wesentlich unterschieden.

c) Patentierbare Gegenstände gehörten zu den Diskussionspunkten, mit denen sich der WIPO-Sachverständigenausschuss für die Harmonisierung bestimmter gesetzlicher Bestimmungen für den Schutz von Erfindungen zur Zeit befasse. In dieser Hinsicht sei PIPA der Auffassung, dass es keine Diskriminierung in bezug auf das Gebiet der Technologie geben dürfe. Falls eine Patentanmeldung die Voraussetzungen der Patentierbarkeit erfülle, sollte ein Patent erteilt werden. Andernfalls sei sie zurückzuweisen. Es bestehe kein Grund, Pflanzensorten ausdrücklich von den patentierbaren Gegenständen auszunehmen, selbst wenn Pflanzensorten durch das Sortenschutzsystem schutzfähig seien. Eines der Ziele der Revision des UPOV-Uebereinkommens sei die Verstärkung der Sortenschutzrechte. Dieses Ziel werde von PIPA begrüsst. Demgegenüber sei jedoch jeder Versuch zu vermeiden, den Patentinhabern etwas wegzunehmen und den Inhabern von Sortenschutzrechten einen Vorteil oder ein Privileg zu geben.

Dies würde zu einer Schwächung des gesamten Schutzsystems führen. Sowohl Patente als auch Sortenschutzrechte seien für einen angemessenen Schutz der Biotechnologie notwendig.

38. Herr HUYGENS (EPI) hob hervor, dass EPI die Ansicht teile, dass für eine Erfindung, solange sie die Patentvoraussetzungen erfülle, Patentschutz gewährt werden solle. Ausnahmen von diesem Prinzip sollten soweit wie möglich beschränkt werden. Die derzeitige Ausnahme von Pflanzensorten aus dem Patentschutz in vielen Patentsystemen - wie z. B. im Europäischen Patentübereinkommen - spiegele die Ideen vergangener Jahre wider, als weitgehend Uebereinstimmung darüber bestanden habe, dass die Verfahren zur Erzeugung neuer Sorten die Patentvoraussetzungen nicht erfüllen könnten. Die technologischen Entwicklungen hätten es indes ermöglicht, diese frühere Annahme in einem anderen Licht zu sehen. Die schwierige Frage ausklammernd, was eine Sorte sei, sei EPI der Auffassung, dass eine Sorte patentierbar sein sollte, falls sie die Patentvoraussetzungen erfüllen könne, und dass sie durch beide Rechte kumulierbar geschützt werden könne. Das Sortenschutzrecht sollte weiter verstärkt werden, dies jedoch nicht zum Nachteil des Patentsystems. In dieser Hinsicht zögere EPI, die Idee einer Erweiterung der Definition von "Pflanzensorte" zu akzeptieren, wodurch gewisse technologische Bereiche von der Möglichkeit des Patentschutzes, in dessen Genuss sie heute seien, ausgenommen würden.

39. a) Herr ROTH (GIFAP) bemerkte, dass Patente und Sortenschutz zwei Systeme gewerblicher Eigentumsrechte seien, die sehr wohl nebeneinander bestehen und sich einander ergänzen könnten. Beide Systeme hätten ihre Vorteile und einen ihnen innewohnenden Wert. Es sei nicht notwendig und nicht gerechtfertigt, die beiden Systeme abzugrenzen. Der Erfinder müsse selbst entscheiden, welche Schutzform er für seine Erfindung wähle. Es könne nicht gestattet werden, in ein Schutzsystem Bestimmungen aufzunehmen, die auf das andere System übergriffen und dadurch die Rechte des Erfinders einschränkten. Deshalb seien alle in Gesetzentwürfen gemachten Vorschläge, die letztlich auf ein Verbot des Doppelschutzes oder eine Einschränkung der Patentrechte abzielten, unannehmbar und müssten abgelehnt werden. Ein sogenanntes "Verhältnis" zwischen den beiden Schutzsystemen sei unnötig und überflüssig. Es bestehe kein Grund dafür, warum sich die Rechte im Sinne der beiden Systeme nicht überschneiden sollten.

b) Im Rahmen des Patentsystems sei man schon seit langem davon ausgegangen, dass verschiedene Patente auf den gleichen Gegenstand gerichtet werden könnten. Derartige Situationen hätten keine Probleme verursacht und würden in der Regel durch gegenseitige freiwillige Lizenzvereinbarungen behandelt. Zwangslizenzen müssten grundsätzlich abgelehnt werden und sollten nur in dem Fall in Erwägung gezogen werden, wenn ein vorrangiges Interesse der Öffentlichkeit bestehe. Keine gesetzlichen Massnahmen sollten angewendet werden, die ungerechtfertigterweise den Patentschutz abwerten könnten. Dies wäre absolut unerwünscht und stünde ausserdem im Widerspruch zum derzeitigen Trend in Hinblick auf eine Verstärkung des Patentschutzes. Gleichfalls sei jede Einschränkung des Patentsystems infolge der Aufnahme von anderen Bestimmungen, die aus dem Sortenschutzsystem stammten, mit Nachdruck abzulehnen. Keine Einschränkung des Patentsystems und des Sortenschutzsystems sei schliesslich notwendig, und beide Systeme sollten nebeneinander existieren können, ohne dass gegenseitig restriktive oder ausschliessliche Bestimmungen erforderlich seien. Auf jeden Fall müsse dafür Sorge getragen werden, dass der Erfinder völlig frei sei, um diejenige Schutzform zu wählen, die für seine Erfindung am besten geeignet sei, gleichgültig ob es sich um das eine oder andere oder um beide Systeme handle.

40. Herr KAMPS (COMASSO) erklärte, dass nach Ueberzeugung der COMASSO der "traditionelle" Pflanzenzüchter die Hilfe von Biotechnologen benötige, um seine züchterische Arbeit zu fördern, und dass andererseits der Biotechnologe

die Hilfe des Pflanzenzüchters benötige, um seine Erfindung in marktfähige Sorten einzubauen. Infolgedessen müssten die beiden zur Diskussion stehenden Systeme gleichzeitig verfügbar sein und ein Gleichgewicht zwischen ihnen bestehen, um die Dominierung des einen Systems über das andere zu vermeiden.

41. Herr ROBERTS (IHK) betonte, dass beide Schutzsysteme ihre eigene Stärke hätten. Es sei sehr wichtig, dass sie harmonisch miteinander funktionierten und dass für ein angemessenes Gleichgewicht gesorgt werde. Das System der Sortenschutzrechte müsse verstärkt werden, ohne die Patentrechte zu schwächen.

42. a) Herr STRAUS (AIPPI) unterstrich, dass die AIPPI die gemeinsame UPOV/WIPO-Tagung für einen wichtigen Schritt halte, um sowohl auf dem Gebiet der klassischen als auch modernen Pflanzenbiotechnologie beide Systeme der Gewährung gewerblicher Eigentumsrechte anzunähern. Die AIPPI hege die Hoffnung, dass die eingeleiteten Bemühungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft schliesslich zu einem wirklich komplementären und wirksamen Schutz des kreativen Geistes im Bereich der Biotechnologie führen würden. Von Anfang an (d. h. seit der Tagung des Exekutivausschusses von Ottawa im Jahre 1961) habe die AIPPI immer wieder auf die gemeinsamen Wurzeln beider Systeme aufmerksam gemacht und stets nachdrücklich den Standpunkt vertreten, dass die im Sinne des UPOV-Uebereinkommens erteilten Rechte im Geltungsbereich von Artikel 1 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums gesehen werden müssten.

b) Unter Berücksichtigung der jüngsten Diskussionen über die Frage des sogenannten Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz fühle sich die AIPPI, die seit über fünfzig Jahren Zeit und Mühe darauf verwandt habe, Probleme der Art zu prüfen und zu erörtern, die auf der Tagesordnung dieser Tagung stünden, verpflichtet, auf folgendes aufmerksam zu machen:

i) Was die sozio-ökonomischen Gründe und Ziele anbelange, aus denen ausschliessliche Rechte vorgesehen würden, bestehe kein Unterschied zwischen den beiden Systemen. Beide seien verfasst und eingeführt worden, um die technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft zu fördern. Mit beiden Systemen werde versucht, diese Ziele zu erreichen, indem Erfindern und Züchtern ausschliessliche Rechte als ein Mittel erteilt würden, um ihnen ein Entgelt zu gewähren und ihre Investition zu schützen. Keines der Systeme sei eingerichtet worden, um besondere Interessen zu schützen, sondern vielmehr, um die Innovation zu schützen. Beide seien als ein Werkzeug der Marktwirtschaft gedacht.

ii) Dies bedeute allerdings nicht, dass die beiden Systeme einerseits nicht speziell auf die Bedürfnisse der technischen Erfinder und andererseits auf diejenigen der klassischen Pflanzenzüchter zugeschnitten seien. Ausserdem seien die Einführung und Gestaltung der Züchterrechte vor allem durch das wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Umfeld der vierziger und fünfziger Jahre beeinflusst worden; wirtschaftlich durch den allgemeinen Mangel an Nahrungsmitteln in den dreissiger und vierziger Jahren sowie in der Nachkriegszeit in Europa; technologisch durch die klassischen Züchtungsmethoden der Selektion und Kreuzung; und wissenschaftlich durch die Mendelsche Genetik. Es sei erwiesen, dass neue biotechnologische Verfahren züchterische Fortschritte gebracht hätten. Die Molekulargenetik habe das gesamte Gebiet revolutioniert, und zumindest in den Industrieländern sei die Lebensmittelknappheit nicht mehr ein Hauptanlass zur Sorge, sondern das Gebot laute, neue, umweltverträgliche und kommerziell interessante Erzeugnisse herzustellen.

c) Jede Diskussion über das Verhältnis zwischen den beiden Systemen müsse sich deshalb auf diese neuen Voraussetzungen stützen: Die wissenschaftlichen und technologischen Aenderungen, die Anfang der sechziger Jahre stattgefunden hätten und mit einer Verbesserung der Patentgesetzgebung einhergegangen seien, hätten zunehmend die Innovationen auf dem Gebiet der Pflanzenbiotechnologie zu Gegenständen für einen Patentschutz gemacht; die Fortschritte auf den Gebieten der Pflanzenzüchtung und Landwirtschaft hätten andererseits die Notwendigkeit verringert, dass der Staat zugunsten des "Endverbrauchers" eingreifen müsste, um die Nahrungsversorgung zu gewährleisten. Wie in anderen technologischen und wirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen sollten die Grundsätze der Marktwirtschaft auch auf dem Gebiet der Pflanzenbiotechnologie vorherrschen.

d) Aus den vorerwähnten Gründen habe die AIPPI auf ihren Vorstandstagungen von 1985 in Rio de Janeiro und von 1988 in Sydney einstimmig den Standpunkt vertreten, dass ein Verbot des Doppelschutzes weder erhalten noch eingeführt werden sollte. Erfindern auf dem Gebiet der Pflanzenbiotechnologie sollte nicht nur volle Freiheit geboten werden, die Schutzform - Patentschutz oder Sortenschutz - zu wählen, sondern auch die Möglichkeit, dass der gleiche Gegenstand sowohl durch ein Patent als auch durch ein Sortenschutzrecht geschützt werde, solange die Voraussetzungen der jeweiligen Gesetze erfüllt seien.

43. Herr ROYON (CIOPORA) stellte fest, dass die CIOPORA eine Kategorie von Züchtern vertrete, die zu den ersten gehörten, die einen ähnlichen Patentschutz wie Erfinder auf dem Gebiet der leblosen Materie genossen hätten. Bereits im Jahre 1961, als das UPOV-Uebereinkommen angenommen worden sei, habe die CIOPORA angeregt, dass das Patentsystem, vorbehaltlich geringfügiger Aenderungen, als wirksames und universelles Werkzeug zum Schutz neuer Pflanzensorten verwendet werden könnte. Die CIOPORA sei nach wie vor der Auffassung, dass ein Antagonismus zwischen den betreffenden zwei Systemen sinnlos sei. Die Züchter seien vor allem am Schutzzinhalt interessiert. Werde das UPOV-Uebereinkommen entsprechend der angekündigten Ziele revidiert, so würde es im Verhältnis zum Patentsystem ein sehr attraktives System werden. Jedoch glaube die CIOPORA, dass es gesetzliche, technische und wirtschaftliche Ueberlegungen verfrüht erscheinen liessen, die Möglichkeit des Schutzes von Pflanzensorten im Rahmen des Patentsystems auszuschliessen. Die CIOPORA spreche sich im Gegenteil nachdrücklich für eine Oeffnung des Sortenschutzsystems aus, indem gleichzeitig Artikel 2 Absatz 1 des UPOV-Uebereinkommens und Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens abgeändert würden.

44. Herr HASHIMOTO (APAA) bemerkte, dass beide Systeme zwar Erfindungen förderten, aber einem zweifachen Zweck dienten. Patente hätten eine lange Geschichte der Förderung von Erfindern in allen technischen Bereichen. Der Anwendungsbereich der Patente werde durch Artikel 1 Absatz 3 der Pariser Verbandsübereinkunft veranschaulicht, demzufolge gewerbliches Eigentum im breitesten Sinne zu verstehen sei und sich nicht nur auf Handel und Gewerbe im eigentlichen Sinne des Wortes beziehe, sondern auch auf das Gebiet der Landwirtschaft und der Gewinnung der Bodenschätze und auf alle Fabrikate und Naturerzeugnisse, wie z. B. Wein, Getreide, Tabakblätter, Früchte, Vieh, Mineralien, Mineralwässer, Bier, Blumen und Mehl. Deshalb sollten Patente für alle technischen Bereiche verfügbar sein.

45. Herr MOUFANG (MPI) erklärte, dass Biotechnologie und Pflanzenzüchtung auf die bestmögliche Weise gefördert werden müssten. Deshalb sollten das Verbot des Doppelschutzes aufgehoben und keine Rechte durch die sogenannte "Kollisionsnorm" geschmälert werden.

46. Herr YAMASHITA (JPA) bemerkte, dass Patente und Sortenschutzrechte gleichzeitig verfügbar sein müssten. Irgendwelche Unterschiede im Schutzzumfang rechtfertigten keine Ausnahme. Beide Systeme ergänzten sich gegenseitig.

47. a) Frau COMTE (IFAP, COGECA und COPA) kündete an, dass sie eine gemeinsame Stellungnahme der drei internationalen nichtamtlichen Organisationen abgebe, die landwirtschaftliche Kreise auf Weltebene (IFAP) und auf europäischer Ebene (COGECA und COPA) verträten. Deren Position habe sich seit der vierten Sitzung mit internationalen Organisationen, die am 9. und 10. Oktober 1989 unter der Aegide der UPOV stattgefunden habe, nicht geändert. Die drei Organisationen seien der Auffassung, dass harmonische Beziehungen zwischen dem Patent- und dem Sortenschutzsystem von grösster Bedeutung seien, nicht nur im Hinblick auf die Förderung der Forschung, sondern auch, um die Erzeugnisse quantitativ und qualitativ zu verbessern. Sie glaubten, dass nur das Sortenschutzsystem einen wirksamen und ausgewogenen Schutz für Pflanzensorten biete, gleichgültig, ob diese Sorten das Ergebnis "klassischer" Pflanzenzüchtung oder von Genmanipulation seien. Infolgedessen sollten die den Doppelschutz verbietenden Bestimmungen beibehalten werden.

b) Frau Comte führte weiter aus, dass die in bezug auf eine Pflanzensorte erteilten Rechte auf alles Material erstreckt werden müssten, das eine Vermehrung der Sorte erlaube, mit anderen Worten also auf Pflanzen, Teile von Pflanzen, Zellen und Protoplasten. Eine Kollisionsnorm sei notwendig, um die Beziehungen zwischen einem Patent für ein Pflanzenelement - wie z. B. ein Gen - oder ein Züchtungsverfahren und dem Sortenschutz zu definieren, der in bezug auf eine Sorte erteilt werde, in der dieses Element enthalten sei oder die sich aus einem solchen Verfahren ergeben habe. IFAP, COGECA und COPA sprächen sich schliesslich für eine Verstärkung der dem Züchter gewährten Rechte aus. Heute dehne sich die Arbeit über den Rahmen der UPOV auf das Patent aus. Aus diesem Grunde sei es notwendig, eine präzise Definition der Abgrenzungen für das Züchterrecht und das Patent auszuarbeiten. Insbesondere sollte der freie Zugang zu einer Sorte in Hinblick auf die Erzeugung neuer Sorten garantiert werden, und dies auch in den Fällen, in denen die erste Sorte ein patentiertes Gen enthalte. Ausserdem müsste das "Landwirteprivileg" erhalten bleiben, und es sei wünschenswert, im UPOV-Uebereinkommen seine Grenzen zu definieren. Für die Landwirtschaft in Europa, in den Entwicklungsländern und in der ganzen Welt seien diese zwei Aspekte äusserst wichtig.

48. Herr ROTH (IBA) verwies darauf, dass das geistige Eigentum für viele Mitgliedsgesellschaften von IBA der bedeutendste Vermögenswert sei, und deshalb sei auch ein so starker Schutz des geistigen Eigentums wie möglich ihr Hauptanliegen. Auf dem Gebiet der Pflanzen bestehe der stärkste mögliche Schutz u. a. in der Möglichkeit eines sich überschneidenden und unabhängigen Patent- und Sortenschutzes. Er unterstrich, wie enttäuscht ein Unternehmen sei, das eine Pflanzenerfindung entwickelt habe, die alle Patentvoraussetzungen erfülle, jedoch nicht für einen Patentschutz in Frage käme, weil das Gesetz den Patentschutz für diese Erfindung verbiete. Wenn es ein Verhältnis zwischen beiden Schutzformen gebe, dann sei es ein Verhältnis der Vermeidung anstatt der Ergänzung. Es sei vorzuziehen, dass man es beiden Systemen überlasse, sich in ihrer jeweiligen Richtung zu entwickeln, anstatt zu versuchen, sie in ein System zu verschmelzen, was sich letzten Endes als eine Kombination der schlechtesten Elemente von beiden herausstellen könnte.

49. Herr HJERTMAN (EFPIA) unterstrich, dass er den vom Vertreter der IHK vertretenen Standpunkt in bezug auf das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz voll unterstütze.

50. Herr ORLANDO (UNICE) erklärte, dass UNICE die Auffassung vertrete, dass schliesslich eine vernünftige Gesetzgebung für den Schutz von biotechnologischen Innovationen (einschliesslich Pflanzen) von der Europäischen Gemeinschaft zu verabschiedet sei, um die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Züchtern anzuregen. Mit einer angemessenen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien werde deshalb gerechnet. Beide Schutzsysteme seien notwendig, jedes aufgrund seiner spezifischen Eigenschaften. Sie könnten und müssten reibungslos koexistieren, ohne danach zu trachten, das andere auszuschliessen. Ein gerechtes Gleichgewicht müsse erzielt und der Sortenschutz verstärkt werden, dies jedoch nicht zum Nachteil des Patentsystems.

### III. EROERTERUNG DER FRAGEN IN DOKUMENT WIPO/UPOV/CE/I/2

#### Fragen in Absatz 8

51. Herr SUGDEN (Vorsitzender) bemerkte, dass die Fragen in Absatz 8 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 die allgemeine Frage der zur Verfügung stehenden grundlegenden Schutzart stellten, und regte an, dass sich der Sachverständigenausschuss darauf konzentrieren solle, was diese Fragen bedeuteten. Auf dem Gebiet der Genmanipulation zum Beispiel scheine die Verfügbarkeit von Patenten akzeptiert zu werden. Die Frage laute, ob beide Schutzformen, d. h. Sortenschutz und Patentschutz, für Pflanzensorten als solche bereitstehen sollten.

52. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) hob hervor, dass in bezug auf den Doppelschutz zwei Punkte zu erwägen seien. Erstens verbiete das Internationale Uebereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in Artikel 2 ausdrücklich den Doppelschutz. Zweitens sei in Artikel 1(a) des nationalen Schweizer Patentgesetzes und in Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens die Gewährung von Patenten für Pflanzensorten untersagt. Im Zusammenhang mit einer Antwort auf diese Frage müsse eine neue Definition der "Sorte" erwogen werden. Nach seiner Ansicht müsse das Verbot des Doppelschutzes im UPOV-Uebereinkommen aufgehoben werden. Hierdurch würde eine Prüfung der Ausschlussbestimmungen in Patentgesetzen sowie auch der Frage ihrer Aufhebung ermöglicht. In welchem Kontext eine derartige Prüfung erfolgen sollte und was das Ergebnis wäre, sei eine Frage, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden könne.

53. Herr WOLF (Patentamt, Oesterreich) erklärte, dass in Oesterreich ein allgemeiner Konsens darüber bestehe, dass den Pflanzenzüchtern ein angemessener Schutz gewährt werden müsse. Ueber einen Gesetzentwurf zum Schutz neuer Pflanzensorten werde zur Zeit beraten. Nach seinem Inkrafttreten werde Oesterreich den Beitritt zum UPOV-Uebereinkommen beantragen. Andererseits werde die Auffassung vertreten, dass Erzeugnissen von Genmanipulation und anderen biotechnologischen Erfindungen - insbesondere in bezug auf Teile von Pflanzen - Patentschutz erteilt werden sollte. Der Sortenschutz sollte nicht auf Teile von Pflanzen erstreckt werden, sondern auf den Schutz neuer Pflanzensorten, die als solche definiert seien, beschränkt sein. Werde der Patentschutz auf jeden Gegenstand erstreckt, für den die üblichen Patentvoraussetzungen erfüllt seien, so werde die Frage des Doppelschutzes praktisch zu einem zweitrangigen Problem.

54. In Beantwortung einer Frage des Vorsitzenden erläuterte Herr TESCHEMACHER (Europäisches Patentamt) den Inhalt der Artikel 52 und 53 des Europäischen Patentübereinkommens, wobei er besonders betonte, dass das Europäische Patentübereinkommen nicht definiere, was eine "Sorte" zum Zwecke des besagten Uebereinkommens sei.

55. Frau SLADKOVA (Amt für Erfindungen, Tschechoslowakei) erklärte, dass in der Tschechoslowakei zur Zeit kein Patentschutz für Pflanzensorten und Tier-rassen erteilt werde. Weiter führte sie aus, dass die Tschechoslowakei gegenwärtig ein neues Patentgesetz vorbereite, das Pflanzensorten und Tierrassen sowie Züchtungsverfahren ausnehmen würde, und dass ein Sortenschutzgesetz am 1. Januar 1990 in Kraft getreten sei, demzufolge ein Pflanzenzüchterzertifikat erhalten werden könne. Verfahren der Genmanipulation könnten durch Patente geschützt werden. Die Tschechoslowakei hege die Absicht, dem UPOV-Uebereinkommen beizutreten. Das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung sei mit dieser Frage befasst.

56. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) hob hervor, dass die in Absatz 8 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 aufgeworfenen Fragen in bezug auf die Verfügbarkeit des Doppelschutzes für Pflanzensorten mehrere Aspekte beinhalten. Um diese Fragen zu beantworten, müsse geklärt werden, was eine "Sorte" als solche sei, d. h. die Beschreibung einer Pflanze auf der Grundlage von Merkmalen, die die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit erfüllten. In dieser Hinsicht sei eine "Sorte" eher ein allgemeines Konzept denn eine spezifische Gesamtheit. Einige interessierte Kreise im Vereinigten Königreich bevorzugten die Möglichkeit, zwischen den Schutzformen für Pflanzensorten frei wählen zu können. Es sei daran erinnert, dass die üblichen Patentvoraussetzungen der Neuheit, Nichtoffensichtlichkeit und gewerblichen Anwendbarkeit erfüllt werden müssten, damit eine Sorte als solche patentierbar sei. Wenn aber eine Sorte als solche diese Eigenschaften habe, so dürfe vernünftigerweise die Frage gestellt werden, warum sie dann willkürlich aus der Patentierbarkeit ausgenommen werden sollte. Ein praktisches Problem könne sich stellen, wenn die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit von einer patentierten Pflanzensorte nicht erfüllt würden. In diesem Falle bestünde die potentielle Gefahr, dass das Sortenschutzsystem geschwächt werden könnte. Wo nur ein Patent und kein Sortenschutz-zertifikat für eine bestimmte Sorte erteilt werde, sei die betreffende Sorte den Behörden nicht bekannt, die Sortenschutz-zertifikate ausstellten, und würde bei der Prüfung auf Unterscheidbarkeit von künftigen Sorten, für die Sortenschutz beantragt werde, nicht berücksichtigt. Dieses Problem dürfte nicht auftreten, wenn gleichfalls ein Sortenschutzrecht für eine Sorte erteilt würde, die als solche durch ein Patent geschützt sei. Werde dem Erfinder die freie Wahl vor-enthalten, so scheine klar zu sein, dass die Definitionen von "Sorte" sowohl im Patentgesetz als auch im Sortenschutzgesetz gleich sein müssten. Kumulierbarer Schutz einer Pflanzensorte durch ein Patent und ein Sortenschutzrecht sei möglich, weil diese Rechte zwei verschiedene Aspekte des gleichen Gegenstands abdeckten. Ein Patent erstreckte sich auf die technischen Eigenschaften einer Pflanzenerfindung, wogegen ein Sortenschutzrecht die Merkmale abdeckte, die die Sorte als solche definierten.

57. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) erklärte, dass die Bundesrepublik Deutschland sich in ihren Gesetzen an die Normen halte, die in den sie bindenden internationalen Uebereinkommen festgelegt seien. Es treffe indes zu, dass eine Mehrheit der interessierten Kreise den Wunsch geäußert hätten, dass jede Ausnahme von Pflanzensorten von der Patentierbarkeit aus dem Gesetz gestrichen werde. Die Anmelder aus den betreffenden Kreisen schienen den starken Schutz zu befürworten, den das Patentsystem biete. In der Vergangenheit habe man geglaubt, dass der Sortenschutz besser für den Schutz von Pflanzensorten geeignet sei, und die besonderen Ausnahmebestimmungen für diese Rechte schienen zum Nutzen der Züchter, Landwirte, Verbraucher und der Öffentlichkeit allgemein notwendig zu sein. Obgleich die Bundesrepublik Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine endgültige Stellungnahme in bezug auf die Streichung der Ausnahme von Pflanzensorten aus dem Patentschutz abgeben könne, vertrete sie die Auffassung, dass der Schutz von



Pflanzensorten im Rahmen des UPOV-Uebereinkommens verstärkt werden müsse. Was die Frage des Doppelschutzes von Pflanzensorten durch Patente und Sortenschutzrechte anbelange, so scheine es, dass das Doppelschutzverbot weniger problematisch würde, wenn erst das UPOV-Uebereinkommen in der vorgeschlagenen und zur Zeit zur Diskussion stehenden Richtung abgeändert werde. Abschliessend stellte er die Frage, wie viele Patente für Pflanzensorten in denjenigen Ländern erteilt worden seien, in denen Patentschutz für Pflanzensorten zur Verfügung stehe.

58. Herr VANDERGHEYNST (Amt für gewerbliches Eigentum, Belgien) bemerkte, dass gewerbliche Eigentumsrechte grundsätzlich kumulierbar sein könnten, solange die betreffende Person in der Lage sei, den bestmöglichen Schutz für die Erreichung der von ihr verfolgten kommerziellen Ziele zu wählen, vorausgesetzt, dass die Bedingungen für den Erwerb der gewerblichen Eigentumsrechte erfüllt seien. So könne beispielsweise für den gleichen Gegenstand bisweilen sowohl ein Patent- als auch ein Markenschutz oder sowohl ein Patent- als auch Geschmacksmusterschutz erteilt werden. Die Patentbehörden in seinem Land stünden dieser Frage noch immer offen gegenüber, weil sie ihre diesbezüglichen Ueberlegungen noch nicht abgeschlossen hätten. Aufgrund der technologischen Entwicklungen, die eine angemessene Beschreibung der Erfindung möglich machten, werde jedoch der Patentschutz bevorzugt. Die belgischen Patentbehörden seien der Auffassung, dass die Frage der Konsequenzen des kumulierbaren Schutzes noch eingehender zu prüfen sei und dass zunächst die in Absatz 9 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 gestellten Fragen beantwortet werden müssten.

59. Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) stellte fest, dass die wesentliche Eigenschaft des Sortenschutzsystems darin bestehe, dass es für den Schutz eines begrifflichen Gegenstands - die Sorte, repräsentiert durch Pflanzen oder Teile von Pflanzen mit einem bestimmten Satz von Merkmalen - ausgearbeitet worden sei. Diese Schutzform sei im wesentlichen von Patenten betreffend Pflanzenmerkmale oder Pflanzen mit einem bestimmten Merkmal zu unterscheiden. Patentansprüche an Pflanzensorten als solchen gingen zu weit, d. h. sie würden zu weit über das hinausgehen, was gegenwärtig als patentierbar angesehen werde. Notwendig sei nunmehr, dass im Rahmen des Patentsystems ein guter Schutz für die sich anbahnenden Innovationen eingeführt werde, und dieser Schutz müsse auf angemessene Weise mit dem Sortenschutzsystem verbunden werden. Vorläufig sollten Ausnahmen, wie die Bestimmung in Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens, unangetastet bleiben.

60. Frau AFONSO (Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) erklärte, dass ihr Land der Möglichkeit des Doppelschutzes nach Ermessen des Anmelders sowie dem kumulierbaren Schutz aufgrund von zwei Schutztiteln aufgeschlossen gegenüberstehe. Weiter führte sie u. a. aus, dass die neue Technologie nunmehr das Problem der Wiederholbarkeit gelöst habe. Allerdings seien, wie sie hinzufügte, Definitionslücken in bezug auf die Pflanzensorte im Sinne des derzeitigen Wortlauts des UPOV-Uebereinkommens vorhanden.

61. Herr SUGDEN (Vorsitzender) hielt fest, dass sich in den bisher gemachten Äusserungen verschiedene Tendenzen erkennen liessen. Eine sei, dass gentechnologische Erfindungen, wie Genspaltung, patentierbar sein sollten. Bei einer Betrachtung der Sortenschutzrechte als solcher müssten die Einheit des betreffenden Pflanzenmaterials sowie die Gesamtheit der Merkmale berücksichtigt werden, die der geschützte Gegenstand seien. Einige Parteien hätten darauf verwiesen, dass man frei wählen können sollte, welcher Rechtstitel zum Schutz von Pflanzensorten heranzuziehen sei. Einige hätten bemerkt, dass dies womöglich kein grosses Problem sei, wogegen andere auf einer strikten Ausnahme

von Sorten von der Patentierbarkeit bestünden. Der Vorsitzende bemerkte, dass sich der Begriff des kumulierbaren Schutzes auf verschiedene Aspekte des gleichen Gegenstands oder auf den gleichen Aspekt eines Gegenstands - wie zwei auf die gleiche Einheit von Pflanzenmaterial mit ihrer Merkmalsliste gerichtete Schutzformen - beziehen könnte. Es gelte, sich mit der zweiten Art kumulierbaren Schutzes zu befassen.

62. Herr VUORI (Finnland) erklärte, dass die finnischen Pflanzenzüchter und der Zentralverband der finnischen Landwirtschaftsproduzenten den Standpunkt verträten, dass für Pflanzensorten keine Patente zur Verfügung stehen sollten. Sie betonten, dass eine Sorte durch einen vollen Satz von Genen repräsentiert sei und dass ein isoliertes Gen nur als Teil eines solchen Satzes von Wert sei. Sie erkannten an, dass Patente für genetische Verfahren erteilt werden könnten. Demgegenüber sollten ihrer Meinung nach Pflanzen und Teile von Pflanzen, die ein patentiertes Gen enthielten, ausserhalb des Geltungsbereichs von Patenten bleiben.

63. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) sprach sich für die Beseitigung des Doppelschutzverbots aus. Sie erläuterte, dass ein kumulierbarer Schutz für den Anmelder eine freie Wahl zwischen zwei Schutzsystemen - und zwar gemäss Kriterien, die koexistieren könnten - bedeute. Desungeachtet betonte sie, dass es, solange das UPOV-Uebereinkommen noch nicht revidiert worden sei, gewisse Vorbehalte geben müsse.

64. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) informierte die Konferenz, dass seine Antwort auf die erste Frage in Absatz 8 "ja" laute, und dass dies dem System entspreche, das gegenwärtig in den Vereinigten Staaten von Amerika existiere. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Ausübung der Rechte auf kumulierbare Weise bevorzugten und dass ein Erfinder berechtigt sein sollte, verschiedene Schutztitel für seine Erfindung zu beantragen. Er betonte, dass für jeden Schutztitel verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein müssten, bevor der Schutz erteilt werde. Im Falle des Sortenschutzes müssten die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit (DHS) erfüllt werden. Sorge müsse dafür getragen werden, dass die Erfordernisse für den Schutz gemäss der verschiedenen Systeme nicht verwechselt würden. Er pflichtete der von der Delegation der Schweiz dargelegten Stellungnahme bei, wobei er darauf hinwies, dass eine Antwort auf die Frage aufgrund der derzeitigen Parameter nicht leicht sei, weil Artikel 2 des UPOV-Uebereinkommens einen derartigen Doppelschutz verbiete und das Europäische Patentübereinkommen Pflanzensorten vom Patentschutz ausnehme. Als erster Schritt müsse deshalb das Verbot des Doppelschutzes aufgehoben werden.

65. Herr SUGDEN (Vorsitzender) stellte alsdann zwei Fragen an die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika. Die erste Frage lautete, ob es in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Praxis eine zu schutzlosen Bereichen führende Lücke zwischen Sortenschutz und Patentschutz gebe. Zweitens stelle sich die Frage, ob eine Partei mit kumulierten Rechten an demselben Gegenstand zur Durchsetzung dieser Rechte an diesem gleichen Gegenstand ein Rechtsverfahren einleiten könne und ob es in diesem Falle kumulierte Strafen gebe.

66. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) stellte fest, dass Patente nicht aufgrund der Voraussetzungen für den Sortenschutz erteilt würden. Wie unterscheidbar eine Pflanze auch immer sein möge, so müssten in jedem Fall die gewerbliche Anwendbarkeit, Nichtoffensichtlichkeit und Neuheit als übliche Voraussetzungen für das Industriepatent erfüllt werden. Wie er bemerkte, gebe es in den Vereinigten Staaten von Amerika keine Schutzlücke, weil dem Erfinder ein oder beide Schutztitel zur

Verfügung stünden, wenn die Voraussetzungen für die Patentierbarkeit und/oder den Sortenschutz erfüllt seien. In bezug auf die zweite Frage erklärte er, dass eine Person in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl für Sortenschutzrechte als auch für Patentrechte eine Verletzungsklage einreichen könne. Eine derartige Klage könne als eine gemeinsame Klage vor dem gleichen Gericht eingereicht werden, und die Höhe des Schadensersatzes würde insgesamt festgelegt werden.

67. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) fragte, wie viele Industriepatente das Patent- und Warenzeichenamt der Vereinigten Staaten für Pflanzensorten erteilt habe.

68. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) entgegnete, dass keine Zahlen des Patent- und Warenzeichenamtes der Vereinigten Staaten von Amerika über die Anzahl der für Pflanzensorten erteilten Industriepatente zur Verfügung stünden, weil keine besondere Statistik über für Pflanzensorten ausgestellte Patente geführt werde. Demgegenüber seien aber Zahlen betreffend Patentanmeldungen für Pflanzengegenstände in den Vereinigten Staaten von Amerika vorhanden. So seien namentlich im Haushaltsjahr 1986 73 Anmeldungen zum Schutz von Pflanzengegenständen durch Industriepatente und 340 durch Pflanzenpatente eingereicht worden; im Geschäftsjahr 1987 seien 137 Anmeldungen für Industriepatente und 425 für Pflanzenpatente eingegangen; im Geschäftsjahr 1988 235 für Industriepatente und 400 für Pflanzenpatente und im Geschäftsjahr 1989 325 für Industriepatente und 390 für Pflanzenpatente.

69. Herr HADDRIK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) sprach im Namen der gesamten Delegation und erklärte dem Sachverständigenausschuss, dass in Australien beide Schutzsysteme zur Verfügung stünden. Zur Frage des kumulierbaren Schutzes bemerkte Herr Haddrick, dass die Entscheidung darüber, ob eine Beibehaltung oder Aufhebung zweckdienlich sei, jedem einzelnen Land überlassen sein sollte. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, dass man sich Gedanken darüber machen müsse, dass einige Länder keine Gesetze für den Schutz von Pflanzensorten hätten. Eine derartige Position wäre stichhaltig, sofern Patente für Pflanzensorten verboten seien. Die australische Praxis sehe keine Ausnahme für Pflanzensorten im Patentgesetz vor, und seit 1983 würden Patente für Pflanzensorten erteilt. Weiter führte er aus, dass das System für Pflanzensorten in Australien verhältnismässig neu sei und guten Anklang gefunden habe.

70. a) Herr ESPENHAIN (Pflanzenneueheitenbehörde, Dänemark) erklärte, dass sein Land - unter anderem angesichts der praktischen Auswirkungen einer Oeffnung des Patentsystems für den Schutz von Pflanzensorten, so wie sie zuvor die Delegation des Vereinigten Königreichs erläutert habe - für eine Erhaltung des in Artikel 2 Absatz 1 des UPOV-Uebereinkommens verankerten Grundsatzes sei. Andererseits halte man es in Dänemark aber auch für wesentlich, dass Erfindungen auf dem Gebiet der Pflanzen durch Patente schutzfähig sein sollten. Ein derartiger Schutz sei durch Artikel 2 Absatz 1 des UPOV-Uebereinkommens nicht verboten.

b) Herr Espenhain wünschte, auf die zuvor in der Debatte gemachten Bezugnahmen auf die einschränkende Wirkung zurückzukommen, die die derzeit im Rahmen der Revision des UPOV-Uebereinkommens vorgeschlagene Definition der "Pflanzensorte" angeblich auf die Verfügbarkeit von Patentschutz im Bereich von Pflanzen und Pflanzenmaterial haben sollte. Er erklärte, dass seine Delegation die Bedenken für nicht gerechtfertigt halte. Die vorgeschlagenen Definitionen seien lediglich eine Feststellung dessen, was eine Pflanzensorte und Vermehrungsmaterial in der Praxis seien. In diesem Zusammenhang werde die

Ueberschneidung zwischen beiden Schutzsystemen auf dem Gebiet der Pflanzenzellen anerkannt. Es müsse als Tatsache akzeptiert werden, dass beide Systeme bisweilen den gleichen Gegenstand abdeckten. Wo hingegen Pflanzenzellen benutzt würden, um Pflanzensorten zu erzeugen, sollte im Rahmen des Sortenschutzsystems um Schutz nachgesucht werden. Wo die Pflanzenzellen ein patentiertes Gen enthielten, sollte das Patentsystem mit Bezug auf den spezifischen Gegenstand in Anspruch genommen werden. Ausserdem müsse anerkannt werden, dass kumulierbarer Schutz möglich sei, und zwar im Falle einer durch ein Sortenschutzrecht geschützten Sorte, die ein patentiertes Gen enthalte. In solchen Fällen beziehe sich der Schutz jedoch auf verschiedene Gegenstände oder Gesamtheiten. Schliesslich habe seine Delegation festgestellt, dass die meisten Sortenschutzgesetze gegenwärtig nicht alle Gattungen und Arten des Pflanzenreichs abdeckten, was zu schutzlosen Bereichen führe. Seine Delegation unterstütze in dieser Hinsicht den Revisionsvorschlag für das UPOV-Uebereinkommen.

71. Herr CASADO (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) teilte mit, dass in Spanien das Patent- und Sortenschutzsystem reibungslos koexistierten. Biotechnologische Verfahren zur Erzeugung von Pflanzensorten könnten durch Patente geschützt werden, wogegen eine durch solche Verfahren erzeugte Sorte als solche nach dem einschlägigen Gesetz als eine Pflanzensorte geschützt werde. In diesem Sinne habe ein Pflanzenzüchter zwei unterschiedliche Schutzmöglichkeiten für seine Innovation, und zwar Verfahrenspatente sowie Sortenschutzrechte für die durch das Verfahren erhaltenen Sorten. Die Antwort auf die in Absatz 8 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 gestellten Fragen hänge zwangsläufig von der Antwort auf die Fragen ab, die in Absatz 14 jenes Dokuments in bezug auf die Definition der "Pflanzensorte" gestellt würden. Es bestehe kein Einwand gegen eine Aenderung der Definition von "Sorte" zum Zwecke der Klärung ihrer Bedeutung; demgegenüber seien jedoch Zweifel darüber laut geworden, ob eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Definition angebracht sei. Letztere Möglichkeit erscheine zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckdienlich. Anstatt die Definition der "Sorte" zu erweitern, könnte eine Erweiterung der Artenlisten, für die Sortenschutz bereitstehe, ins Auge gefasst werden. Die Delegation Spaniens sei gegenwärtig nicht in der Lage, kumulierbaren Schutz für einen und denselben Gegenstand zu akzeptieren. Zwar akzeptiere sie den Grundsatz der freien Wahl des Schutzes, aber es sei auch im Auge zu behalten, dass sich beide Systeme wesentlich unterschieden und dass in der nationalen Gesetzgebung eines jeden Landes die Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um den Schutz im Rahmen des einen oder anderen Systems zu erhalten.

72. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) bemerkte, dass in seinem Land die Auffassung vorherrsche, dass Patente nicht für höhere Lebensformen erteilt werden sollten. Für Pflanzensorten sollte nur eine Schutzform zugelassen werden. Deswegen müssten die Fragen in bezug auf die Möglichkeit des Doppelschutzes verneint werden. In dieser Beziehung werde die zuvor von der Delegation der Niederlande abgegebene Erklärung unterstützt.

73. Frau NUORLAHTI-SOLARMO (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) erklärte, das Doppelschutzverbot für Pflanzensorten nicht befürworten zu können, und schlug eine Aufhebung dieses Verbots vor. Grundsätzlich sollte der gleiche Gegenstand sowohl durch das Patent- als auch das Sortenschutzsystem geschützt werden können.

74. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) bemerkte, dass es in Schweden nicht für unbedingt notwendig gehalten werde, dass beide Schutzsysteme gleichzeitig zur Verfügung stünden. Die gegenwärtige Einstellung sei indes für Diskussionen aufgeschlossen. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang sei die Frage, ob die Streichung der Bestimmungen in bezug auf das Verbot des Doppelschutzes den Beitritt von Nichtverbandsstaaten zum UPOV-Uebereinkommen

erleichtern oder sie hiervon abhalten würde. Schliesslich stellte Herr Oster fest, dass seine Delegation im allgemeinen mit der von Herrn Espenhain (Dänemark) ausgedrückten Stellungnahme im Einklang stehe.

75. Herr BYRNE (Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Irland) erklärte, dass in Irland der Standpunkt vertreten werde, dass Sortenschutzrechte das beste Schutzsystem für Pflanzensorten als solche seien. Wie das Vereinigte Königreich stehe auch Irland der Möglichkeit aufgeschlossen gegenüber, gelegentlich ein Patent für eine auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhende Sorte zu erteilen, dies aber unter der Bedingung, dass auch die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit erfüllt seien. Einer der Gründe hierfür liege in der Beziehung zum Katalog der für den Handel zugelassenen Sorten. Um Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens zu streichen und eine derartige gelegentliche Patenterteilung zu ermöglichen, sei es notwendig, die Erfordernisse der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit als weitere Voraussetzungen für die Erteilung eines Patentes aufzunehmen und das Erschöpfungsprinzip an die bestimmten Eigenschaften des betreffenden Gegenstands anzupassen. Die Definition der "Sorte" müsse für beide Schutzsysteme gleich sein. Schliesslich sehe man in Irland kein Problem in bezug auf die Kumulierung von einem Patentschutz für ein Gen und einem Sortenschutzrecht für eine Sorte.

76. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) unterstrich, dass alle von ihm abgegebenen Kommentare im Namen von Neuseeland gemacht würden und dass eine Arbeitsgruppe, die aus Beamten des Patentamtes und des Sortenschutzamtes sowie Vertretern der verschiedenen interessierten Kreise bestehe, die Fragen geprüft habe. Betreffend die Fragen in Absatz 8 bestehe allgemein Einigkeit darüber, dass beide Schutzformen zur Verfügung stehen sollten, und dies entweder alternativ oder kumulierbar. Probleme könnten gegebenenfalls durch eine Anpassung beider Systeme gelöst werden.

77. Herr SIMUNOVIC (Behörde für Landwirtschaft und Viehzucht, Chile) bemerkte, dass im Zusammenhang mit der Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Schutzsystemen die Tatsache zu berücksichtigen sei, dass einige Länder nicht selbst viele neue Pflanzensorten erzeugten, sondern sich eher in der Position befänden, aus dem Ausland kommende neue Sorten zu schützen. Vom Empfangsland solcher Sorten werde erwartet, dass es sowohl Inländern als auch Ausländern Sortenschutz unter den gleichen Bedingungen gewähre, und zwar unabhängig davon, welcher Schutz den betreffenden Sorten im Ursprungsland gewährt würde. Es werde zudem festgestellt, dass es in juristischer Hinsicht nicht logisch erscheine, von zwei Schutztiteln zu sprechen, während praktisch nur ein Rechtsverfahren auf der Grundlage beider Titel eingeleitet werden könne. Werde vom Inhaber zweier Rechtstitel - wie von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika zuvor erläutert - verlangt, Verfahren aufgrund dieser Titel gemeinsam durchzuführen, so habe die Tatsache, zwei Schutztitel zu besitzen, in der Praxis nicht viel Sinn.

78. Frau DARMON (Nationales Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich) bestätigte, dass ihre übergeordnete Behörde für die Aufhebung des Doppelschutzverbots sei.

79. Herr PREVEL (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Frankreich) erwähnte, dass das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten und andere zuständige Ministerien zur Zeit der Auffassung seien, dass das Sortenschutzsystem - im Lichte der Revisionsziele des UPOV-Übereinkommens - die beste Möglichkeit zum Schutz von Pflanzensorten sei.

80. Herr TESCHEMACHER (EPO) erklärte mit Rückblick auf die Vergangenheit, dass das Patentsystem aufgrund von Wiederholbarkeitsproblemen für den Schutz von lebender Materie nicht viel in Anspruch genommen worden sei. In den letzten Jahren seien aufgrund unvorhergesehener technischer Änderungen Lösungen für das Problem der Wiederholbarkeit gefunden worden, und lebende Materie, wie z. B. Pflanzen, seien zum Gegenstand von Patentanmeldungen geworden. Er bemerkte, dass Ausnahmen vom Patentschutz stets insofern Schwierigkeiten verursacht hätten, als sie zu Hindernissen für spätere technische Änderungen geworden seien. Deshalb sei es notwendig, das Problem im gegenwärtigen Kontext zu prüfen. In bezug auf Pflanzensorten könnte die Erhaltung des Doppelschutzverbots nur gerechtfertigt werden, wenn sie nicht zu schutzfreien Lücken führe. Dies bedeute, dass Entwicklungen, die nicht auf einen spezifischen Phänotyp beschränkt seien, für einen Patentschutz in Frage kommen sollten. Falls das Doppelschutzverbot aufgehoben würde, sei in Erwägung zu ziehen, dass der Anmelder ein legitimes Interesse habe, gleichzeitig beide Titelarten zu beantragen, weil er das Ergebnis des Verfahrens nicht im voraus kenne. Werde kumulierbarer Schutz für ungeeignet gehalten, dann müsse dem Anmelder zugestanden werden, seine Wahl am Ende des Verfahrens zu treffen.

81. Herr DEBOIS (OECD) machte auf die Beziehungen aufmerksam, die zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums auf dem Gebiet von Pflanzensorten und der Erhaltung von Sorten bestehen, wobei die OECD im Zusammenhang mit Zertifizierungssystemen von Sorten und Saatgut eine wichtige Verantwortung habe.

82. Herr OBST (Direktion Landwirtschaft, EG-Kommission) bezog sich auf die vorangegangene Ausführung von Frau Keegan von der Delegation der EG-Kommission in bezug auf die Tatsache, dass, solange Ausnahmebestimmungen im UPOV-Übereinkommen und im Europäischen Patentübereinkommen vorhanden seien, die Europäischen Gemeinschaften ihre Rechtsdokumente darauf gründen würden. In diesem Zusammenhang sei der Faktor Zeit von grösster Bedeutung. Lösungen für die durch das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz aufgeworfenen Fragen müssten kurzfristig gefunden werden, bevor eine Streichung der Ausnahmebestimmungen erwogen werden könnte. Würden die betreffenden Bestimmungen gestrichen, dann müssten die gegenwärtig in der Europäischen Gemeinschaft verfolgten Initiativen im Lichte der neuen Lage erneut geprüft werden.

83. a) Herr KOCH (AIPH) erklärte, dass sich die Mitglieder der AIPH dagegen aussprächen, dass Patente für lebende Materie erteilt würden, und schlug vor, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Züchter, Benutzer von Sorten, Verbraucher und Dritten Welt herzustellen. Im allgemeinen seien die Standpunkte der AIPH ähnlich wie diejenigen, die der vorgeschlagenen EG-Verordnung über das gemeinschaftliche Züchterrecht und dem dänischen Sortenschutzgesetz zugrunde lägen.

b) Zur Frage, wie die zwei betroffenen Schutzsysteme verbunden werden könnten, bemerkte Herr Koch, dass es im Falle von Zierpflanzen häufig schwierig sei, einen bedeutenden technischen Fortschritt (erfinderischen Schritt) zu beschreiben. Die AIPH fordere, dass Pflanzensorten ausschliesslich durch Sortenschutzrechte geschützt werden sollten. Die AIPH könne akzeptieren, dass biotechnologische Erfindungen, z. B. Gene und Verfahren, patentiert würden, unter der Voraussetzung, dass die üblichen Anforderungen erfüllt seien und dass kein Doppelschutz statfinde. Ausserdem wünsche die AIPH ein ausgewogenes System von Zwangslizenzen, um Pflanzensorten Benutzern und Verbrauchern zur Verfügung zu stellen und zu gewährleisten, dass das patentierte Material für die züchterische Arbeit bereitstehe.

84. Herr STRAUS (AIPPI) sprach sich dafür aus, dass sowohl Sortenschutz als auch Patentschutz - entweder alternativ oder kumulierbar - für den gleichen

12

Gegenstand zur Verfügung stehen sollte. Weiter führte er aus, dass in einem internationalen Uebereinkommen lediglich Mindestschutznormen festgelegt werden sollten, und dass alles andere der nationalen Gesetzgebung überlassen sein sollte. Er unterstützte die von den Delegationen Australiens und der Vereinigten Staaten von Amerika ausgedrückten Ansichten, dass nichts aus dem Patentschutz ausgeschlossen werden sollte. In bezug auf die praktischen Auswirkungen einer möglichen Ueberschneidung zwischen Patenten und Sortenschutzrechten, meinte er, dass eine derartige potentielle Ueberschneidung keine grossen Bedenken rechtfertige. Er bemerkte ferner, dass die Erteilung eines Patents dem Patentinhaber nicht per se die Befugnis verleihe, ein Erzeugnis zu vermarkten. In dieser Hinsicht bestünden in bezug auf neue Pflanzensorten ähnliche Verfahren wie diejenigen, die für die Verkaufsfreigabe pharmazeutischer Erzeugnisse angenommen worden seien. Er fragte das UPOV-Sekretariat, weshalb Australien und Japan Rechtssysteme hätten, die in offensichtlicher Abweichung von Artikel 2 des UPOV-Uebereinkommens den Doppelschutz erlaubten, obwohl sie zum Verband der UPOV zugelassen worden seien.

85. Herr HASHIMOTO (APAA) stellte fest, dass der Patentschutz auf jedem Gebiet der Technologie bereitstehen sollte, und unterstützte deshalb die Möglichkeit eines kumulierbaren Schutzes für Pflanzensorten unter zwei verschiedenen Systemen. Wie er bemerkte, bestehe eine derartige Möglichkeit bereits auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums, wo das gleiche Erzeugnis beispielsweise nach dem Patentgesetz und nach dem Geschmacksmustergesetz geschützt werden könne, soweit die für jedes der beiden Gesetze festgelegten Voraussetzungen erfüllt seien. Eine ähnliche Lösung könnte in bezug auf Sortenschutzrechte und Patente angewendet werden, wobei davon ausgegangen würde, dass die Erfinder die Art des Schutzes wählen könnten, die sie für ihre technologischen Ergebnisse bevorzugten.

86. Herr GUTMANN (FICPI) erklärte, dass die Diskussion über die mögliche Wahl des anwendbaren Schutzsystems und das mögliche Verhältnis zwischen den Technologiebereichen, auf die diese Schutzmöglichkeiten anwendbar sein könnten, den eigentlichen technischen Schutzgegenstand - selbst wenn dieser Gegenstand aus lebender Materie bestehe - gebührend berücksichtigen müsse. Er fügte hinzu, dass eine Pflanzensorte mit der Gesamtheit der genetischen Information verbunden sei, die sie beinhalte, und dass jedes Element dieser Information in der Regel von den anderen untrennbar sei. Im UPOV-System werde dies in Schutzformen widergespiegelt, die auf Sorten anwendbar seien, deren Merkmale insgesamt hochgradig spezialisiert seien. Die Grenzen zwischen unterscheidbaren Sorten und sogar Pflanzenarten seien durch das Auftreten der Gentechnologie beiseite gefegt worden: die gleiche genetische Information könnte oft durch ein Verfahren übertragen werden, das bei vielen Arten sowohl wiederholbar als auch beschreibungsfähig sei. Er stellte klar, dass in solchen Fällen die Erzeugung und Hinterlegung bei zuständigen Behörden von allen Sorten, die erzeugt werden könnten, nicht mehr in Frage kommen könnte, und zwar ebenso wenig wie die Prüfung durch diese Behörden, dass die Sorten mit den von der UPOV vorgeschriebenen Normen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit übereinstimmten. Unter diesen Umständen dürfe man sich zu Recht fragen, warum man nicht die im Rahmen des Patentsystems entwickelten Methoden anwenden sollte, wann immer eine Beschreibung von Merkmalen für den Schutz genetisch veränderter Pflanzen verlangt würde, die eine äquivalente Zahl neuer Sorten umfassen könnten. Er fügte hinzu, dass in bezug auf den Schutz einer neuen Pflanzensorte, deren neues Merkmal das Ergebnis eines wiederholbaren und beschreibungsfähigen Verfahrens sei, ein Patentanspruch sich auf diese Sorte und nicht nur auf die genetisch veränderte Pflanze beziehen können sollte. Er frage sich, warum man einen Erfinder daran hindern könnte, seine Ansprüche auf die neue Sorte zu beschränken, die er habe erzeugen können, wenn er der Auffassung sei, dass seine Erfindung hauptsächlich in der Verbesserung einer zuvor bekannten Sorte

bestanden habe. Ausserdem betonte er die Bedeutung des Begriffs eines Patentanspruchs, der das durch das Patent übertragene Recht bestimme, nämlich das ausschliessliche Nutzungsrecht, einschliesslich des Rechtes, die Nachahmung der Erfindung durch Dritte zu verhindern. In bezug auf die Frage des kumulierbaren Schutzes erklärte er, dass seine Organisation für das Prinzip der freien Wahl des Erfinders zwischen den beiden Schutzformen in entweder alternativer oder kumulierbarer Weise sei und daher die Auffassung vertrete, dass das Verbot des Doppelschutzes aufgehoben werden müsste. Allerdings frage er sich, ob die Trennungslinie, die zwischen den Gegenständen gezogen würde, die auf einen Patentschutz bzw. einen Sortenschutz Anspruch hätten, nicht nach zwanzig Jahren in Frage gestellt würde, wenn sich der technologische Kontext geändert habe, so wie es in der Tat vor dreissig Jahren der Fall gewesen sei. Er sagte, dass die letztere Bemerkung nicht als ein Einwand gegen die Einführung des Prinzips des kumulierbaren Schutzes ausgelegt werden sollte. In der Praxis werde eine Patentanmeldung lange vor einer Sortenschutzanmeldung eingereicht, insbesondere aufgrund der ganz unterschiedlichen Art der in dem jeweiligen Schutzsystem anwendbaren Neuheitskriterien. Die Anmeldung zum Sortenschutz könnte sogar nach der Veröffentlichung der Patentschrift erfolgen, und er frage sich, was die Wirkung dieser veröffentlichten Anmeldung auf die eigentliche Originalität der später eingereichten Anmeldung zum Sortenschutz sei. Abschliessend bemerkte er, dass das Vorhandensein von zwei Schutztiteln unter einem Doppelschutzsystem im Falle einer Verletzung keinen Einfluss auf die Strafen oder auf die Höhe des Schadensersatzes hätte, die aufgrund des tatsächlich erlittenen Schadens und nicht aufgrund der Anzahl der vorhandenen Schutzrechtstitel bemessen würden.

87. a) Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) erinnerte daran, dass dem Verbot des Doppelschutzes ursprünglich die Ueberlegung zugrunde gelegen habe, dass die Züchtung einer Pflanzensorte nicht wiederholt werden könnte, um die Voraussetzung der Wiederholbarkeit im Sinne des Patentgesetzes zu erfüllen. Diese Ueberlegung sei nicht länger gültig. Demgegenüber sei das Verbot des Doppelschutzes heute aber im Kampf zwischen Landwirten und Industrie politisch nützlich geworden; es sei sozusagen zu einer politischen Frage geworden. Der wesentliche Unterschied zwischen Patenten und Sortenschutzrechten bestehe in der Information, die sie der Gesellschaft vermittelten. Patente gäben Informationen und lehrten, wie ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden könne, wogegen im Rahmen des Sortenschutzsystems der Menschheit lediglich das Endprodukt zur Verfügung gestellt werde. Als Beispiel sei auf eine nichterschöpfende Liste von 24 Patenten verwiesen, die sämtlich vom Patent- und Warenzeichenamt in den Vereinigten Staaten von Amerika erteilt worden seien. Diese Patente beträfen Pflanzensorten, die im Prinzip sämtlich für ein Sortenschutzrecht in Frage kämen. Diese Patente enthielten einen Wissensschatz darüber, wie die in ihnen beschriebenen Pflanzen erhalten werden könnten, und eine derartige Information gehe über das blosses Vorzeigen einer Pflanze oder des Vermehrungsmaterials einer Pflanze hinaus, die keinen Aufschluss darüber gebe, wie diese erhalten werden könnten. Er stellte dem Sekretariat eine Liste der erwähnten Patente zur Verfügung.

b) Er regte an, eine Untersuchung über den Stil der Ansprüche und den Inhalt der in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgestellten Patente durchzuführen. Eine derartige Erhebung könnte vorzugsweise vom EPA ausgeführt werden. Er erwähnte, dass das EPA Erfahrung in derartigen Untersuchungen habe, und verwies in diesem Zusammenhang auf die Technologie-Serien des EPA. Er bot die Zusammenarbeit mit seiner Organisation in dieser Frage an.

88. Frau COMTE (IFAP, COGECA und COPA) unterstützte die im Namen der AIPH von Herrn Koch abgegebene Erklärung. Sie erinnerte an die Position der von ihr



vertretenen Organisationen, die einerseits darin bestehe, dass der Sortenschutz das einzige geeignete Mittel zum Schutz von Pflanzensorten sei und dass andererseits die Bestimmungen über das Verbot des Doppelschutzes erhalten bleiben sollten.

89. a) Herr LE BUANEC (ASSINSEL) bezog sich auf die von einigen Vorrednern gemachten Ausführungen und betonte, dass man nicht wirtschaftliche Vertreter (Züchter und Experte der Gentechnik) oder wirtschaftliche Sektoren (Landwirtschaft und Industrie) einander gegenüberstellen, sondern lediglich zwischen Kategorien von zu schützenden Gegenständen unterscheiden könne. Viele der innerhalb der ASSINSEL vertretenen Firmen arbeiteten für ihr gemeinsames Ziel, d. h. die Züchtung von Sorten, indem sie in allen relevanten Richtungen tätig seien und die gesamte ihnen zur Verfügung stehende Technologie in Anspruch nähmen. Infolgedessen sollte es das Ziel sein, den bestmöglichen Schutz durch Sortenschutzrechte und Patente zur Verfügung zu stellen, sowie, wenn die betreffenden Schutzgegenstände verwechselt sein könnten, durch beide Urkunden gleichzeitig.

b) Herr Le Buanec führte weiter aus, dass die Position der ASSINSEL noch nicht endgültig sei, sondern vom Revisionsergebnis des UPOV-Uebereinkommens und der laufenden Arbeit am Patentschutz abhängen. Eine Minderheit der Mitgliedschaft von ASSINSEL sei für eine freie Wahl betreffend das Schutzsystem und die Verfügbarkeit beider Systeme, und zwar mit der Verpflichtung zu wählen oder der Möglichkeit, sie zu kombinieren. Die Mehrheit sei für die Beibehaltung der Bestimmungen über das Verbot des Doppelschutzes aufgrund der Tatsache, dass das auf Kreuzungen und Neukombinationen beruhende Verfahren der Pflanzenzüchtung ohne freien Zugang zum genetischen Ausgangsmaterial - entsprechend dem in Artikel 5 Absatz 3 des UPOV-Uebereinkommens festgehaltenen Grundsatzes - nicht vorstellbar sei; das genetische Ausgangsmaterial bestehe überwiegend aus den neuesten Sorten, die im allgemeinen geschützt seien. Herr Le Buanec fügte hinzu, dass der mit der Entwicklung der Pflanzenzüchtungstheorien und -verfahren verbundene Fortschritt gleichfalls die Benutzung von bereits bestehenden Sorten zur Folge habe, wodurch der in Artikel 5 Absatz 3 des UPOV-Uebereinkommens festgelegte Grundsatz noch immer voll relevant sei. Im Falle von im wesentlichen von einer vorhandenen Sorte abgeleiteten Sorten und im Falle der Benutzung einer durch ein Patent geschützten biotechnologischen Erfindung sei die ASSINSEL jedoch für eine Einschränkung dieses Grundsatzes.

90. Herr TAKAKURA (Japan) unterrichtete den Sachverständigenausschuss, dass seine Regierung noch prüfe, ob das Verbot des Doppelschutzes erhalten oder aufgehoben werden sollte. Die für das Doppelschutzverbot ausgedrückten Meinungen gingen dahin, dass neue Pflanzensorten als solche im Hinblick auf die Wahrung der Rechtssicherheit nur durch den Sortenschutz geschützt werden sollten. Die für den Doppelschutz ausgedrückten Meinungen stützten sich auf die Beobachtung, dass beide Schutzformen auf verschiedene Zwecke ausgerichtet seien und unterschiedliche Voraussetzungen hätten.

91. Herr ROBERTS (IHK) erklärte, dass sowohl Patente als auch Sortenschutzrechte alternativ oder kumulierbar für Pflanzenzüchter zur Verfügung stehen sollten und dass volle Freiheit in dieser Hinsicht herrschen sollte. Es werde angenommen, dass in der Praxis wenige Pflanzensorten patentierbar seien und dass die Frage somit als geringfügiges Problem angesehen werden könnte. Gleichwohl sollte die Möglichkeit des Doppelschutzes existieren, weil die Gefahr bestehe, dass in dem einen oder anderen System schutzfreie Lücken mit dem Ergebnis blieben, dass ein bestimmter technologischer Beitrag überhaupt nicht geschützt wäre. Wenn es auch die ideale Situation wäre, die zwei Systeme zu trennen, sodass weder Lücken noch Ueberschneidungen bestünden, seien indes in der Praxis Ueberschneidungen erforderlich, wenn Lücken vermieden werden

15

sollten. Ein Patent für eine Pflanzensorte abzulehnen, sei nicht wünschenswert, wenn dies allein aus dem Grund geschehe, dass es sich um eine "Pflanzensorte" handle.

92. a) Herr ROYON (CIOPORA) erklärte, dass, wenn das Problem des Schutzes neuer Pflanzensorten zum ersten Mal angegangen würde, das Patentsystem als die einzige lebensfähige Lösung erschiene. Aus verschiedenen Gründen (verbesserte Möglichkeiten der Beschreibung von Pflanzensorten, Möglichkeit der Hinterlegung von Pflanzenmaterial, vorgeschlagene Verbesserung des UPOV-Uebereinkommens sowie Situation in einigen Staaten, in denen zwei Schutzsysteme verfügbar seien) sollten die betreffenden beiden Schutzsysteme gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden. Dies sei zudem ratsam, um den Beitritt zum UPOV-Uebereinkommen von Staaten zu erlauben, in denen zur Zeit kein Schutz für Pflanzensorten vorhanden sei und wo leicht auf das Patentsystem zurückgegriffen werden könne. Folglich sollte Artikel 2 Absatz 1 des gegenwärtigen Wortlauts des Uebereinkommens gestrichen werden, der im Verwaltungs- und Rechtsausschuss der UPOV unternommene Versuch der totalen Aufhebung des Patentschutzes entmutigt und Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens überprüft werden.

b) Betreffend die Frage der Bedingungen, unter denen die zwei Schutzformen verfügbar sein sollten, müsse nach Auffassung der CIOPORA liberal und pragmatisch vorgegangen werden. In bezug auf Pflanzensorten als solche würde eine Wahl zwischen den beiden Systemen genügen, nachdem das UPOV-Uebereinkommen revidiert worden sei. Unter den derzeitigen Bedingungen könnte es für einen Züchter jedoch auch von Interesse sein, eine Patentanmeldung zusätzlich zu einer Sortenschutzrechtsanmeldung zu hinterlegen, um Erzeugnisse abzudecken, die durch den Schutzzumfang des letzteren nicht erfasst seien. Was genetische Informationen anbelange, so könnten biotechnologische Erfinder ein Interesse daran haben, dass der Patentschutz auf Sorten erstreckt werde, in denen die betreffende Information enthalten sei. Deshalb sei ein kumulierbarer Schutz in der Form eines Patentes für die genetische Information und Pflanzenzüchterrechte für die Sorten erforderlich. Würde jedoch der Patentschutz auf Sorten erstreckt, dann wäre es für den Erfinder billiger, nur einen Schutztitel, nämlich das Patent, zu beantragen, sofern die Sorten die Patentvoraussetzungen erfüllten.

c) In bezug auf die von Herrn Byrne (Irland) und Herrn Debois (OECD) gemachten Bemerkungen machte Herr Royon schliesslich noch auf die Unabhängigkeit der geistigen Eigentumssysteme von den Zertifizierungssystemen aufmerksam, die im übrigen nicht auf Zierpflanzen anwendbar seien.

93. Herr ROTH (GIFAP) hob hervor, dass beide Schutzsysteme verfügbar sein sollten und dass ein Erfinder die Möglichkeit haben sollte, frei das von ihm zum Schutz seiner Erfindung erwünschte System zu wählen. Er unterstütze in dieser Hinsicht die von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika vertretene Position.

94. Herr YAMASHITA (JPA) unterrichtete den Sachverständigenausschuss, dass seine Organisation den Standpunkt vertrete, dass beide Schutzsysteme verfügbar und beide kumulierbar anwendbar sein sollten.

95. Herr BESSON (FIS) teilte mit, dass der Vorstand der FIS vorbehaltlos die sorgfältig formulierte Stellungnahme akzeptiere, die die ASSINSEL abgegeben habe. Weiter führte er aus, dass eine Studie über die Auswirkungen einer Aenderung des Rechtssystems auf den internationalen Sorten- und Saatguthandel durchgeführt werden sollte.

96. Herr KOSHIBE (FIS) erklärte, dass der Japanische Saatgutverband nachdrücklich die Positionen der ASSINSEL und der FIS unterstütze. Dieser Verband sei der Auffassung, dass eine klare Abgrenzung zwischen dem Patentsystem und dem Sortenschutzsystem notwendig sei, um Konflikte zu vermeiden. Herr Koshibe fügte hinzu, dass die über die Revision des Saat- und Pflanzgutgesetzes erfolgte Einführung eines besonderen Schutzsystems für Pflanzensorten in Japan das Ergebnis der Feststellung der Landwirtschafts- und Gartenbaukreise in Japan gewesen sei, dass das Patentsystem ungeeignet sei. Infolgedessen könne er ein System des "Doppelschutzes" nicht unterstützen.

97. Herr HUYGENS (EPI) bemerkte, dass beide Schutzsysteme für Pflanzensorten verfügbar sein sollten. Normalerweise würde ein derartiger Schutz verschiedene Aspekte des gleichen Gegenstands abdecken. Falls jedoch eine Pflanzensorte die Patentvoraussetzungen erfülle, so sollte es möglich sein, ein Patent zu erhalten. Auf der anderen Seite könne dies - selbst wenn ein Doppelschutz für Fälle akzeptiert würde, in denen dies möglich sei - nicht bedeuten, dass der Inhaber solcher Rechte berechtigt wäre, im Verletzungsfalle zweimal einen Schadensersatz zu erhalten.

98. Herr LAIRD (UNICE) stellte fest, dass die biologische Wissenschaft zu grossen Innovationen fähig sei und dass ein angemessener Schutz vorgesehen werden müsse, damit diese Innovationen der Oeffentlichkeit zugute kämen. Er gab zu bedenken, dass Patent- und Sortenschutz verschiedene Aspekte der Pflanzenwissenschaft abdeckten und dass dem Züchter die Entscheidung überlassen bleiben sollte, welche Schutzform er in Anspruch nehmen wolle. Jede Schutzform oder beide sollten in kumulierbarer Weise zugelassen werden. Er bemerkte, dass zwar auf die praktischen Schwierigkeiten der Bereitstellung eines kumulierbaren Schutzes hingewiesen worden sei, dass aber die Schwierigkeiten noch grösser wären, wenn kein derartiger kumulierbarer Schutz erlaubt würde. Vor allem wäre es schwierig zu bestimmen, was eine Sorte sei oder nicht sei und welche Schutzform infolgedessen zu beantragen sei.

99. Herr GROSS (CEFIC) unterstützte die Ausführungen der Vertreter von AIPPI und UNICE. Er rief in Erinnerung, dass Sortenschutzrechte in einer Zeit eingeführt worden seien, als Pflanzenzüchter keine Patente erhalten konnten. Sortenschutzrechte müssten jedoch als ein Schutzsystem für Pflanzensorten weiterhin bestehen, weil sie auch in Zukunft noch nötig seien. Wenn jedoch ein Züchter die Patentvoraussetzungen im Sinne der einschlägigen Gesetzgebung erfüllen könnte, dann sollte er ein Patent erhalten können. Aus diesen Gründen sollte das Verbot, einen Doppelschutz für eine Pflanzensorte erhalten zu können, aufgehoben werden.

100. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO das Sortenschutzsystem aufgrund seiner speziell formulierten Bestimmungen für die geeignetste Schutzform für Pflanzensorten als solche halte. Diese Auffassung sei jedoch davon abhängig, dass die vorgeschlagene Verbesserung des UPOV-Uebereinkommens verwirklicht werde. Sie beruhe nicht nur auf politischen Ueberlegungen, so wie sie Herr Brouër (Bundesrepublik Deutschland) beschrieben habe, sondern auch darauf, dass es für die Pflanzenzüchtung lebensnotwendig sei, dass der sogenannte "Züchternvorbehalt" - mit den notwendigen Anpassungen betreffend die im wesentlichen von geschützten Sorten abgeleiteten Sorten auf der einen Seite und die patentierte Gegenstände beinhaltenden Sorten auf der anderen Seite - erhalten bleibe. Ferner erklärte er, dass das Konzept des "Forschungsvorbehalts" im Patentsystem nicht die gleichen notwendigen Möglichkeiten sicherstelle, so wie dies durch den im vorgeschlagenen revidierten UPOV-System enthaltenen "Züchternvorbehalt" der Fall wäre.

101. Herr MOUFANG (Max-Planck-Institut) erklärte, dass Pflanzensorten mit Rücksicht auf den Sortenschutz aus dem Patentschutz nicht ausgeschlossen werden sollten. Viele Staaten ermöglichten den Pflanzenzüchtern eine diesbezügliche Wahl, und andere planten, sie zu ermöglichen. Deshalb sollten keine Beschränkungen in dieser Hinsicht auf internationaler Ebene eingeführt oder erhalten werden. Er sei ausserdem der Ansicht, dass die UPOV den Beitritt ihrer neuen Mitglieder nicht vom Verbot des Doppelschutzes abhängig machen sollte. Als negative Konsequenz des Doppelschutzverbots erwähnte er ein mögliches Auftreten von doppelten Normen und führte als Beispiel die Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika, einem nicht durch das Doppelschutzverbot gebundenen Staat, in der UPOV an.

102. Herr ROTH (IBA) bemerkte, dass seine Organisation in bezug auf die Diskussionen über die freie Verfügbarkeit von Germplasma Bedenken habe. Er verwies ferner darauf, dass bei der Entwicklung einer Hybride die Inzuchtlinien geheim gehalten und hierdurch ein Sortenschutzrecht an der Hybride erhalten werden könnte. Auf diese Weise könne ein Züchter einen doppelten oder kumulierbaren Schutz in der Form eines Geschäftsgeheimnisses und eines Sortenschutzrechts erhalten. Weiter führte er aus, dass ein Vorteil des Patentsystems - sofern die Patentvoraussetzungen erfüllt seien - darin bestehe, dass es jedermann nach Ablauf der Monopoldauer freistehe, die offenbarte Erfindung frei zu benutzen. In dieser Hinsicht erläuterte er ferner, dass nur das Patentsystem eine zur Ausführung der Erfindung befähigende Offenbarung erfordere. Abschliessend erklärte er, dass die Ausnahme von Sorten aus der Patentierbarkeit aufgehoben werden sollte.

103. Herr HJERTMAN (EFPIA) unterstützte den von der UNICE und der CEFIC vertretenen Standpunkt.

104. Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) stellte fest, dass das Vereinigte Königreich noch keine endgültige Stellungnahme erreicht habe. Zurückkommend auf die von einigen Rednern von internationalen nichtamtlichen Organisationen zur vorherigen Erklärung seiner Delegation und der Erklärung von Herrn Byrne (Irland) gemachten Bemerkungen, sagte er, dass die sich aus der Verfügbarkeit von zwei Schutzsystemen ergebenden Probleme nicht so sehr mit den Sortenlisten- und den Saatgutzertifizierungssystemen verknüpft seien, sondern eher mit den Schutzvoraussetzungen im Sinne des Sortenschutzsystems, und zwar insbesondere mit dem Erfordernis der Unterscheidbarkeit. Falls Sorten durch Patente geschützt würden, wäre es in manchen Fällen nicht leicht festzustellen, ob eine bestimmte Sorte das Kriterium der Offenkundigkeit (allgemeines Bekanntsein) erfülle. Eine Möglichkeit zur Ueberwindung dieses Problems wäre, die Erfordernisse der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit gleichfalls auf patentierte Sorten anzuwenden. Dies könnte ein Schritt vorwärts sein und die Streichung der Bestimmungen zum Verbot des Doppelschutzes akzeptierbar machen.

105. a) Herr DUFFHUES (Vorsitzender) fasste die Erörterungen über den ersten Teil der Fragen in Absatz 8 wie folgt zusammen:

i) Es besteht allgemein Einverständnis darüber, dass biotechnologische Entwicklungen zu Aenderungen des Verhältnisses zwischen Patentsystem und Sortenschutzsystem geführt haben.

ii) Ein Trend in bezug auf einen einheitlicheren Lösungsversuch betreffend dieses Verhältnis ist zu beobachten.

iii) Eine Reihe von Staaten (vor allem nichteuropäische Länder) und Organisationen (vor allem aus dem Patentgebiet) sprechen sich für die Streichung der Bestimmungen über das Doppelschutzverbot aus.

iv) Es besteht - einschliesslich unter den Staaten und Organisationen, die sich für eine Beibehaltung der Bestimmungen des Doppelschutzverbots aussprachen - allgemein Uebereinstimmung darüber, dass die Patentierung von Elementen von Pflanzen oder Sorten und Verfahren akzeptierbar ist.

v) Eine weitere Prüfung der Frage ist erforderlich, und zwar besonders im Lichte der von Herrn Simunovic (Chile) gemachten Kommentare sowie im Hinblick auf die Frage, ob es für derzeitige Nichtverbandsstaaten der UPOV auf der Basis ihres Patentgesetzes leichter wäre, Mitglied der genannten Organisation zu werden.

b) Betreffend die Bedingungen, unter denen die zwei Schutzformen verfügbar sein sollten, erklärte Herr Duffhues, dass sich in den Ausführungen eine Tendenz dahingehend abzeichne, dem Anmelder volle Freiheit zu gewähren. Die praktischen Umstände könnten indes den Anmelder zwingen, zwischen den beiden Systemen zu wählen, und in den meisten Fällen würde das Sortenschutzsystem gewählt, weil es für Pflanzensorten als solche einen besseren Schutz unter leichteren Voraussetzungen biete.

#### Fragen in Absatz 9 Buchstaben b und c

106. Herr BROUER<sup>22</sup> (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) bemerkte, dass es bei Unterabsätzen b und c von Absatz 9 hauptsächlich darum gehe, den Sortenschutz auf Pflanzensorten und nicht auf Teile von Pflanzen, wie Gene, oder Verfahren anzuwenden. Er äusserte die Ansicht, dass das Landwirteprivileg die Hauptfrage bei der Sicherung der Rechte der Pflanzenzüchter und des freien Zugangs Dritter zu genetischem Material sei. Er frage sich, ob nach Auffassung derjenigen Kreise, die die Verfügbarkeit von Patenten für Pflanzensorten befürworteten, ein Landwirteprivileg auch auf solche Patente anwendbar sein sollte oder ob eine Art Zwangslizenz verfügbar sein sollte.

107. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) erklärte, dass diejenigen Länder, die eine Aufhebung des Doppelschutzes befürworteten, über das Landwirteprivileg nachgedacht hätten. Dieses Privileg werde insofern als unliebsames Problem angesehen, als es in den Vereinigten Staaten von Amerika zu Missbräuchen gekommen sei, und zwar in einem derartigen Ausmass, dass ernsthaft erwogen werde, das Privileg in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch den Vorbehalt im UPOV-Uebereinkommen einzuschränken. Eine definitive Antwort, wie dieses Problem anzugehen sei, sei in den Vereinigten Staaten noch nicht gefunden worden. Was Vorbehalte im Patentsystem anbelange, so würden sie als für dieses System ungeeignet und als mit seinen allgemeinen Zielen unvereinbar gehalten. Er vertrat die Auffassung, dass, wenn eine Ausnahme in bezug auf eine bestimmte Interessengruppe erlaubt werde, andere Interessengruppen in anderen Bereichen der Technik ebenfalls Ausnahmen wünschten. Dies führe zu einer unerbittlichen Werterosion des Patents. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es nicht leicht sei, eine Sorte zum Zwecke der Ausnahme oder Einfügung zu definieren. Besonders akut sei das Problem in Ländern, die gegenwärtig die Patentierung von Pflanzensorten untersagten, denn wenn Anmeldungen eingereicht würden, die alle Patentvoraussetzungen erfüllten, würde die zuständige Prüfungsbehörde erklären, dass der beanspruchte Gegenstand unter die Definition einer Pflanzensorte falle und dass die Anmeldung infolgedessen keinen patentierbaren Gegenstand betreffe.

108. Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) stellte fest, dass in den Niederlanden bei keinem der Systeme eine Rechtfertigung für ein "Landwirteprivileg" gesehen werde. Die Genehmigung zur Benutzung von Saatgut einer

geschützten Sorte für mehr als eine Generation könne durch den Rechtsinhaber erteilt werden. Diese Genehmigung werde sich in der Höhe der Gebühr niederschlagen. Die Landwirte in den Niederlanden teilten diesen Standpunkt, unter der Voraussetzung, dass die Landwirte in anderen Ländern den gleichen Wettbewerbsbedingungen unterlägen.

109. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) hob hervor, dass in Neuseeland ein Konsens - der auch die Landwirteorganisationen einschliesse - zugunsten des Arguments bestehe, dass es aufgrund von Logik und Theorie schwierig sei, die gänzliche Ablehnung der Ausübung der geistigen Eigentumsrechte in der erwähnten Situation zu rechtfertigen. In der Praxis sei demgegenüber der Brauch der Landwirte zu berücksichtigen, im Falle einiger landwirtschaftlicher Anbauarten einen Teil der Ernte aufzubewahren und als Saatgut zu verwenden. Eine teilweise Einschränkung für diese Anbauarten wäre deshalb vielleicht gerechtfertigt. Erreicht werden könnte dies durch eine Ausnahme, vorbehaltlich bestimmter Bedingungen, z. B. die Zahlung einer Lizenzgebühr und andere vernünftige Bedingungen, wie Buchprüfung, Qualitätskontrolle und Notifizierung der Benutzung.

110. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) erklärte, dass in keinem der beiden Schutzsysteme angesichts der besonderen Natur von biologischem Material besondere Einschränkungen vorgesehen werden sollten. Sollten Einschränkungen aus anderen Gründen festgehalten werden, so sei zu berücksichtigen, dass geistige Eigentumsrechte Forschern und Züchtern eine angemessene Entschädigung für ihre Anstrengungen gewähren und somit einen Anreiz für neue Entwicklungen vorsehen würden. Weiter führte er aus, dass das Patentgesetz keine Rechtfertigung für das Landwirteprivileg biete. Deshalb müsse geprüft werden, ob das Privileg bei der Revision des UPOV-Uebereinkommens beibehalten werden sollte.

111. Herr PREVEL (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Frankreich) rief in Erinnerung, dass die Bestimmungen des einschlägigen französischen Gesetzes, Züchtern ein auf die Rechtsprechung beruhendes Recht gegen Landwirte zugesichert hätten, die mit Hilfe von Saatgutaufbereitern Nachbausaatgut erzeugt hätten. Die Folge davon sei eine ziemlich schwierige politische Situation gewesen. Aufgrund von Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien unter der Aegide des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten sei eine vorläufige Vereinbarung erreicht worden, derzufolge Nachbausaatgut toleriert werde, das ohne Mitwirkung von Dienstleistungsfirmen erzeugt würde. Wie Herr Prevel hervorhob, habe diese Situation ein Schlaglicht auf die Stärke des dem Züchter gewährten Rechts sowie auch auf die Notwendigkeit geworfen, mit der Revision des UPOV-Uebereinkommens voranzukommen. Die Position der Züchter müsse - ungeachtet des Ursprungs ihrer Sorten - verstärkt werden, und ihre Rechte sollten nicht durch ein übermässiges Privileg geschwächt werden, was eine Stagnation der Forschungsinvestitionen und letzten Endes eine Stagnation des qualitativen und quantitativen Niveaus der landwirtschaftlichen Produktion verursachen würde. In diesem Zusammenhang betonte Herr Prevel, dass die Ueberwachung der Benutzung einer geschützten Sorte, je nach Art, mehr oder weniger leicht sei.

112. Frau AFONSO (Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) erklärte, dass biotechnologische Erfindungen für Pflanzen oder Pflanzensorten in der gleichen Weise wie andere Erfindungen behandelt werden müssten, um einen starken Patentschutz auf allen technischen Gebieten sicherzustellen. Sie fügte hinzu, dass das durch ein Patent gewährte Monopol durch ein System von Zwangslizenzen ausgeglichen werden könnte, wie in Absatz 20 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 erwähnt.

113. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen und Geschmacksmusteramt, Australien) stellte fest, dass der Patentinhaber unter dem australischen Patentgesetz ein breites Monopol erhalte. Demgegenüber sei jedoch durch die Rechtsprechung festgelegt, dass implizite Lizenzen für die Benutzung der Erfindung je nach den Umständen jedes einzelnen Falles anzuwenden seien. Obgleich das Landwirteprivileg unter einem Patent für eine Pflanzensorte als eine implizite Lizenz angesehen werden könnte, sei ein Patentinhaber im Prinzip berechtigt, eine derartige Lizenz abzulehnen. Die Ausarbeitung von Mustervereinbarungen könnte ebenfalls als eine mögliche Lösung für das Problem des Landwirteprivilegs ins Auge gefasst werden. Obwohl Landwirten vor Gericht vermutlich die gängigen Praktiken zugute kämen, könnten sich diese Praktiken in Zukunft ändern. Zur Zeit bestünden jedoch keine Pläne zur Abänderung des Patentgesetzes. Das vor kurzem in Kraft getretene Sortenschutzgesetz sehe das Landwirteprivileg gemäss dem UPOV-Uebereinkommen vor.

114. Herr RAVN (Patentamt, Dänemark) bemerkte, dass es für eine richtige Beantwortung der Frage nötig sei, zwischen Sortenschutz und Patentschutz zu unterscheiden. Im Falle des Sortenschutzes, wie gemäss dem UPOV-Uebereinkommen, könnte es erforderlich sein, aus politischen Gründen das System des Landwirteprivilegs beizubehalten. Was Patente anbelange, so sollte es grundsätzlich keine Einschränkung für ein spezielles technisches Gebiet geben. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika. Seine Delegation identifiziere in diesem Zusammenhang mehrere praktische Probleme, z. B. wenn sich das Landwirteprivileg auf eine geschützte Pflanzensorte beziehe, die eine patentierte Erfindung beinhalte. In derartigen Fällen sollte der Sortenschutz über den Patentschutz dominieren, weil man davon ausgehe, dass der Patentinhaber diese Sachlage berücksichtige, wenn er Verträge mit dem betreffenden Züchter aufstelle.

115. Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) erwähnte, dass infolge des gegenwärtigen Wortlauts von Artikel 5 Absatz 1 des UPOV-Uebereinkommens die Tradition der Aufbewahrung von Saatgut für den nächsten Anbau noch immer erlaubt sei. Es sei nicht notwendig, diese Situation zu kontrollieren, solange diese Tradition andere Interessen nicht beeinträchtige, und zwar insbesondere, solange der Anteil des Saatguts, mit dem der Züchter seine Investitionen wieder decken könne, nicht abnehme. Demgegenüber könnten das Inverkehrbringen von aus biotechnologischen Verfahren stammenden Sorten die Situation verändern: Aus durchaus gerechtfertigten Gründen könnten derartige Sorten viel teurer und ein grösserer Anreiz für die Erzeugung von Nachbasaatgut sein. Im Vereinigten Königreich seien die Diskussionen noch darüber im Gange, ob und in welchem Ausmass, wenn überhaupt, das "Landwirteprivileg" im Sortenschutzsystem erhalten bleiben sollte. Bislang könne aufgrund der Sensitivität der Frage noch kein Ergebnis der Diskussionen vorausgesagt werden. Indes sei zur Zeit kein Aequivalent des Landwirteprivilegs im Patentgesetz enthalten, und es sei unvorstellbar, dass eine entsprechende Bestimmung eingeführt würde.

116. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) erklärte, dass ihr Land es nicht für gerechtfertigt halte, gewerbliche Eigentumsrechte je nach dem geschützten Material einzuschränken. Sie erläuterte, dass, falls die Rechte des Inhabers eingeschränkt werden sollten, dies als Ergebnis eines Rechtsmissbrauchs und nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wirtschaftssektor erfolgen müsste. Abschliessend bemerkte sie, dass der Umfang des Landwirteprivilegs vom Ergebnis der Revision des UPOV-Uebereinkommens abhängen würde, dass aber ein derartiges Privileg unter der Ausübung eines Erfindungspatents nicht existieren könne.

117. Herr GOMEZ (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) meinte, dass das Landwirteprivileg angesichts einer Reihe von Gründen beibehalten werden

sollte, die einen derartigen Vorbehalt rechtfertigten. Erstens beruhe ein Grund auf einer landwirtschaftlichen Tradition, derzufolge das Landwirteprivileg ein weitgehend anerkanntes und von Landwirten in Anspruch genommenes Recht sei. Zweitens gebe es juristische Gründe als Folge der Tatsache, dass der Sortenschutz dieses Privileg bereits heute anerkenne und dass das Patentrecht mit dem Grundsatz der Erschöpfung von Patentrechten ein ähnliches Prinzip anerkenne. Schliesslich seien noch praktische Gründe insofern vorhanden, als das Landwirteprivileg inhärente Einschränkungen habe, die in der Praxis den Einfluss dieser Ausnahme verminderten. Dies gelte besonders für Hybridsaatgut; es gelte ferner, wenn sich bei der Wiederaussaat des Nachbausaatgutes eine Verminderung der Wuchskraft oder aufgrund der Kontaminierung durch den Pollen anderer Sorten Variationen im Genotyp der Sorte ergäben. Im übrigen sei daran erinnert, dass das Landwirteprivileg auf die Möglichkeit der Benutzung von Nachbausaatgut auf dem eigenen Betrieb des Landwirts beschränkt sei, weil der gewerbsmässige Vertrieb von Saatgut auf jeden Fall aufgrund des Sortenschutzes verboten sei. Vorstellbar sei, das Landwirteprivileg nur in bezug auf bestimmte Typen von Pflanzensorten einzuführen und die Anwendung dieses Privilegs in bezug auf andere Sorten zu begrenzen oder auszuschliessen.

118. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) bemerkte, dass seine Delegation Verständnis für die von Herrn Ravn (Dänemark) vorgebrachte Stellungnahme habe, aber betreffend die Konsequenzen eines Nichtvorhandenseins des "Landwirteprivilegs" im Patentgesetz im Ungewissen sei. Die Frage müsse gestellt werden, ob im Sinne des Patentgesetzes ein Unterschied zwischen Nachbausaatgut, das ausschliesslich mit eigenen Geräten des betreffenden Hofes produziert worden sei, und Nachbausaatgut gemacht werden müsste oder könnte, das durch eine Aufbereitungsfirma im Rahmen einer Dienstleistung gereinigt wurde. In Schweden werde zur Zeit das Problem der fahrbaren Saatgutaufbereitungsanlagen geprüft.

119. Herr LOSSIUS (Norwegen) hob hervor, dass Norwegen sich für die Erhaltung des Landwirteprivilegs sowie für die Möglichkeit ausspreche, Abhilfemassnahmen zu untersuchen.

120. Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) befürwortete das Landwirteprivileg, dessen Bedeutung er unterstrich. Diese Frage sei in seinem Land insofern besonders aktuell, als man sich gegenwärtig vom System der Erfinderzertifikate für Pflanzensorten abwende und sich auf ein System zubewege, das den Schutz ausschliesslicher Rechte in bezug auf Pflanzen vorsehe. Er erwähnte allerdings, dass das Landwirteprivileg nicht unnötig weit sein sollte. Abschliessend brachte er zum Ausdruck, dass sein Land die Tätigkeiten der UPOV genau beobachte, um die neuesten Entwicklungen in seinem nationalen Recht gebührend zu berücksichtigen.

121. Frau SISSON (Landwirtschaftsministerium, Kanada) rief in Erinnerung, dass das Parlament gegenwärtig eine Vorlage für ein Sortenschutzgesetz vor sich habe, das mit dem gegenwärtigen Uebereinkommen vereinbar sei. Es sehe, ausser für Zierpflanzen, ein "Landwirteprivileg" vor. Die Unterstützung der grösseren Landwirteverbände habe man unter der Bedingung erhalten können, dass das "Landwirteprivileg" anerkannt werde.

122. Herr BUCHANAN (Ministerium für Konsum und Körperschaften, Kanada) erklärte, dass sich für den Fall, dass Pflanzensorten patentiert würden, sogleich mehrere Fragen hinsichtlich des Landwirteprivilegs stellen würden. Drei Optionen erschienen in dieser Beziehung vorstellbar, nämlich i) das Landwirteprivileg aus den Sortenschutzgesetzen zu streichen - dies würde Probleme verursachen, weil solche Privilegien in zahlreichen Gesetzen existierten und als eine



Einschränkung akzeptiert worden seien; ii) das Landwirteprivileg in Patentgesetze aufnehmen - auch dies würde Probleme verursachen, und zwar vor allem Probleme wie diejenigen, die von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf ungerechtfertigte Diskriminierung auf der Basis eines spezifischen Bereiches der Technik erwähnt worden seien; und iii) die derzeitige Situation fortzusetzen, d. h. also, dass das Landwirteprivileg im Sortenschutzrecht, aber nicht im Patentrecht anerkannt würde.

123. Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) verwies darauf, dass das Patentsystem zum Ziel habe, dem Erfinder ein ausschliessliches Recht zu gewähren, und dass Ausnahmen folglich beschränkt sein sollten. In diesem Zusammenhang unterstützte sie die von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika abgegebene Stellungnahme.

124. Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland) erklärte, dass die finnischen Pflanzenzüchter und der Zentrale Verband der finnischen Landwirtschaftsproduzenten übereingekommen seien, dass das "Landwirteprivileg" erhalten bleiben müsse. Diese Vereinbarung beruhe auf der Tatsache, dass der Kauf von Saatgut zum Zwecke der Auswertung - einschliesslich der Vermehrung - erfolge. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre es unrealistisch, dieses "Privileg" in Finnland aufzuheben.

125. Herr BYRNE (Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Irland) bemerkte, dass diese Frage politisch heikel sei und dass der Missbrauch des "Landwirteprivilegs" Anlass zur Besorgnis gebe. Die Diskussion sei gegenwärtig noch im Gange, und es sei nicht auszuschliessen, dass Landwirtegruppen, Saatgutaufbereiter usw., vorbehaltlich der Zahlung einer Gebühr an die Züchter, die Genehmigung zur Erzeugung von Nachbasaatgut erhielten. Unbedingt erforderlich sei, dass die Züchter eine angemessene Vergütung erhielten, und die vorgeschlagene EG-Verordnung über das gemeinschaftliche Züchterrecht dürfte dazu beitragen, die in diesem Falle vorliegenden politischen Fragen zu lösen.

126. Herr SIMUNOVIC (Behörde für Landwirtschaft und Viehzucht, Chile) war der Meinung, dass die erste Frage in Absatz 9 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 sich nicht auf "eine Einschränkung" ("any limitation"), sondern spezifisch auf die Einschränkungen beziehen sollte, die in den Unterabsätzen a) bis e) dieses Absatzes enthalten seien, weil alle Rechte irgendwelche Einschränkungen hätten. Ausserdem erscheine es unangemessen, den Akzent auf Eigentum in bezug auf "Pflanzen" zu setzen, weil Pflanzen materielle, bewegliche Gegenstände seien, die man wie jeden anderen Gegenstand besitzen könne. Man sollte sich vielmehr auf Pflanzensorten beziehen, die der eigentliche Gegenstand der zu prüfenden Rechte seien. Schliesslich scheine es auch, dass das Landwirteprivileg, je nach Typ der vom Sortenschutzrecht geschützten Sorte, unterschiedlich zu behandeln sei. Das Landwirteprivileg könne nicht auf die gleiche Weise auf durch Saatgut vermehrbare Sorten, wie z. B. Getreide, und auf vegetativ vermehrbare Sorten, wie z. B. Obstbäume oder Reben, angewandt werden, weil es im ersteren Falle praktisch unmöglich sei, die Wiederaussaat zu verhindern.

127. Herr DUFFHUES (Vorsitzender) hielt fest, dass sich eine Reihe von Staaten für die Erhaltung des "Landwirteprivilegs" aufgrund dessen traditioneller Eigenschaft und der praktischen Durchsetzungsmöglichkeiten von Züchterrechten in bezug auf Nachbasaatgut aussprächen. Er bemerkte ferner, dass es in diesem Zusammenhang wichtig sei zu prüfen, was unter einem "Bauernhof" und was unter einem "Landwirt" zu verstehen sei. Einige Staaten seien gegen das Privileg, während andere dessen Logik und wirtschaftliche Rechtfertigung in Frage stellten.

128. Herr OBST (Generaldirektion Landwirtschaft, EG-Kommission) erklärte, dass historische Präzedenzfälle nicht ohne weiteres übergangen werden könnten, sondern anerkannt werden müssten. Deshalb stelle sich die Frage, ob es überhaupt eine Rechtfertigung gebe, um das "Landwirteprivileg" aufzuheben. Was die Beseitigung von Missbräuchen anbelange, gebe es kein Problem, und die Initiative betreffend das gemeinschaftliche Züchterrecht gehe in diese Richtung.

129. Herr STRAUS (AIPPI) brachte zum Ausdruck, dass keine stichhaltigen wirtschaftlichen Gründe dafür vorhanden seien, um Einschränkungen in der Form eines Landwirteprivilegs in das Patentgesetz aufzunehmen.

130. a) Herr LANGE (ASSINSEL) bezog sich auf den einleitenden Teil von Frage 9 und betonte, dass die einzige gerechtfertigte Einschränkung der sogenannte "Züchternvorbehalt" sei, der in Artikel 5 Absatz 3 des UPOV-Uebereinkommens vorgesehen sei. Dieses Prinzip sei für die Pflanzenzüchtung von höchster Bedeutung und sollte - gleichgültig, ob es sich um eine durch ein Sortenschutzrecht oder ein Patent geschützte Sorte handle - gleicherweise aufgrund der Tatsache angewandt werden, dass die Pflanzenzüchtung eine Tätigkeit sei, die die Benutzung und infolgedessen die Verfügbarkeit von bereits vorhandenen Sorten erfordere. Aus diesem Grunde spreche sich die Mehrheit der Mitglieder der ASSINSEL gegen den Patentschutz für Pflanzensorten aus, weil das Patentsystem nicht mit absoluter Sicherheit eine derartige Verfügbarkeit gewährleiste. Auf der anderen Seite sei die ASSINSEL in dem Falle für eine Einschränkung des "Züchternvorbehalts", dass eine Sorte wiederholt für die gewerbsmässige Erzeugung einer anderen Sorte benutzt werden müsse, so wie es im zweiten Satz von Artikel 5 Absatz 3 des UPOV-Uebereinkommens in Betracht käme, im Falle, dass eine Sorte im wesentlichen von einer anderen geschützten Sorte abgeleitet sei, wie im Rahmen der Revision des UPOV-Uebereinkommens vorgeschlagen, sowie in dem Falle, dass eine Sorte eine patentierte genetische Information beinhalte. Im letzteren Falle sollte das Patent nicht beeinträchtigt werden, und die Genehmigung des Patentinhabers sollte erforderlich sein, wenn die patentierte Information in einem Züchtungsprogramm verwendet werden sollte.

b) In bezug auf Unterfrage b) sei die ASSINSEL der Auffassung, dass es keine Rechtfertigung für ein "Landwirteprivileg" gebe, für das im Uebereinkommen keine ausdrücklichen Bestimmungen vorhanden seien. Eine solche Einschränkung existiere lediglich in bestimmten nationalen Gesetzen. Es sei nicht angebracht, das UPOV-Uebereinkommen zu verstärken und es gleichzeitig durch die Anerkennung eines "Privilegs" zu schwächen. Schliesslich halte die ASSINSEL aufgrund ihrer Position die Unterfrage c) für nicht relevant.

131. Herr BESSON (FIS) hielt es für wichtig, das Ausmass der Benutzung von Nachbauseaatgut zu kennen, um die Grössenordnung der Verluste beurteilen zu können, die Züchter in Form von nicht gezahlten Lizenzgebühren und Saatguterzeuger in Form von unausgewerteten Märkten erlitten. Im Falle von kleinkörnigem Getreide ergäben sich beispielsweise die folgenden Prozentzahlen: Australien: 89 %; Spanien: 85 %; Kanada und Vereinigte Staaten von Amerika: 70 %; Frankreich: 45 %; Vereinigtes Königreich: 30 %; Irland: 25 %. Im Falle von Kartoffeln beliefen sich die Prozentzahlen in der Bundesrepublik Deutschland auf 40 % und im Vereinigten Königreich auf 20 %.

132. a) Frau BEHAGHEL (IFAP, COGECA und COPA) betonte, dass die europäischen Landwirte einstimmig die Möglichkeit befürworteten, ihr eigenes Saatgut einer Anbauart für die Aussaat in der folgenden Anbausaison zurückzubehalten. IFAP teile diese Auffassung. Die Tolerierung der Zurückbehaltung von Nachbauseaatgut durch die Landwirte sei nichts Neues und niemals verboten worden. Bisweilen sei sie sogar in nationalen Gesetzen festgeschrieben worden; sie sei von dem Recht abgeleitet, frei über die Erzeugnisse des Bodens zu verfügen. Wenn das

UPOV-Uebereinkommen eine Ausnahme eingeführt habe, so beziehe sich diese auf das Recht über den gewerbsmässigen Vertrieb und nicht auf das Recht über die Vermehrung. Wenn der Landwirt sehr an der Gepflogenheit der Erzeugung von Nachbasaatgut hänge - obgleich er wisse, dass solches Saatgut nicht die gleichen Garantien biete - so sei dies zum Teil deshalb der Fall, damit er seine Zeit am besten nutzen könne.

b) Frau Behaghel rief in Erinnerung, dass die Saatgutaufbereitung durch eine spezialisierte Vertragsfirma in Frankreich rechtliche Folgen gehabt habe, die insofern beispielhaft seien, als sie die heikle Natur des Problems veranschaulichten. COPA und COGECA hätten versucht, die notwendigen Schlüsse aus der Entscheidung in erster Instanz des Gerichts von Nancy, bestätigt in der Berufung und zur Zeit vor dem Kassationshof anhängig, sowie aus der unter der Aegide des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten abgeschlossenen Vereinbarung zu ziehen. Die beiden Organisationen seien sich der Rolle der Forschung und der Notwendigkeit einer angemessenen Finanzierung bewusst. Sie seien der Auffassung, dass ein auf die Saatgutaufbereitung auf dem Hof beschränktes "Landwirteprivileg" die Möglichkeit biete, die Realitäten der Landwirtschaft sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern gebührend zu berücksichtigen. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften habe sich dieser Ansicht in ihrer vorgeschlagenen Verordnung über das gemeinschaftliche Züchterrecht angeschlossen. Ein solches "Privileg" sollte sowohl im Rahmen des Sortenschutzsystems als auch des Patentsystems vorgesehen werden. Abschliessend verwies Frau Behaghel auf die praktischen Schwierigkeiten bei der Erhebung von Lizenzgebühren bei Tausenden von Anbauern. Das Verfahren zur Erhebung dieser Gebühren könnte womöglich in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen.

133. Herr WINTER (COMASSO) erwähnte, dass die COMASSO die gestellte Frage geprüft habe. Sie teile die von Herrn Lange (ASSINSEL) vertretene Ansicht, dass der "Züchternvorbehalt" die einzige gerechtfertigte Einschränkung im Sortenschutzsystem sei. Um Fortschritte zu erzielen, müssten die Züchter alles vorhandene Material und Genotypen benutzen, die sich in vorhandenen Sorten als die besten erwiesen hätten. Er meine, dass das Verbot des freien Zugangs zu einer Abhängigkeitspyramide führe, wodurch jedes Abhängigkeitssystem praktisch unbrauchbar würde. Die Nichtverfügbarkeit von geschütztem Rohmaterial würde den genetischen Fortschritt in bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse beträchtlich behindern. Er sehe im "Züchternvorbehalt" kein Mittel, um die notwendige Zustimmung des Patentinhabers eines inkorporierten Gens zu umgehen. In bezug auf das Patentsystem habe die COMASSO keine gerechtfertigte Einschränkung gefunden, die nicht mit dem grundlegenden Ziel des Systems im Einklang stünde. Was die Unterfragen b) und c) anbelange, so teile sie gleichfalls die von Herrn Lange vertretene Auffassung, dass eine Einschränkung zugunsten eines besonderen Berufsstandes nicht gerechtfertigt sei.

134. Herr HUYGENS (EPI) erklärte, dass es keinen Grund dafür zu geben scheine, besondere Einschränkungen für gewerbliche Eigentumsrechte einzuführen. Ausnahmen zugunsten von Landwirten seien nicht gerechtfertigt, und er teile in dieser Hinsicht die vorgängig von der Delegation der Niederlande geäusserte Auffassung. Er betonte, dass das Landwirteprivileg in der Praxis die Ursache dafür sein könne, dass die Inhaber von Schutztiteln für Pflanzensorten erhebliche Einkommensverluste erlitten.

135. Herr ROYON (CIOPORA) bemerkte, dass es keine Rechtfertigung für Einschränkungen oder Restriktionen gebe und dass das Sortenschutzsystem auf gleichen Fuss wie die anderen geistigen Eigentumssysteme gestellt werden müsse. Anbauer würden sich immer mehr industrialisieren und unmittelbar in den Genuss der von Pflanzenzüchtern gemachten Innovationen kommen. Folglich müssten sie

auf die gleiche Weise behandelt werden wie andere Industriesektoren. Jedes andere System würde sowohl die Innovatoren als auch die Benutzer benachteiligen.

b) In bezug auf die vorgeschlagene Revision des UPOV-Uebereinkommens erklärte Herr Royon, dass der gegenwärtige Artikel 5 Absatz 3 auf die freie Verfügbarkeit einer geschützten Sorte zum Zwecke der Erzeugung neuer Sorten eingeschränkt werden sollte, indem der Satzteil "und diese gewerbsmässig vertrieben werden" gestrichen würde. Ein Abhängigkeitssystem, wie vorgeschlagen, sollte eingeführt und der Vorbehalt gemäss den entsprechenden Bestimmungen im Patentgesetz formuliert werden. Als allgemeiner Grundsatz sollten Forschungstätigkeiten nicht durch das geistige Eigentumsrecht abgedeckt werden, und das Erzeugnis dieser Forschung müsste dahingehend bewertet werden, ob es eine Verletzung des geschützten Ursprungserzeugnisses darstelle oder nicht.

136. Herr YAMASHITA (JPA) bemerkte, dass Rechte zum Schutz von Pflanzensorten auf die gleiche Weise wie andere Rechte zum Schutz von Innovationen auf anderen technologischen Gebieten behandelt werden sollten. Es sei kein Grund zur Begünstigung von Landwirten vorhanden, und ein Landwirteprivileg erscheine nicht gerechtfertigt. Er verwies darauf, dass, wenn ein Landwirt eine neue Pflanzensorte verwende, er daraus einen Vorteil erhalte, der die Zahlung einer Gebühr an den Rechtsinhaber dieser Sorte rechtfertige. Was die Benutzung einer Pflanzensorte für Versuchs- oder Forschungszwecke anbelange, so werde die Auffassung vertreten, dass für solche Zwecke die freie Benutzung der Sorte erlaubt sein sollte.

137. Herr ROBERTS (IHK) unterstützte die von den Vertretern der ASSINSEL und der COMASSO vertretenen Standpunkte dahingehend, dass nur der Züchtervorbehalt gerechtfertigt sei. Sollte jedoch ein Landwirteprivileg festgehalten werden, so müsste sein Geltungsbereich viel mehr als heute eingeschränkt sein.

138. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) bemerkte, dass das Landwirteprivileg durch Verträge zwischen Käufern und Saatguthändlern ersetzt werden könnte. Dann stelle sich allerdings die Frage, ob ein Vertrag benutzt werden könne, um das Landwirteprivileg in dem Falle zu umgehen, dass ein Vorbehalt als eine Frage des öffentlichen Wohls angesehen werde. Er rief in Erinnerung, dass die Benutzung einer Anbauart, um mehr Saatgut zu erzeugen, über das Erschöpfungsprinzip des Patents hinausgehe, weil die Saatguterzeugung der Herstellung oder Erzeugung des patentierten Produkts gleichkomme und derartige geschützte Handlungen durch die Handlung des Saatgutverkaufs nicht erschöpft seien. In dieser Hinsicht sollte ein Patentrecht gegen einen Landwirt durchsetzbar sein, der Nachbasaatgut benutze oder für einen späteren Anbau aufbewahre. Die Rechtfertigung des Landwirteprivilegs für die private Verwendung von Saatgut sei nicht korrekt, weil eine private Verwendung bedeuten würde, das Saatgut nur zum Ueberleben des Landwirts und seiner Familie zu benutzen. Der Nachbau mit aufbewahrtem Saatgut gehe über den Bereich des privaten Gebrauchs hinaus und würde infolgedessen ein Patent an einer Pflanzensorte verletzen.

139. Herr DUFFHUES (Vorsitzender) schloss die Erörterung mit der Feststellung ab, dass kein gemeinsamer Standpunkt vorhanden sei. Er bemerkte, dass das "Landwirteprivileg" mit politischen Fragen behaftet sei und dass eher Politiker denn Experten eine Lösung finden müssten. Allgemein sei eine Tendenz dahingehend festzustellen, dass, wenn es ein "Landwirteprivileg" geben sollte, dieses eingeschränkt werden müsse.

Fragen in Absatz 9 Buchstaben d) und e)

140. Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) stellte fest, dass es gerechtfertigt, wenn nicht sogar wesentlich, sei, dass in bezug auf die Forschung und Entwicklung neuer Sorten geistige Eigentumsrechte eingeschränkt würden. Der Schutzgegenstand sollte unentgeltlich, ohne dass eine Genehmigung erforderlich sei, für Forschungszwecke zur Verfügung stehen.

141. Herr RAVN (Patentamt, Dänemark), Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen), Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Finnland), Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien), Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion), Herr PREVEL (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Frankreich), Herr O'FARRELL (Patentamt, Irland) und Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen und Gebrauchsmusteramt, Australien) teilten diese Auffassung.

142. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) stimmte der Delegation der Niederlande insofern zu, als sich der Forschungsvorbehalt auf Sortenschutzrechte beziehe, und hob hervor, dass es sich hierbei um eine historische Eigenschaft dieses Schutztitels handle. Demgegenüber machte er aber geltend, dass die im Sachverständigenausschuss aufgeworfene Frage eine grössere Tragweite habe, weil sie sich nicht nur auf Sortenschutzrechte, sondern auf alle geistigen Eigentumsrechte, einschliesslich von Patenten, beziehe. Er verwies darauf, dass der Forschungsvorbehalt im Falle von Patenten nicht so leicht zu handhaben sei. Werde eine Forschungsarbeit unternommen, um allein einer wissenschaftlichen Wissbegierde zu genügen, dann gebe es kaum Einwände gegen eine Anwendung des Vorbehalts. Werde die patentierte Erfindung aber für eine mit dem Erfinder konkurrierende wirtschaftliche Tätigkeit benutzt, so sei dies insofern problematisch, als sie das durch das Patent erhaltene Recht vermindere. Er erklärte, dass man auf dem Gebiet des Patentschutzes gesetzlich keinen technologischen Bereich ausnehmen könne, auf den eine Ausnahme für die Benutzung zu Versuchszwecken anwendbar wäre. Derartige Ausnahmen sollten vielmehr jeweils von Fall zu Fall behandelt werden. Alsdann gab er Auskunft über die Rechtsprechung in seinem Land, die die Benutzung zu Versuchszwecken von Fall zu Fall handhabe, und erwähnte, dass man nicht auf grössere Probleme gestossen sei.

143. Herr BUCHANAN (Ministerium des Konsums und der Körperschaften, Kanada) regte an, die entsprechende Bestimmung im Vertragsentwurf über die Harmonisierung von Patentgesetzen als Vorbild für den vorgeschlagenen Forschungsvorbehalt im Zusammenhang mit geschützten Pflanzensorten zu nehmen.

144. Herr SCHAFERS (Vizegeneraldirektor, WIPO) erklärte, dass die letzte Fassung des Vertragsentwurfs über die Harmonisierung von Patentgesetzen in der Tat einen begrenzten Vorbehalt für Forschungszwecke beinhalte. Die Bestimmung in jenem Text beziehe sich auf die Benutzung der Erfindung "zu reinen Versuchszwecken oder für die wissenschaftliche Forschung".

145. Herr GOMEZ (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) sprach sich für den Forschungsvorbehalt aus. Forschungsarbeit müsse frei von Hindernissen sein, die sich aus gewerblichen Eigentumsrechten ableiteten, und sollte ohne Forderung einer vorherigen Zustimmung oder der Zahlung irgendwelcher Gebühren erfolgen. Jede gegenteilige Bestimmung könne gefährliche Auswirkungen und Folgen auf die Forschungstätigkeiten und den Fortschritt von Technologie und Wissenschaft haben. Missbräuche des Forschungsvorbehalts müssten von Fall zu Fall von den zuständigen Justizbehörden behandelt werden.

146. Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) erklärte, dass sich das Vereinigte Königreich für das Fortbestehen des "Züchtervorbehalts" im Sortenschutzsystem ausspreche. Die Ertrags- und Qualitätssteigerung in den letzten Jahren sei weitgehend auf die Möglichkeit zurückzuführen, die besten verfügbaren Sorten als Ausgangsmaterial für einen weiteren genetischen Fortschritt zu verwenden. Durch die Biotechnologie und die Möglichkeit, eine Sorte genetisch zu manipulieren, sei es wohl begründet, dem Züchter einer Sorte, die solcherart manipuliert worden sei, eine Vergütung zu zahlen. Dieser Aspekt sollte im UPOV-Uebereinkommen durch das "Abhängigkeitskonzept" behandelt werden. Bisher sei im Vereinigten Königreich noch keine endgültige Position in bezug auf den genauen Wortlaut und Geltungsbereich der entsprechenden Bestimmung erreicht worden.

147. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) bemerkte, dass seine Delegation das patentgesetzliche Prinzip befürworte, das Handlungen in bezug auf den Gegenstand der patentierten Erfindung zu Versuchszwecken zulasse. Die Verletzungsfrage sollte zum Zeitpunkt des gewerbmässigen Vertriebs der Ergebnisse des Versuchs behandelt werden. Weiter führte er aus, dass der Sachverständigenausschuss Erfindungen auf dem Gebiet der Technologie zumindest in dieser Hinsicht wie alle anderen behandeln sollte.

148. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) unterstützte die von Herrn Hoinkes (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) abgegebene Stellungnahme.

149. Frau GRUSZOW (EPO) erklärte, dass eines der Ziele des Schutzes des gewerblichen Eigentums darin liege, den technischen Fortschritt zu fördern. Dies bedeute, dass ein geschützter Gegenstand zu Versuchszwecken benutzt werden könne. Wie sie hinzufügte, könne nicht behauptet werden, dass auf dem Gebiet der Gentechnik erteilte Patente den Zugang zu genetischem Material einschränkten. Ein Patent müsse im Gegenteil die Erfindung offenbaren, und 18 Monate nach dem Datum der Patentanmeldung - oder gegebenenfalls des Prioritätsdatums - würde die Anmeldung gemäss dem Europäischen Patentübereinkommen zur öffentlichen Einsichtnahme offengelegt. Im biotechnologischen Bereich könne die Beschreibung bzw. müsse sie häufig von einer Hinterlegung begleitet werden, die gleichfalls für die Öffentlichkeit zugänglich sei. Diese Situation auf dem Patentgebiet führe infolgedessen zu einem erweiterten Zugang zu genetischen Ressourcen und nicht zu einer Einschränkung der öffentlichen Information. Sie erklärte, dass die Situation im Falle des Sortenschutzes, in dem neue Sorten während des Zertifizierungsverfahrens der Öffentlichkeit nicht verfügbar gemacht würden, unterschiedlich sei. Vor allem im Falle von Hybriden würde von den Unternehmen nicht verlangt, die Elternlinien der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

150. Herr HOERNER (IBA) fragte, ob die Annahme wirklich zutreffe, dass der züchterische Fortschritt die freie Verfügbarkeit von Germplasma erfordere. Die vorhandenen Beweise - vor allem der Vergleich der Fortschrittsrate bei selbstbefruchtenden Arten, wie Weizen, und Arten, wie Mais, bei denen Hybridsorten erzeugt würden - liessen auf das Gegenteil schliessen. Die freie Verfügbarkeit von Germplasma veranlasse zudem die Pflanzenzüchter, ihre Arbeit anhand von engem genetischen Ausgangsmaterial mit dem Risiko zu entwickeln, dass sich die Krankheitsanfälligkeit der Anbauarten erhöhe.

151. Herr HUYGENS (EPI) unterstrich, dass es gefährlich wäre, einen Forschungsvorbehalt für einen bestimmten technologischen Sektor einzuführen. Ein grundlegendes Ziel des Patentgesetzes sei, dass alle technologischen Sektoren auf die gleiche Weise behandelt würden.

152. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIPI) betonte, dass zunächst definiert werden müsse, was unter "Forschung" zu verstehen sei, falls ein Forschungsvorbehalt eingeführt werden sollte. Ein Vorstadium für den gewerbsmässigen Vertrieb sollte nicht als Forschung angesehen werden. Die durch die Analyse einer nicht-erschöpfenden Liste von 24 in den Vereinigten Staaten von Amerika für Pflanzenerfindungen erteilten Patenten sei von höchstem Interesse. Wie er erwähnte, seien die Referenznummern dieser Patente beim Sekretariat erhältlich.

153. Herr LANGE (ASSINSEL) bemerkte, dass kein Grund dafür vorhanden sei, eine Erlaubnis für die Benutzung von Pflanzen oder Pflanzensorten zu Forschungszwecken vorzusehen, und dass Unterfrage e) infolgedessen nicht relevant sei.

154. Herr ROBERTS (IHK) stellte fest, dass sowohl Patente als auch Sortenschutzrechte kumulierbar zur Verfügung stehen sollten, und dass er dem Tag erwartungsvoll entgegensiehe, an dem in allen Ländern volle Wahlfreiheit gewährt würde. Er gab zu bedenken, dass, wenn das Problem des kumulierbaren Schutzes ein geringfügiges sei - wie der Delegierte der Bundesrepublik Deutschland angedeutet habe - dieses Problem dann leicht gelöst werden könnte, indem das Doppelschutzverbot aufgehoben würde. Er erklärte, dass es in einer idealen Situation keine schutzfreien Lücken und keine Ueberschneidungen geben würde, dass man aber in der realen Situation in der Welt zwischen Lücken oder Ueberschneidungen wählen müsse. Weiter führte er aus, dass es nicht erwünscht sei, dass sich ein Patentamt mit Sortenschutzrechten befasse, und dass es in diesem Zusammenhang nicht erwünscht sei, dass ein Patentamt entscheide, ob sich ein Patent auf eine Pflanzensorte beziehe oder nicht.

155. Herr ROTH (GIFAP) unterstützte die Stellungnahmen der Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland.

156. Herr WINTER (COMASSO) pflichtete dem im Namen der ASSINSEL von Herrn Lange vertretenen Standpunkt bei.

157. Herr ROYON (CIOPORA) erklärte, dass die CIOPORA die von Herrn Roberts (IHK) vertretene Auffassung sowie die von Frau Gruszow (EPO) gegebenen Erläuterungen und Klarstellungen unterstütze. In bezug auf den zwischen dem "Forschungsvorbehalt" im Patentgesetz und dem "Züchternvorbehalt" im Sortenschutzgesetz festgestellten Unterschied rief er in Erinnerung, dass der Zweck der von der CIOPORA für das UPOV-Uebereinkommen vorgeschlagenen Aenderungen genau darin liege, Missverständnisse zu beseitigen. Diesen Vorschlägen zufolge sollte ein Absatz dem Vorbehalt als solchem gewidmet werden, und die Frage der Auswertung des Forschungsergebnisses sollte an anderer Stelle behandelt werden.

158. Frau BEHAGHEL (IFAP, COGECA und COPA) hielt fest, dass nichts erlaubt sein sollte, was Innovationen im Forschungs- und Entwicklungsstadium behindere. Im übrigen erfordere auch die Berufsethik grosse Freiheit in bezug auf den Zugang zu lebender Materie.

159. Herr LAIRD (UNICE) erklärte, dass niemand echte Forschung verhindern wolle. Demgegenüber sollte aber keine Bestimmung dahingehend vorhanden sein, dass Verletzungen von geistigen Eigentumsrechten automatisch vermieden werden könnten. Das UPOV-Uebereinkommen sehe nicht nur einen Forschungsvorbehalt vor, sondern auch die freie Benutzung des Erzeugnisses. Dies sei ein ernsthafter Mangel jenes Uebereinkommens. Wenn ein Patent erteilt worden sei, dann stehe es jedem frei, Versuche in bezug auf die Erfindung zu machen, die durch das Patent der Oeffentlichkeit offenbart worden sei. Falls als Ergebnis derartiger Versuche eine weitere Erfindung gemacht werden sollte, dann könne ein Patentantrag in bezug auf diese Erfindung gestellt und ein Patent erteilt werden. Das erste Patent habe nur einen Einfluss auf gewerbsmässige Handlungen in

bezug auf die zweite Erfindung, sofern die Benutzung dieser Erfindung als eine Verletzung dieses Patents anzusehen sei. Falls eine durch Forschung aufgrund einer patentierten Erfindung erzeugte Sorte unter den Schutzzumfang des betreffenden Patents falle, so sei dies als Verletzung anzusehen.

160. Herr GROSS (CEFIC) unterstützte die von Herrn Laird dargelegte Auffassung.

161. Herr STRAUS (AIPPI) unterstützte die Auffassungen von Herrn Roberts und von Herrn Laird.

162. Herr ROTH (IBA) unterstützte die von der IHK vertretene Position. Er bemerkte, dass sich nach seiner Meinung die Frage stelle, ob ein so starker gewerblicher Eigentumsschutz wie möglich nicht ebenso wie die freie Verfügbarkeit von Germplasma massgeblich dazu beitragen würde, die Entwicklung neuer Ideen zu fördern.

163. Herr LE BUANEC (ASSINSEL) bezog sich auf die Bemerkungen von Herrn Hoerner (IBA) hinsichtlich der Grössenordnung des genetischen Fortschritts im Falle von selbstbefruchtenden Pflanzen, bei denen die Sorten aufgrund der Art ihrer Auswertung zu Züchtungszwecken frei zur Verfügung stünden, und im Falle von Hybridsorten, die im Genuss eines starken "biologischen" Schutzes seien. Er betonte, dass zumindest in Europa der im Falle von Weizen (selbstbefruchtende Art) erzielte Fortschritt mindestens so gross gewesen sei wie im Falle von Mais (in der Form von Hybridsorten ausgewertete Art). Im übrigen sei es schwierig, mit Hybridsorten Fortschritte zu machen, wenn der Zugang zum genetischen Ausgangsmaterial nicht hinreichend breit sei. Zur Zeit seien die Zugangsbedingungen etwas unklar, und nach Ansicht von Herrn Le Buanec müsse diese Frage noch weiter vertieft werden.

164. Herr DUFFHUES (Vorsitzender) schloss die Aussprache über die Fragen in Absatz 9 Buchstaben d und e ab und hielt fest, dass alle Teilnehmer einstimmig die Bedeutung der Forschung anerkannt hätten, die so ungehindert wie möglich erfolgen müsse. In den einzelnen Stellungnahmen seien lediglich in Detailfragen Unterschiede festzustellen gewesen.

#### Frage in Absatz 9 Buchstabe a

165. Zu dieser Frage wurde kein Kommentar gemacht.

#### Fragen in Absatz 14 Buchstaben a und b

166. a) Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär) stellte fest, dass der Begriff der "Sorte" im Zusammenhang mit Frage 14 im allgemeinen Kontext der nationalen Gesetze zu prüfen sei, die eine Ausnahme von Pflanzensorten als solchen aus dem Patentschutz vorsähen. Die "Sorte" sei ein abstrakter Begriff, der von Verwendern von Pflanzensorten, wie Landwirten, und von Forschern, wie Botanikern und Taxonomen, entwickelt worden sei, um die Klassifizierung von Pflanzenmaterial zu erleichtern. Der Begriff sei nicht knapp umrissen; er habe keine Eigenexistenz. Da er sich auf lebende Materie beziehe, setze er ein Element des Zwangs voraus, um Aenderungen des Pflanzenmaterials durch Fremdbefruchtung, Mutation oder Mischungen zu vermeiden. Und weil er sich auf lebende Materie beziehe, seien zudem Aenderungen in der äusseren Erscheinung infolge von Aenderungen der Umweltbedingungen zu berücksichtigen. Viele Regeln seien erstellt worden, um den Bestand von Pflanzenmaterial, der als Sorte betrachtet



würde, zu definieren, und zwar vor allem aufgrund des angewandten Vermehrungsverfahrens. Vegetativ vermehrbare Arten und selbstbefruchtende Arten ermöglichen die Entwicklung von Sorten, die mit grosser Präzision vermehrt werden könnten. Im Falle von fremdbefruchtenden Arten sei die Selbstbefruchtung entweder unmöglich oder sie führe zu Inzuchtdepression. Deshalb müssten die einzelnen Sorten solcher Arten eine eingebaute Variabilität haben, und präzise Regeln seien vonnöten, um ihre Vermehrung und Erhaltung zu kontrollieren. Hybriden seien schliesslich ein Sonderfall; sie setzten Komponenten (zumeist Inzuchtlinien, die den Regeln des jeweiligen Vermehrungssystems unterlägen) sowie Kreuzungen zwischen ihnen (auch ihrerseits durch relevante Regeln beherrscht) voraus.

b) Die Definition des Begriffes "Pflanzensorte" sei notwendig, um den Anwendungsbereich des Sortenschutzsystems zu definieren. Wenn es aber um den Schutz einer bestimmten Sorte gehe, so denke man vor allem an die Schutzvoraussetzungen. In diesem Zusammenhang komme es wesentlich darauf an, zu verstehen, dass, falls die Voraussetzungen nicht erfüllt seien, daraus nicht gefolgert werden könne, dass der Gegenstand der Anmeldung keine Sorte sei: er könnte eine nicht schutzfähige Sorte sein.

c) In bezug auf die dem Sachverständigenausschuss gestellten Fragen erklärte Herr Greengrass, dass der Zweck der Hauptfrage und der Unterfrage a im wesentlichen darin liege, die Lücken und Ueberschneidungen in dem Falle zu identifizieren, dass unterschiedliche Definitionen in den beiden betroffenen Schutzsystemen verwendet würden. In bezug auf Unterfrage b seien die Kriterien der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit ("DHS") das unumgängliche Minimum, das zur Definition eines Bestands von Pflanzenmaterial notwendig sei, auf den sich ein durchsetzbares Recht beziehen solle. Hinsichtlich der Bedeutung von "Pflanzensorte" seien Fragen in bezug auf die Bestimmungen aufgeworfen worden, die Pflanzensorten aus dem Patentschutz ausnähmen. Einer Stellungnahme zufolge finde die Bestimmung allein auf Sorten Anwendung, die die DHS-Anforderungen für den Schutz im Sinne des UPOV-Uebereinkommens voll erfüllten. Als Folge davon würden Sorten, die eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllten, nicht aus dem Patentschutz ausgenommen. Dies könnte zu einer Situation führen, in der ein Bestand patentierbar wäre, der in den Augen von mit dem Begriff von "Pflanzensorte" vertrauten Personen nicht mit der für eine effektive Rechtsdurchsetzung erforderlichen Präzision beschrieben werden könnte. Ausserdem könnte sich ein Züchter - zumindest theoretisch - dafür entscheiden, Material, das die Voraussetzungen des Sortenschutzgesetzes nicht erfülle, zu erzeugen, um sich den Patentweg zu erschliessen.

167. Herr WOLF (Patentamt, Oesterreich) erklärte, dass Pflanzensorten im Sinne des österreichischen Patentgesetzes - das dem EPÜ ziemlich ähnlich sei - nicht patentierbar seien. Er bemerkte, dass der Schutz von Genen, Zellen und anderen Teilen von Pflanzen als Form einer Pflanzensorte keine gute Idee sei; sie sollten patentierbar sein, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllten. Der Begriff "Pflanzensorte" müsse im Patent- und Sortenschutzrecht die gleiche Bedeutung haben. Deshalb bejahe er die in den Unterabsätzen a und b von Absatz 14 gestellten Fragen.

168. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) unterstützte die Auffassung der Delegation Oesterreichs hinsichtlich der Definition der Pflanzensorte und fügte hinzu, dass die Aufnahme von Pflanzenteilen in diese Definition Schwierigkeiten verursachen würde. Wenn eine Ausnahme irgendeiner Art in Patentgesetzen erhalten bleiben sollte, dann müsste möglicherweise ein neues Konzept angenommen werden. Es sei möglich, dass sich dieses Konzept vom Schutzgegenstand der Sortenschutzgesetze unterscheiden könnte.

169. a) Herr ESPENHAIN (Pflanzenneueheitenbehörde, Dänemark) erklärte, dass die erste Frage sei, ob das UPOV-Uebereinkommen und die sich darauf gründenden nationalen Gesetze eine Definition enthalten sollten. In dieser Hinsicht vertrete seine Delegation die Auffassung, dass dieser Begriff in der Tat der Klärung bedürfe, um Missverständnisse zu vermeiden.

b) Zu Unterfrage a bemerkte Herr Espenhain, dass es nur eine Definition geben solle. Zu Unterfrage b sei eine präzise Antwort nicht so leicht zu finden. Auf jeden Fall sollte nicht nur auf die Schutzvoraussetzungen im Sinne des UPOV-Uebereinkommens, sondern auch auf einschlägige Bestimmungen in anderen Systemen, wie z. B. die Gesetze für die Handelszulassung von Sorten, verwiesen werden. Die Tatsache, dass eine Sorte die gesetzlichen Bedingungen nicht erfülle, bedeute nicht, dass sie patentierbar werde, da sie noch immer eine Sorte darstellen könne. Wo Pflanzenmaterial eine Erfindung beinhalte, wäre der Gegenstand des Patentschutzes keine Sorte, und dieser Fall sei in der Diskussion über diese Frage deutlich zu unterscheiden.

170. Herr VANDERGHEYNST (Amt für gewerbliches Eigentum, Belgien) erklärte im Namen der belgischen Patentbehörden, dass, wenn die Möglichkeit einer freien Wahl zwischen den beiden Systemen vorgesehen werde, sich Probleme der Grenzlinie zwischen ihnen nicht länger stellen würden. Die Festlegung einer solchen Grenzlinie verursache Probleme, weil sie niemals endgültig sei. Weiter führte er aus, dass die Definition einer Pflanzensorte schwierig sei, weil sie nur als eine Funktion der Voraussetzungen existiere, die zur Erhaltung eines Sortenschutzzettifikats erfüllt werden müssten. Gleichermasse bestehe eine Erfindung in bezug auf Patente nur durch die für ihre Patentierbarkeit zu erfüllenden Voraussetzungen. Er stellte fest, dass solange das Doppelschutzverbot erhalten bleibe - und auch unter Berücksichtigung von Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens - der potentielle Schutzzumfang im Sinne des Patentgesetzes die Definition der Pflanzensorte nicht unterbringen könne, so wie sie unilateral in der Revision des UPOV-Uebereinkommens erweitert werde. Abschliessend bemerkte er, dass die gleiche Definition von Pflanzensorte für beide Schutzsysteme vorzuziehen sei.

171. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) hielt eine einheitliche Definition für wünschenswert. Er bemerkte, dass die gestellte Frage nicht relevant wäre, wenn Sorten nicht aus dem Patentschutz ausgenommen würden. Wenn eine Ausnahme vorhanden sei, wäre seines Erachtens die in Unterabsatz b vorgeschlagene Definition annehmbar.

172. Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) hob hervor, dass das Europäische Patentübereinkommen in dieser Hinsicht Definitionsschwierigkeiten aufwerfe, und zwar besonders in bezug auf Artikel 53(b). Sie bemerkte, dass das Schutzverbot von Pflanzensorten in Artikel 53(b) aufgehoben werden sollte, wodurch die Notwendigkeit einer Definition von Pflanzensorten in der Patentgesetzgebung beseitigt würde.

173. Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) erklärte, dass es nur eine Definition geben sollte und dass aus den von Herrn Greengrass (Stellvertreter der Generalsekretär der UPOV) erläuterten Gründen die in Unterabsatz b vorgeschlagene Definition für den darin erwähnten Zweck nicht annehmbar sei.

174. Herr PERIZONIUS (Patentamt, Niederlande) fügte hinzu, dass Pflanzensorten (wie z. B. Hefe) zu berücksichtigen seien, die das Erzeugnis mikrobiologischer Verfahren und folglich im Sinne von Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens patentierbar seien.

175. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) hob hervor, dass sein Amt durch Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens nicht behindert sei. Aber er habe Verständnis für diejenigen, die die schwierige Aufgabe hätten, eine Sorte zum Zwecke des Ausschlusses aus der Patentgesetzgebung zu definieren. In dieser Hinsicht pflichte er der belgischen Delegation bei, dass eine Antwort auf die gestellte Frage schwierig sei. Er schlage vor, dass eine Definition unterbreitet werden solle, die den Bedürfnissen des Sortenschutz- und des Patentsystems gerecht werde. Nach seiner Auffassung sei eine Sorte eine Sorte, gleichgültig, ob sie schutzfähig sei oder nicht, und zwar ebenso wie eine Erfindung eine Erfindung sei, gleichgültig, ob sie patentierbar sei oder nicht. Die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit im Sinne des UPOV-Uebereinkommens und die Voraussetzungen der Neuheit, Nichtoffensichtlichkeit und Anwendbarkeit im Sinne des Patentrechts hätten kaum etwas damit zu tun, ob eine Pflanze eine Sorte sei oder nicht. Abschliessend erklärte er, dass es sinnvoll sei, "Sorte" in beiden Systemen auf die gleiche Weise zu definieren, aber er könne keinen Vorschlag dafür machen, wie dies geschehen sollte.

176. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) schloss sich der von Herrn Vanderghenst im Namen Belgiens gemachten Erklärung an. Hierzu ergänzte sie, dass die Definition einer Pflanzensorte die gleiche in beiden Systemen sein sollte. Sie stellte fest, dass die für die Revision des UPOV-Uebereinkommens vorgeschlagene Definition sehr breit sei und über das, was als eine neue Pflanzensorte schutzfähig sei, hinauszugehen scheine, weil sie sich auf Pflanzenteile, wie Zelllinien oder Gene, erstrecke. Ergänzend bemerkte sie, dass die Definition ausserdem von den Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit abzuweichen scheine, die die UPOV bislang zugrunde gelegt habe.

177. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass seine Delegation die von Herrn Espenhain (Dänemark) gemachte Erklärung allgemein unterstütze. Es müsste nur eine Definition geben, und weitere Vorschläge seien nötig.

178. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) stellte fest, die gesamte Delegation des Vereinigten Königreichs habe die Beobachtung gemacht, dass die Diskussion davon ausgehe, dass die Ausnahme von Pflanzensorten aus der Patentierbarkeit erhalten bleiben sollte. Er verwies darauf, dass, falls eine freie Wahl erlaubt werde, eine Definition in bezug auf das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz nicht nötig sei. Sollte jedoch das Verbot erhalten bleiben, dann sei sicherzustellen, dass zwischen den beiden Schutzformen keine Grauzonen oder schutzfreie Lücken bestünden. Er beantworte in dieser Beziehung die in Absatz 14 Buchstabe a gestellte Frage mit "ja". Auf die in Absatz 14 Buchstabe b gestellte Frage antwortete er, dass, falls die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit von einer Sorte zum Zwecke des Sortenschutzes, aber nicht zum Zwecke einer Ausnahme aus der Patentierbarkeit erfüllt werden müssten, Lücken zwischen den beiden Schutzformen in bezug auf nichthomogene, nichtbeständige Sorten bestehen könnten. Abschliessend bemerkte er, dass die Fragen betreffend Sorten, die sich aus patentierbaren Verfahren ergäben, in bezug auf die in Absatz 13 gestellten Fragen untersucht werden müssten.

179. Herr SASAKI (Patentamt, Japan) teilte mit, dass seine Regierung noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme zu den in Absatz 14 enthaltenen Fragen gelangt sei, dass aber in seinem Land für die Beantwortung der Fragen zwei entgegengesetzte Standpunkte zu erkennen seien. Die erstere Auffassung bestehe darin, dass identische Definitionen für beide Systeme vonnöten seien, um schutzfreie Lücken oder Ueberschneidungen zwischen den beiden Schutzformen zu

vermeiden, und dass die Definition einer Sorte in einem derartigen Falle sich auf spezifische Merkmale stützen solle, die in ihrem genetischen Code festgelegt seien. Die zweite Möglichkeit, um Frage 14 zu beantworten, sei, dass Pflanzensortenerfindungen nicht ausgenommen sein sollten und dass die Definition einer Pflanzensorte oder einer Pflanzengruppe in diesem Falle den Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit entsprechen und - wie im UPOV-Uebereinkommen vorgesehen - eine eigenständige Einheit zum Zwecke des Anbaus sein sollte.

180. Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) bejahte die Frage in Unterabsatz a. Zur Frage in Unterabsatz b könne er keine endgültige Stellungnahme abgeben, weil sie zur Zeit in der Sowjetunion noch geprüft werde.

181. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) erklärte, dass "Pflanzensorte" zum Zwecke des Sortenschutzes definiert werden sollte. Auf die in Unterabsatz a und die in Unterabsatz b enthaltene Frage antwortete er mit "ja", wobei er hinzufügte, dass die letztere Definition für die Zwecke des Sortenschutzrechts nicht ganz ausreiche. Wie er bemerkte, sei seine Delegation derzeit nicht in der Lage, eine Definition von "Pflanzensorte" vorzuschlagen.

182. Herr LOUDON (Sortenschutzamt, Australien) bemerkte, dass Australien Pflanzensorten nicht aus dem Patentschutz ausnehme. Weiter führte er aus, dass es für Länder ohne besonderes Sortenschutzsystem sehr schwierig sei, ein derartiges System einzuführen, ohne den Vorteil einer präzisen Definition zu haben, um Missverständnisse auf ein Mindestmass zu beschränken und durchsetzbare Rechte bieten zu können.

183. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) bemerkte, dass die geprüften Fragen von jedem einzelnen Land zu entscheiden seien und dass die Notwendigkeit einer Definition nur bestehe, wenn eine Ausnahme aus der Patentierbarkeit vorliege. Es sei schwierig, das Konzept von Ausnahmen aus der Patentierbarkeit zu behandeln, denn wenn ein Gegenstand ausgenommen werde, so führe dies eine negative Einstellung herbei, und wenn festgelegt werde, welcher Gegenstand sich ausserhalb des Geltungsbereichs der Ausnahme befinde, dann bedeute dies wiederum eine positive Einstellung. In bezug auf Unterabsatz b sei es für die Patentprüfer schwierig, die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit zu bewerten, um zu entscheiden, ob eine beanspruchte Erfindung für eine Ausnahme in Frage komme oder nicht.

184. Herr LOPEZ DE HARO (Zertifizierung und Registrierung von Pflanzensorten, Spanien) teilte mit, dass in Spanien insbesondere betreffend die Frage in Unterabsatz b noch keine endgültige Stellungnahme erreicht worden sei. Zwar sei die darin vorgeschlagene Definition im Prinzip annehmbar, aber er teile die von einigen Rednern bereits zum Ausdruck gebrachten Bedenken. In bezug auf Unterfrage a halte man es für ratsam, nur eine Definition zu haben.

185. Herr O'FARRELL (Patentamt, Irland) hielt eine gemeinsame Definition für wünschenswert. Er unterstützte die von der Delegation Australiens abgegebene Stellungnahme. Eine Definition des auszunehmenden Gegenstandes wie in Artikel 53(b) des EPÜ würde immer Schwierigkeiten bereiten.

186. Frau MAHER (Patentamt, Kanada) erklärte in bezug auf die Frage in Absatz 14 Buchstabe b, dass es für einen Prüfer schwierig sei, die Definition der Ausnahme von Sorten aus dem Patentschutz anzuwenden. Wie sie feststellte, könnten biotechnologische Erfinder von einer veränderten Zelle ausgehen, um

eine Pflanze zu schaffen, ohne von Anfang an zu versuchen, die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit zu erfüllen. Die Beweislast obliege deshalb dem Prüfer, d. h. er müsse nachweisen, dass die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit durch die beanspruchte Erfindung erfüllt werden könnten, um zu zeigen, dass sie unter die Ausnahme falle.

187. Herr SIMUNOVIC (Amt für Landwirtschaft und Viehzucht, Chile) bemerkte, dass für die Zwecke der UPOV eine Definition der "Sorte" und auch eine Definition der Schutzvoraussetzungen erforderlich seien.

188. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) hielt es für erwünscht, dass die Definitionen in bezug auf beide Schutzformen die gleichen wären. Er meine jedoch auch, aus den von Herrn Greengrass (UPOV) gegebenen Gründen, dass es nicht leicht sei, eine auf beide Systeme anwendbare Definition auszuarbeiten.

189. Frau AFONSO (Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) stimmte dem von der Delegation Spaniens vertretenen Standpunkt zu.

190. Frau KEEGAN (Generaldirektion Binnenmarkt und Industrie, EG-Kommission) erklärte, dass die Kommission ihren Richtlinienvorschlag betreffend biotechnologische Erfindungen in einer Weise aufgebaut habe, die mit dem EPÜ vereinbar sei. Die Bestimmung von Artikel 53(b) könne deshalb in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben. Allerdings müsse sie eng ausgelegt werden, damit nur Sorten, die die Schutzvoraussetzungen im Sinne der Sortenschutzgesetze erfüllten, ausgenommen würden, so wie dies in der EPO-Entscheidung "Ciba Geigy" festgehalten worden sei. Der Richtlinienentwurf sei vor der Revisionsarbeit zum UPOV-Uebereinkommen erstellt worden. Diese Arbeit und auch alle im Rahmen der WIPO angenommenen Schlussfolgerungen würden für die endgültige Fertigstellung der Richtlinie berücksichtigt werden.

191. Herr GUGERELL (EPO) stellte fest, dass das UPOV-Uebereinkommen, ebenso wie das Europäische Patentübereinkommen, keine Definition der Pflanzensorte enthalte. Im neuen Entwurf des UPOV-Uebereinkommens werde eine derartige Definition vorgeschlagen. Er halte sie für zu breit. Seiner Ansicht nach sollte sich die Definition des Begriffs "Pflanzensorte" - im Gegensatz zu dem mit einem Sortenschutzsertifikat erteilten Recht - nicht auf Pflanzenteile erstrecken. Ausserdem schlug er den folgenden Entwurf einer Definition für "Pflanzensorte" vor:

"Sorte ist eine Gruppierung von Pflanzen innerhalb einer Art, die entsprechend ihrer Eigenschaften in bezug auf die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit als eine Einheit gilt - selbst wenn die Voraussetzungen für die Eintragung der Sorte gemäss dem anwendbaren Sortenschutzgesetz nicht voll erfüllt sind."

Der zweite Teil der Definition bezwecke, die Bedenken des Stellvertretenden Generalsekretärs der UPOV zu berücksichtigen, dass dem Züchter nicht die Wahl gegeben werden sollte, frei zwischen einem Sortenschutzsertifikat und einem Patent für praktisch den gleichen Gegenstand zu entscheiden, indem er bewusst die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit nicht erfülle.

192. Herr ROBERTS (IHK) rief in Erinnerung, dass es der Zweck der Tagung sei, das Verhältnis zwischen Patenten und Sortenschutzrechten zu erörtern. Er erklärte, dass es die Aufgabe der UPOV sei, die Definition von "Sorte" zu prüfen,

und dass die gegenwärtige Diskussion allein aufgrund des Verbots des Doppelschutzes aufgetreten sei. Wie er erläuterte, müsse jede Definition in theoretischer Hinsicht vernünftigerweise für das Patentsystem annehmbar sein und nicht in übermässiger Weise Erfindungen ausschliessen. Sie müsse so gestaltet sein, dass die Patentämter sie in der Praxis auch anwenden könnten. Ausserdem hiess er die von den Delegierten Belgiens und des Vereinigten Königreichs abgegebenen Kommentare gut.

193. Herr SUGDEN (Vorsitzender) stellte fest, dass der von der EPO vorgeschlagene Text nicht von den Mitgliedstaaten oder der Organisation selbst stamme, sondern lediglich vom Amt vorbereitet worden sei.

194. Herr GUTMANN (FICPI) erklärte, dass eine einzige Definition logischerweise nur einen einzigen Typ eines Gegenstandes oder einer Gruppierung von Gegenständen betreffen solle. Er fügte hinzu, dass er den Gedanken nicht akzeptieren könne, dass Pflanzen, die von Botanikern, Taxonomen oder Landwirten nicht klassifiziert werden und infolgedessen unter normalen Anbaubedingungen nicht benutzt werden könnten, durch ein Patent geschützt werden könnten. Ihm falle es schwer, sich eine Definition von "Pflanzensorte" vorzustellen, solange keine Entscheidung über die Erhaltung oder Aufhebung des Doppelschutzverbots getroffen worden sei. Falls das Verbot aufgehoben werden sollte, führte er weiter aus, dann könnte die Definition von "Pflanzensorte" revidiert oder erweitert werden. Sollte das Verbot jedoch erhalten bleiben, so müsse die Definition von Pflanzensorte eng bleiben, und sie könnte nicht - und zwar vor allem nicht in der vom EPA vorgeschlagenen inoffiziellen Form - erweitert werden.

195. a) Frau COMTE (IFAP, COPA und COGECA) sprach sich im Namen der von ihr vertretenen Organisationen für die Beibehaltung der Bestimmungen über das Doppelschutzverbot aus und befürwortete die Verwendung einer einzigen Definition, um die Probleme schutzfreier Lücken und Ueberschneidungen zu vermeiden.

b) In bezug auf Unterfrage b verwies sie auf die von Herrn Greengrass (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) abgegebenen Erklärungen und betonte, dass sich die Bestimmung auf das gesamte Vermehrungsmaterial, d. h. mit anderen Worten, Pflanzen, Pflanzenteile, Zellen und Protoplasten, erstrecken sollte.

196. Herr HASHIMOTO (APAA) unterstützte die vom Vertreter der IHK abgegebene Erklärung. Ausserdem erklärte er, dass keine Definition als Demarkation zwischen Sortenschutzrechten und Patenten ausgearbeitet werden sollte. Sofern eine Definition benötigt werde, so sollte diese nur zum Zwecke des UPOV-Uebereinkommens ausgearbeitet werden, und Erfindungen sollten von einer solchen Definition nicht ausgenommen sein.

197. Herr LE BUANEC (ASSINSEL) erinnerte daran, dass die Mitglieder von ASSINSEL mehrheitlich für die Erhaltung der Bestimmungen über das Doppelschutzverbot seien. Es sei für notwendig gehalten worden, eine einzige Definition in bezug auf das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz zu haben. Zum Zwecke der Ausnahme von Pflanzensorten aus der Patentierbarkeit sei die in Unterfrage b vorgeschlagene Definition zwar annehmbar, aber nicht ausreichend, so wie dies auch von Herrn Brouër (Bundesrepublik Deutschland) angemerkt worden sei. Andererseits könnte die Unterfrage b nicht bejaht werden, ohne die Unterfrage c zu prüfen. In einem allgemeinen Kommentar brachte Herr Le Buanec zum Ausdruck, dass die in Absatz 14 aufgeworfenen Fragen den Eindruck erweckten, dass einige Verwirrung zwischen den Schutzvoraussetzungen, dem Schutzgegenstand und dem Schutzzumfang vorhanden sei, und somit sei es bisweilen schwierig, eine Antwort zu geben.

198. Herr ONO (PIPA) bemerkte, dass im Rahmen der Patent- und Sortenschutzsysteme kumulierbarer Schutz zur Verfügung stehen sollte und dass der Begriff einer Pflanzensorte nur im Rahmen des Sortenschutzsystems definiert werden sollte.

199. Herr YAMASHITA (JPA) erklärte, dass eine Ueberschneidung von Sortenschutz und Patentschutz gestattet sein sollte. Somit würde sich eine Antwort auf die in Absatz 14 Buchstaben a und b gestellten Fragen erübrigen. Ausserdem erklärte er, dass eine Definition von "Pflanzensorte" nur für die Zwecke der UPOV erstellt werden sollte.

200. a) Herr ROYON (CIOPORA) erklärte, dass die CIOPORA die Frage 14 für nicht relevant halte, weil sie sich für die Verfügbarkeit von beiden Schutzsystemen ausspreche. Ausserdem hielt Herr Royon die Frage für unangebracht, weil sie Verwirrung stifte, dem Ergebnis dieser Tagung sowie auch künftigen Lösungen vorgreife und weil sie tendenziös ein System begünstige.

b) Herr Royon erklärte, dass die CIOPORA die von Herrn Vandergheynst (Belgien) vertretene Auffassung unterstütze und einer Definition von "Pflanzensorte" entgegenstehe, die die Biotechnologie in den Bereich der UPOV einbeziehe. Die CIOPORA habe spezifische Vorschläge in Verbindung mit der Revision des UPOV-Uebereinkommens gemacht. Ganz allgemein gesagt, sollte der Schutz auf Sortenebene und auf der Ebene der genetischen Information nicht durcheinandergebracht werden.

201. Herr LAIRD (UNICE) hob hervor, dass die Definition von Sorte im Patentgesetz, wenn überhaupt eine Notwendigkeit für eine derartige Definition bestehe, im Rahmen des Gesetzes und nicht in einem anderen Forum ausgelegt werden solle. Er erklärte, es sei vorgeschlagen worden, dass Patentschutz für den Fall Anwendung finden sollte, dass ein Erfinder kein Sortenschutzrecht erhalten könne. In diesem Zusammenhang verweise er darauf, dass man sich über die Erteilung von Patenten für Material, das die Schutzvoraussetzungen des Sortenschutzsystems nicht erfüllen könne, keine Sorgen machen solle. In diesem Falle handele es sich um ein Problem für den Patentinhaber, Zeit und Mühe für die Erhaltung von Rechten aufgewandt zu haben, die womöglich kaum einen Wert hätten.

202. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO beide Unterfragen a und b bejahe, unter der Voraussetzung, dass die in Unterfrage c vorgeschlagene Definition gleichfalls erwogen werde.

203. Herr KOCH (AIPH) erklärte, dass sich die AIPH nicht für Aenderungen im UPOV-Uebereinkommen aussprechen könne, die zu einer Möglichkeit des Doppelschutzes führten. Alle Entwicklungen auf dem Gebiet von Pflanzen, die zu identischen Pflanzen führten, müssten nach Auffassung von AIPH in den Zuständigkeitsbereich des Sortenschutzsystems fallen. Infolgedessen bejahe die AIPH beide Unterfragen a und b, unter der Voraussetzung, dass die in Unterfrage b vorgeschlagene Definition sich gleichfalls auf Material, wie Zelllinien, erstrecke.

204. Herr HUYGENS (EPI) bemerkte, dass er für die Aufhebung des Doppelschutzverbots sei und dass er in der geführten Diskussion ein weiteres Argument zugunsten der Aufhebung des Verbots sehe. Ausdrücklich erklärte er, dass die für das UPOV-Uebereinkommen vorgeschlagene neue Definition von "Pflanzensorte" beträchtliche Grauzonen zwischen dem von Patenten und dem von Sortenschutzrechten gebotenen Schutz herbeiführe. Seines Erachtens sei es wünschenswert, für Pflanzensorten in beiden Systemen die gleiche Definition zu haben.

205. Herr GROSS (CEFIC) unterstützte die vom Vertreter von EPI dargelegte Stellungnahme und sprach sich für eine Aufhebung des Doppelschutzverbots aus.

Da das Verbot noch existiere, bejahe er die Frage in Unterabsatz a und stelle fest, dass jede Definition als rechtliche und nicht als wissenschaftliche Definition angesehen werden sollte.

206. Herr ROTH (GIFAP) sprach sich für eine Definition für "Sorte" aus. Er erklärte, dass alle Patentgesetze im Falle einer Erweiterung von Artikel 6 des UPOV-Uebereinkommens überprüft werden müssten. Weiter führte er aus, dass die Definition von "Pflanzensorte" im Sinne des UPOV-Uebereinkommens nicht geändert werden könne, wenn Artikel 2 des UPOV-Uebereinkommens und Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens nicht aufgehoben würden. Er bemerkte ferner, dass er die in dieser Hinsicht von CIOPORA und den Delegationen Belgiens und der Schweiz vertretenen Stellungnahmen unterstütze.

207. Herr STRAUS (AIPPI) erklärte, dass die beiden Schutzsysteme nicht miteinander konkurrieren sollten. Sie seien von einem makroökonomischen Standpunkt her so zu sehen, als dass sie sich gegenseitig im Bereich der Pflanzensorten und der biotechnologischen Fortschritte ergänzten. Er halte den Versuch, äquivalente Definitionen für "Pflanzensorte" zum Zwecke des Patent- und des Sortenschutzes aufzustellen, für ziemlich gefährlich. Er schliesse sich den Ueberlegungen an, die von den Delegationen Belgiens und der Schweiz sowie von den Vertretern von FICPI, APAA, CEFIC und GIFAP zum Ausdruck gebracht worden seien.

208. Herr HOERNER (IBA) stellte fest, dass es ohne das Doppelschutzverbot keine Definitionsprobleme geben würde.

209. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIPI) sprach sich für ein so starkes Sortenschutzrecht wie möglich aus, aber nicht auf Kosten des Patentschutzes. Ausserdem erklärte er, dass eine breite Definition von Pflanzensorte, gekoppelt mit einem Doppelschutzverbot, eine qualifizierte Arbeit in den Patentämtern entbehrllich machen würde.

210. Herr HJERTMAN (EFPIA) unterstützte die von den Delegierten von UNICE und CEFIC vertretenen Stellungnahmen.

211. Herr DUFFHUES (Vorsitzender) fasste die Diskussionen über die einleitende Frage und die Unterfragen a und b zusammen und hielt fest, dass die meisten Kommentare im Lichte der im Zusammenhang mit den zu Frage 8 abgegebenen Erklärungen gemacht worden seien. Vor diesem Hintergrund hätten sich die meisten Redner für eine einheitliche Definition von "Pflanzensorte" ausgesprochen. Betreffend Unterfrage b habe eine Reihe von Rednern die darin vorgeschlagene Definition für annehmbar gehalten, unter der Voraussetzung, dass weitere Elemente aus der in Unterfrage c vorgeschlagenen Definition übernommen würden.

#### Fragen in Absatz 14 Buchstabe d

212. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) unterstrich, dass diese Unterfrage im Zusammenhang mit einer Ausnahme von Pflanzensorten vom Patentschutz gestellt worden sei. Das hierin angesprochene praktische Problem sei, ob man ein Patent erhalten könne, indem man den betreffenden Gegenstand als "Pflanze" anstatt "Pflanzensorte" bezeichne, wenn dieser Gegenstand im wesentlichen als eine Pflanzensorte ausgewertet werde.

213. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) erklärte, dass sein Land in bezug auf Pflanzensorten Ausnahmen vorsehe. Deshalb könne seine Delegation nicht akzeptieren, dass die Ausnahme dadurch umgangen werde, dass eine Pflanzensorte in der Tat in Form von Pflanzen oder Teilen davon



beansprucht werde, die die vollständige genetische Information der Sorte beinhalten.

214. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) unterstützte den von Herrn Brouër vertretenen Standpunkt.

215. Herr VERSCHURE (Wirtschaftsministerium, Niederlande) unterstützte gleichfalls den von Herrn Brouër vertretenen Standpunkt.

216. Herr HADDRIK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) erklärte, nicht der gleichen Auffassung wie die vorgenannten Delegationen zu sein.

217. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) erklärte in bezug auf die Ausnahme, dass sein Land Unterfrage d bejahe.

218. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) gab seiner Uebereinstimmung mit dem vom Delegierten Australiens vertretenen Standpunkt Ausdruck.

219. a) Herr ESPENHAIN (Pflanzenneuheitenbehörde, Dänemark) bekräftigte erneut, dass die Revision des UPOV-Uebereinkommens nach seiner Auffassung keineswegs eine Aenderung in Theorie und Praxis voraussetze. Die gleiche Feststellung gelte auch in bezug auf die nationale dänische Gesetzgebung.

b) Hinsichtlich der Unterfrage d sei seine Delegation der Auffassung, dass sie bejaht werden müsse. Bereits jetzt sehe das dänische Sortenschutzgesetz vor, dass ein Teil einer Pflanze, der die Erzeugung einer neuen Pflanze erlaube, Vermehrungsmaterial sei. Demgegenüber seien Pflanzenteile und Pflanzen betreffende Verfahren patentierbar, wenn sie keine Pflanzensorte darstellten. Das Patent sei jedoch auf den Pflanzenteil oder das betreffende Verfahren beschränkt.

220. Frau DARMON (Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich) erklärte im Namen ihrer übergeordneten Behörde, dass sie die Position der Delegation Dänemarks unterstütze.

221. Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) unterstützte den vom Delegierten Dänemarks vertretenen Standpunkt.

222. Herr O'FARRELL (Patentamt, Irland) unterstützte die vom Delegierten Dänemarks abgegebenen Kommentare und Antwort.

223. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) stimmte den Ausführungen des Delegierten Dänemarks weitgehend zu und erklärte, dass Pflanzenzellen und andere Pflanzenteile nicht nur deshalb vom Patentschutz ausgenommen seien, weil sie eine Sorte darstellen könnten.

224. Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland) erklärte, dass die Landwirtschaftskreise in Finnland eine negative Antwort auf Unterfrage d befürworteten.

225. Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) unterstützte den von der Delegation Dänemarks vertretenen Standpunkt.

226. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass seine Delegation die von Herrn Espenhain (Dänemark) und Herrn Dennehey (Vereinigtes Königreich) abgegebenen Stellungnahmen unterstütze.

227. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) erläuterte seine Stellungnahme in bezug auf Unterabsatz d, die er zuvor abgegeben hatte, insofern als sie nicht als ein Ausschluss von Genen, Zellen, Protoplasten usw. vom Patentschutz ausgelegt werden sollte. Er verstehe die in Unterabsatz d gestellte Frage als sich auf die Möglichkeit beziehend, dass ein Patentanmelder um Schutz für einen Pflanzenteil oder eine Pflanze als solche nachsuchen könne, die in der Tat eine Pflanzensorte darstellten. Dies sollte nicht möglich sein.

228. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) unterstützte die von den Delegationen Dänemarks und des Vereinigten Königreichs vertretenen Stellungnahmen.

229. Herr YAMASHITA (JPA) erklärte, dass Pflanzen oder Pflanzenteile patentierbare Gegenstände sein sollten.

230. Herr LE BUANEC (ASSINSEL) erklärte, dass die ASSINSEL keinen Einwand gegen den Schutz von Pflanzen oder Pflanzenteilen durch Patente habe. Diese Möglichkeit dürfe aber nicht indirekt ein Mittel dafür sein, ein Patent für einen Gegenstand zu erhalten, der in der Tat eine Sorte sei.

231. Herr ROBERTS (IHK) bemerkte, dass es notwendig und wichtig sei, Patentschutz für Pflanzenteile vorzusehen und Ausnahmen auf ein Mindestmass zu beschränken. Weiter führte er aus, dass es wesentlich sei, eine Unterscheidung zwischen der Sorte als solcher und Material der Sorte aufrechtzuhalten. Er erklärte, dass, wenn Sortenschutzrechte zum Schutz von Sorten vorgesehen würden, sich Patente auf das Material der Sorte beziehen sollten.

232. Herr GROSS (CEFIC) sagte, dass er die in Absatz 14 Buchstabe d gestellte Frage mit "ja" beantworte, wenn das Doppelschutzverbot erhalten bleiben sollte. Ausserdem bemerkte er, dass die freie Wahl des Erfinders zwischen den Schutzsystemen nicht eingeengt werden sollte.

233. Herr ROTH (GIFAP) antwortete mit "ja" auf die gestellte Frage.

234. Herr ROTH (IBA) gab seiner Zustimmung zu den Stellungnahmen Ausdruck, die die Delegierten Dänemarks und des Vereinigten Königreichs abgegeben hatten. Er erklärte, dass biotechnologische Eingriffe in Pflanzen und Pflanzenzellen sowohl eine neue Pflanze als auch ein neues Gen ergeben könnten und dass solche Erfindungen häufig über die Grenzen von Sorte, Art und Gattung hinweg anwendbar seien. Sei der Erfinder in einem solchen Fall nur auf den Sortenschutz beschränkt, so würde dies einen zu engen Schutz für die Erfindung bedeuten.

235. Herr KOCH (AIPH) erklärte, dass die AIPH der Auffassung sei, dass Gene und Protoplasten patentierbar sein und dass andere Teile von Pflanzen in den Anwendungsbereich des Sortenschutzsystems fallen sollten.

236. Herr ENGHOLM (EPI) erklärte, dass er die Stellungnahmen des Vertreters der IHK und der Delegationen des Vereinigten Königreichs und Dänemarks unterstütze und beantwortete die Frage mit "ja".

237. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die von Herrn Brouër (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) vorgeschlagene Einschränkung gerechtfertigt sei: Die Möglichkeit, Patentschutz für Pflanzen und Pflanzenteile zu erhalten, sollte nicht ermöglichen, die Ausnahme von Pflanzensorten vom Patentschutz zu umgehen.

238. Frau COMTE (IPAF, COPA und COGECA) rief in Erinnerung, dass die Definition von "Pflanzensorte" nach Auffassung der von ihr vertretenen Organisationen Pflanzen, Pflanzenteile, Zellen und Protoplasten einschliessen sollte. Diese

Elemente sollten zum Sortenschutz berechtigen, wenn sie generatives oder vegetatives Vermehrungsmaterial einer Sorte darstellten. Anderenfalls sollten sie unter das Patentsystem fallen. Frau Comte befürwortete zudem die von Herrn Le Buanec (ASSINSEL) abgegebene Erklärung in bezug auf die Umgehung von Bestimmungen, die Pflanzensorten aus der Patentierbarkeit ausnahmen.

239. Herr ROYON (CIOPORA) kam auf seine vorangegangene Bemerkung betreffend Frage 14 zurück und erklärte, dass die CIOPORA sich für die Möglichkeit ausspreche, Patente für Pflanzen oder Pflanzenteile zu erhalten, die die vollständige genetische Information einer Pflanze enthielten.

240. Herr HASHIMOTO (APAA) beantwortete die Frage mit "ja".

241. Herr BROCK-NANNSTAD (FEMIP) erklärte, der Delegation des Vereinigten Königreichs zuzustimmen, wenn das Doppelschutzverbot erhalten bleibe. Er bemerkte weiter, dass es schwierig sei, das Patentamt mit der Entscheidung zu beauftragen, was eine Sorte sei und was nicht. Er erklärte in Übereinstimmung mit der von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Auffassung, dass absichtliche Versuche der Patentierung von Sorten nicht gestattet sein sollten. Abschliessend beantwortete er die Frage mit "ja".

242. Herr DUFFHUES (Vorsitzender) schloss die Aussprache über Unterfrage d ab und stellte fest, dass die grosse Mehrheit der Delegationen diese Frage mit ja beantwortet habe und dass einige unter ihnen eine Einschränkung eingeführt hätten.

#### Frage in Absatz 14 Buchstabe f

243. a) Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) erinnerte daran, dass Pflanzen im Vermehrungsstadium im wesentlichen in Form von Pflanzenteilen, wie Saatgut oder Setzlinge, Pfropfen, Ableger oder anderem vegetativen Vermehrungsmaterial ausgewertet würden. In derartigen Teilen sei die vollständige Identität der Pflanze ausgeprägt oder könnte ausgeprägt werden. Sie enthielten die vollständige genetische Information, die zur Regeneration der ganzen Pflanze nötig sei. Aufgrund der modernen Technologie bestehe die Tendenz, dass die zur vegetativen Vermehrung benutzten Pflanzenteile kleiner würden. So würden z. B. einzelne Zellen bei Verfahren, wie in vitro-Vermehrung oder der Erzeugung von künstlichem Saatgut benutzt. In diesem Zusammenhang werde in Unterfrage f gezielt die Frage des Sortenschutzzumfangs angesprochen.

b) Er fügte hinzu, dass künftige Dokumente der UPOV nicht mehr diejenigen Revisionsvorschläge für das Übereinkommen enthalten würden, die in der gegenwärtigen und in früheren Tagungen aufgrund der Ueberschneidung zwischen der Definition von "Pflanzensorte" und der Definition des Materials, auf das sich das Recht im Sinne des UPOV-Übereinkommens beziehen würde, in Frage gestellt worden seien. Es müsse jedoch betont werden, dass aus den Diskussionen innerhalb der UPOV eindeutig hervorgehe, dass ein Pflanzenteil, der die für die Regeneration einer ganzen Pflanze notwendige vollständige genetische Information beinhalte, als Vermehrungsmaterial oder - im Hinblick auf die Totipotenz von Pflanzenzellen - als potentiell Vermehrungsmaterial gelte. Ein kleineres Element, insbesondere genetische Sequenzen, sei weder Vermehrungsmaterial noch stelle es eine Pflanzensorte dar. Es befinde sich infolgedessen ausserhalb des Sortenschutzzumfangs.

244. Herr PERIZONIUS (Patentamt, Niederlande) erkundigte sich, ob tote Teile von Pflanzen einbezogen sein sollten.

245. Herr ESPENHAIN (Pflanzenneueheitenbehörde, Dänemark) erklärte, dass sich das Sortenschutzrecht nach Auffassung seiner Delegation auf die in Unterfrage f erwähnten Elemente beziehen sollte, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie die vollständige genetische Information enthielten, die für die Regeneration von ganzen Pflanzen notwendig sei, und dass die Pflanzensorte von solchen Elementen abgeleitet werden könnte.

246. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden), Frau DARMON (Nationales Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich), Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland), Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen), Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) und Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) erklärten, dass ihre jeweilige Delegation den von Herrn ESPENHAIN (Dänemark) vertretenen Standpunkt teilten.

247. Herr BYRNE (Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Irland) erklärte, dass seine Delegation Unterfrage f mit "ja" beantworte.

248. Frau MORELLI GRADI (Zentrales Patentamt, Italien) fragte, ob nicht von "genetischer Information der Pflanze" anstelle von "genetischem Code der Pflanze" zu sprechen sei. Sie könne im übrigen eine Erweiterung des Züchterrechts nur in solchen Fällen akzeptieren, in denen der Teil der Pflanze die Reproduktion der ganzen Pflanze gestatte, d. h. dass er die vollständige genetische Information enthalte.

249. Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) stellte fest, dass seine Delegation Unterfrage f gleichfalls, dies jedoch unbeschadet der Patentierbarkeit derartiger Pflanzenteile, bejahen würde.

250. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) verwies darauf, dass der Züchter im Rahmen des Sortenschutzrechtes einen Schutz gegen Personen genießen sollte, die Teile der Pflanze zur Reproduktion der Sorte benutzen.

251. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) erklärte, dass, falls sich die Frage in Unterabsatz f auf Vermehrungsmaterial beziehe, seine Antwort recht positiv sei. Falls sie sich auf Pflanzen oder andere Endprodukte beziehe, sei seine Antwort im Prinzip ebenfalls "ja".

252. Herr LOPEZ DE HARO (Zertifizierung und Registrierung von Pflanzensorten, Spanien) stellte fest, dass seine Delegation die von Herrn Ardley (Vereinigtes Königreich) vertretene Auffassung teile.

253. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) erklärte, dass seine Antwort auf die Frage "ja" laute, sofern man sich nur auf Teile beziehe, aufgrund derer Pflanzen erzeugt werden könnten.

254. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) unterstrich, dass es scheine, dass in den von zahlreichen Delegationen auf die in Absatz 14 Buchstabe d gestellten Fragen abgegebenen Antworten einerseits und in den zu Absatz 14 Buchstabe f abgegebenen Antworten andererseits einige Widersprüchlichkeit bestehe, weil diese Antworten auf beide Fragen mehrheitlich positiv gewesen seien. Eine positive Antwort auf die Frage in Absatz 14 Buchstabe b bedeute, dass ein Patent für eine Erfindung erhalten werden könne, die aus einer Pflanze oder einem Pflanzenteil bestehe, der die vollständige genetische Information der betreffenden Pflanze beinhalte, und zwar beispielsweise einschliesslich einer Pflanzenzelle oder einem Protoplast. Eine bejahende Antwort auf die in Absatz 14 Buchstabe f enthaltene Frage bedeute, dass sich ein Sortenschutzrecht an einer bestimmten Pflanzensorte auf einen Teil der

betreffenden Pflanze erstrecken würde, der die vollständige genetische Information einer solchen Pflanzensorte beinhalte. Er frage sich deshalb, wie eine positive Antwort auf die eine Frage mit einer positiven Antwort auf die andere Frage in Einklang zu bringen sei, weil es in einem derartigen Fall scheine, dass die sich auf die gleiche Pflanze oder Pflanzensorte beziehenden Patentrechte und Sortenschutzrechte miteinander in Konflikt gerieten.

255. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) stellte klar, dass die australische Delegation die in Absatz 14 Buchstabe f enthaltene Frage bejaht habe, weil sie der Ansicht sei, dass die Sortenschutzrechte den Züchter wirksam gegen eine Benutzung des Vermehrungsmaterials der geschützten Sorte schützen sollten und dass die in dieser Frage erwähnten Pflanzenteile als Vermehrungsmaterial der geschützten Sorte zu verstehen seien.

256. Herr ESPENHAIN (Pflanzenneueheitenbehörde, Dänemark) erklärte, dass sich Unterfrage d nach Auffassung seiner Delegation auf Erfindungen beziehe, die in biotechnologischen Produkten, wie Gene, oder in Verfahren, wie Kreuzungen zwischen Arten, verkörpert seien, aus denen Pflanzen oder Pflanzenteile hervorgingen, die keine Sorte darstellten. Nach Ansicht seiner Delegation seien derartige Erfindungen eindeutig patentierbar. Auf der anderen Seite beziehe sich Unterfrage f auf Material, das eine Pflanzensorte darstelle.

257. Herr LAIRD (UNICE) erklärte, dass Pflanzenteile, wie Zellen, Zelllinien und Meristemableger zum Zwecke des Sortenschutzrechtes als Vermehrungsmaterial gelten würden. Dies sei im Zusammenhang mit dem Schutzzumfang relevant, der einem Züchter im Sinne des Sortenschutzrechts geboten werde. Das bedeute allerdings nicht, dass solche Pflanzenteile der Schutzgegenstand im Sinne des Sortenschutzsystems seien. Zellen, Zelllinien, Protoplasten und andere Pflanzenteile könnten jedoch der Schutzgegenstand im Sinne des Patentgesetzes sein und sollten nicht ausgenommen werden. Der Sachverständigenausschuss habe bereits seine Zustimmung in dieser Hinsicht zum Ausdruck gebracht. Zwischen dem Schutzgegenstand im Sinne des Sortenschutzrechtes und demjenigen im Sinne des Patentrechtes sowie dem Schutzzumfang im Sinne dieser Rechte sei zu unterscheiden. Eine Pflanzensorte werde als solche auf der Grundlage des vollständigen Satzes von Merkmalen geschützt, der ihren Phänotyp darstelle. Wenn dieses Recht festgelegt worden sei, würde sich der Schutz auf das gesamte generative oder vegetative Vermehrungsmaterial dieser Sorte beziehen, gleichgültig, ob es sich um ganze Pflanzen oder Pflanzenteile handele, sofern diese gewerbsmässig auf eine Art vertrieben würden, die das Sortenschutzrecht verletze.

258. Der vom Vertreter von UNICE vertretene Standpunkt wurde von Herrn ROTH (GIFAP), Herrn STRAUS (AIPPI), Herrn ROBERTS (IHK), Herrn ENGHOLM (EPI) und Herrn GUTMANN (FICPI) unterstützt. Herr ROBERTS (IHK) teilte zudem die von CIOPIRA und ASSINSEL geäußerten Bedenken.

259. Herr SCHWARZENBACH (ISTA) kam auf vorangegangene Erklärungen zurück, die sich auf Tendenzen zur Schaffung eines neuen Begriffs von "Sorte" bezogen, der nicht agronomischer sondern juristischer Art wäre. ISTA stelle Zertifikate über die Qualität von Saatgut aus. Solche Zertifikate seien auf Gattung, Art und Sorte auf der Grundlage festgelegter Prinzipien der Nomenklatur auf botanischer oder Sortenebene bezogen. Seines Erachtens wäre es schwierig, ein neues Konzept im Kontext des vorhandenen Rahmens unterzubringen. Sollte ein neuer Begriff geschaffen werden, dann sei die Internationale Union der biologischen Wissenschaften (International Union of Biological Sciences, IUBS) zu Rate zu ziehen.

260. Herr ROYON (CIOPORA) bedauerte erneut die Tendenz, die infolge der Debatte über die Fragen in Absatz 14 herbeigeführt werde. Er begrüßte die vorgeschlagene Erweiterung der im Rahmen des Sortenschutzsystems erteilten Rechte und schlug vor, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, wie solche Rechte auf eine kommerzielle Auswertung der Sorte bezogen werden könnten.

261. Frau COMTE (IFAP, COPA und COGECA) erklärte, dass die von ihr vertretenen Organisationen Unterfrage f mit "ja" beantworteten.

262. Herr LANGE (ASSINSEL) bejahte im Namen von ASSINSEL Unterfrage f. Er vertrete die Auffassung, dass sich Unterfrage d auf den schutzfähigen Gegenstand und Unterfrage f auf den angebotenen Schutzzumfang beziehe.

263. Herr URSELMANN (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO die von Herrn Lange (ASSINSEL) vertretene Stellungnahme teile. Er fügte hinzu, dass Zellen - so wie Herr Greengrass (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) erläutert habe - Vermehrungsmaterial darstellten und bereits jetzt aufgrund des gegenwärtigen Wortlauts des UPOV-Uebereinkommens von dem dem Züchter erteilten Recht abhängig seien.

264. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIPI) war der Auffassung, dass der Aufbau von Frage 14 eine Veranschaulichung für die unlogischen Auswirkungen eines Doppelschutzverbots sei, und verwies auf die von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika in bezug auf Frage 14 Buchstabe f gemachten Kommentare.

#### Frage in Absatz 14 Buchstabe e

265. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) erklärte, dass Unterfrage e klarer wäre, wenn die Worte "für die keine Regeneration in ganze Pflanzen beabsichtigt ist" ersetzt würden durch "für die keine Ansprüche auf ganze Pflanzen geltend gemacht werden". Er wiederholte, dass die UPOV keine Absicht hege, das Sortenschutzsystem unbesonnen auf den Bereich der industriellen Verfahren auszudehnen. Unterfrage e beziehe sich auf die Möglichkeit, dass Zellen einer durch ein Sortenschutzrecht geschützten Sorte diejenige Form seien, in der die Sorte ausgewertet werde. Er bat die Delegierten um Stellungnahmen dazu, ob die Deckung solcher Sorten durch den Sortenschutz erwünscht sei.

266. Herr ESPENHAIN (Pflanzenneueheitenbehörde, Dänemark) stellte fest, dass in dem Falle, dass die Zelllinien als Vermehrungsmaterial angesehen würden, die Antwort ebenfalls "ja" lauten würde.

267. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) bemerkte, dass einerseits zu unterscheiden sei, welcher Gegenstand durch ein bestimmtes Recht geschützt sei, und andererseits, welche Rechte mit dem Schutztitel verliehen würden. Der geschützte Gegenstand und der Schutzzumfang seien zwei unterschiedliche Dinge. Er meine, dass Zelllinien, die nicht zur Regeneration einer ganzen Pflanze von einer geschützten Sorte benutzt würden, nicht durch das relevante Sortenschutzrecht gedeckt sein sollten.

268. Herr LOUDON (Sortenschutzamt, Australien) erklärte, dass das derzeitige Sortenschutzsystem Australiens dazu neige, Züchter von Sorten, die die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit erfüllten, zu belohnen. Es bestehe nicht die Absicht, eine Vergütung für industrielle Verfahren vorzusehen, und es sei auch schwer vorstellbar, wie dies auf der Grundlage des derzeitigen Systems möglich sein sollte.

269. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass seine Delegation Unterfrage e verneinen würde.

270. Herr SASAKI (Patentamt, Japan) stellte fest, dass zur Zeit in Japan zwei unterschiedliche Meinungen vorherrschten. Der ersteren zufolge sollten Zelllinien, die den vollen Satz der genetischen Information der Pflanze beinhalten, repräsentativ für eine Pflanzensorte sein und aus dem Patentschutz ausgenommen werden. Die andere Meinung bestehe darin, dass Pflanzensorten zum Zwecke des Sortenschutzes als eine Pflanze oder eine Pflanzengruppierung definiert werden sollten, von denen anzunehmen sei, dass sie die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit erfüllten und für Anbauzwecke eine unabhängige Einheit seien. Diese Definition würde Pflanzenteile sowie auch Zelllinien ausnehmen, die nur für industrielle Verfahren verwendet würden. Der Vorschlag, dass Sortenschutzrechte auf alle Teile von Pflanzen erstreckt werden sollten, die die genetische Information der geschützten Sorte beinhalten, werde verneint.

271. Herr GOEBEL (Patentamt, Bundesrepublik Deutschland) vertrat die Auffassung, dass Meristeme und Zelllinien in den Begriff von Pflanzensorte einbezogen werden könnten und dass in dieser Hinsicht die in Absatz 14 Buchstabe e gestellte Frage bejaht werden könne. Ausserdem könnte es gerechtfertigt sein, eine Grenzlinie der Definition von "Pflanzensorte" auf Ebene der Zelle oder an dem Punkt zu ziehen, wo das Pflanzenmaterial nicht länger lebensfähig sei, z. B. wenn das Material für industrielle Verfahren benutzt werde. Die Rechte an der Pflanzensorte sollten an Pflanzenmaterial als solchem bestehen bleiben, und zwar ungeachtet des davon gemachten Gebrauchs.

272. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) erkundigte sich, ob sich die behandelte Frage auf den aus der Patentierbarkeit auszunehmenden Gegenstand beziehe. Wenn es darum gehe, Gegenstände wie Zelllinien aus der Möglichkeit eines Patentschutzes auszunehmen, dann könne sich seine Delegation nur schwerlich diesem Vorschlag anschliessen. Seines Erachtens seien Zelllinien, die für die Reproduktion einer geschützten Pflanzensorte benutzt würden, durch das betreffende Sortenschutzrecht gedeckt. Auf der anderen Seite wäre die Benutzung von Zellen der geschützten Pflanzensorte für industrielle Zwecke durch diese Rechte nicht gedeckt.

273. Frau MORELLI GRADI (Zentrales Patentamt, Italien) sagte, dass ihre Antwort negativ sein müsse, wenn die Frage eine Erweiterung der Definition von "Pflanzensorte" beinhalte. Sollte diese Frage eine Erweiterung der Züchterrechte betreffen, dann könnte ein Rechtskonflikt zwischen dem Züchter und dem Verwender von Zellen, der diese Zellen ausschliesslich für ein industrielles Verfahren benutze, auftreten.

274. Herr KIEWIET (Sortenschutzrat, Niederlande) erklärte, dass sich Unterfrage e eher auf den Schutzzumfang beziehe, der im Rahmen des Sortenschutzsystems gewährt werde, anstatt auf die Definition von "Pflanzensorte". Zellen einer geschützten Sorte, die die vollständige genetische Information beinhalten, mit der ganze Pflanzen regeneriert werden könnten, sollten unter den Schutzzumfang fallen, der im Zusammenhang mit Vermehrungsmaterial gewährt werde. Auf der anderen Seite sollte das Verfahren für die Auswertung solcher Zellen auch patentierbar sein, wobei möglicherweise ein Rechtskonflikt (der auf Vereinbarungswege zwischen den Parteien beigelegt werden sollte) auftreten könne. Das Problem der Beilegung von Streitigkeiten sei jedoch an anderer Stelle zu behandeln.

275. Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) erklärte, dass seine Delegation die von Herrn Kiewiet (Niederlande) zum Ausdruck gebrachte

Stellungnahme unterstützen könne. Eine Zelllinie, die die für eine geschützte Sorte charakteristische vollständige genetische Information beinhalte, stelle diese Sorte dar. Die derzeitigen Revisionsvorschläge zu Artikel 5 des UPOV-Uebereinkommens stellten die Frage, ob das Recht sich auch auf Vermehrungen in industriellen Verfahren erstrecken sollte. Diese Frage müsse später geprüft werden.

276. Herr ESPENHAIN (Pflanzenneuheitenbehörde, Dänemark) stellt fest, dass der im Rahmen des UPOV-Uebereinkommens zu bietende Schutz noch zur Diskussion stehe.

277. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) erklärte, dass er die von Herrn Kiewiet (Niederlande) vertretene Auffassung unterstütze. Er halte Züchterrechte in bezug auf Zellen für ähnlich wie die Rechte, die z. B. auf Weizensaatgut anwendbar seien, das sowohl für Vermehrungs- als auch Nichtvermehrungszwecke (wie vor allem als Nahrungsmittel und für die Verarbeitung) benutzt werden könne.

278. Herr GUGERELL (EPO) wiederholte, dass die Definition des Begriffs "Pflanzensorte" vom Recht zu unterscheiden sei, das durch den Sortenschutz gewährt werde. Zudem sei daran erinnert, dass sich an die in Artikel 53(b) im Europäischen Patentübereinkommen enthaltene Ausnahme vom Patentschutz ein zweiter Satz in der gleichen Bestimmung in dem Sinne anschliesse, dass eine Ausnahme von diesem Ausschluss gemacht werde. Eine solche Ausnahme bedeute, dass Verfahren für die Erzeugung von Pflanzensorten insofern patentiert werden könnten, als sie mikrobiologische Verfahren seien. Die Anwendung von Zelllinien in einem industriellen Verfahren könne infolgedessen als eine Erfindung patentiert werden. Hierdurch könnte jedoch ein Widerspruch entstehen, wenn die in Absatz 14 Buchstabe e enthaltene Frage in bezug auf die Definition des Begriffs "Pflanzensorte" bejaht werde.

279. Herr ENGHOLM (EPI) verneinte diese Frage.

280. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO eine Erweiterung des im Sinne des UPOV-Uebereinkommens gebotenen Schutzzumfangs - sowohl in bezug auf das Material als auch auf die zu deckenden Handlungen - befürwortet habe. Dies bedeute, dass sich die COMASSO praktisch dafür ausspreche, dass die in Unterfrage e geprüften Zelllinien in den erwünschten Schutzzumfang einbezogen würden. Die COMASSO wünsche jedoch noch zu prüfen, ob dies eine wünschenswerte Entwicklung sei.

281. Herr LANGE (ASSINSEL) erklärte, dass die in Unterfrage e geprüften Zelllinien kein Schutzgegenstand im Sinne des UPOV-Uebereinkommens sein sollten, sondern vielmehr ein Gegenstand, auf den der Schutzzumfang erweitert werden sollte. Solche Zelllinien seien Gegenstand einer industriellen Auswertung der Sorte.

282. Herr ROBERTS (IHK) sagte, dass er sich für eine Erweiterung der Rechte für Pflanzenzüchter ausspreche, vorausgesetzt, dass eine derartige Erweiterung die Rechte von Patentinhabern nicht beeinträchtige. Er fragte, ob Pflanzenzüchter wirklich einen Schutz für Zelllinien benötigten. Er meine, dass Sortenschutzrechte aufgebaut worden seien, um die jahrelange Arbeit zur Erzeugung einer Sorte zu belohnen, die als eine Gesamtkombination von Eigenschaften zu verstehen sei, die die Voraussetzungen der Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit erfüllten. Würden Pflanzenzellen anstelle von ganzen Pflanzen benutzt, dann würden tatsächlich nur eines oder nur wenige der Merkmale oder Eigenschaften der Pflanzensorte benutzt. Im übrigen würden sich die Merkmale von Pflanzenzellen in Zellkulturen zwangsläufig in einem solchen Masse verändern, das sie die an erster Stelle festgelegten DHS-Voraussetzungen nicht mehr erfüllen könnten.



283. Herr ONO (PIPA) bezog sich auf besondere Situationen bei der Benutzung von Pflanzenzellen und fragte, in welchem Masse Züchterrechte Anwendung fänden. Wenn Pflanzenzellen erzeugt würden, die als ein neues Produkt gelten könnten - z. B. Hybridzellen, die noch nicht als eine Pflanzensorte anerkannt würden, deren Zellen aber gleichwohl für industrielle Verfahren nützlich seien - seien dann Züchterrechte auf solche Zellen anwendbar, fragte er. Seines Erachtens sollten sich die Züchterrechte nicht auf die Benutzung von Pflanzenzellen bei industriellen Verfahren erstrecken.

284. Herr YAMASHITA (JPA) meinte, dass die in Absatz 14 Buchstabe e enthaltene Frage zu verneinen sei. Pflanzenzellen seien patentierbare Gegenstände und sollten deshalb nicht durch Sortenschutzrechte gedeckt sein. Solche Rechte sollten auf das traditionelle Konzept der Pflanzensorte beschränkt sein, dessen Umfang begrenzt sei. Sortenschutzrechte schienen nicht geeignet zu sein, um Pflanzenteile zu schützen. Solche Teile sollten nicht in die Definition von "Pflanzensorte" einbezogen werden, die bei der Revision des UPOV-Uebereinkommens zur Sprache stehe.

285. Herr GROSS (CEFIC) erklärte, dass seine Antwort auf die in Absatz 14 Buchstabe e enthaltene Frage "nein" laute.

286. Herr ROYON (CIOPORA) erklärte, dass die Mehrdeutigkeit der Unterfrage eine Antwort erschwere. Beziehe sich die Frage auf den Schutzzumfang, dann müsse auf Unterfrage f verwiesen werden. Herr Royon wiederholte den Standpunkt von CIOPORA, dass sich der Schutzzumfang im Rahmen des UPOV-Uebereinkommens auf jede Form der gewerbsmässigen Auswertung der Sorte erstrecken sollte.

287. Herr LAIRD (UNICE) bezog sich auf die von der Delegation der Niederlande gemachten Kommentare. Falls Sortenschutzrechte sich auf die Benutzung von Pflanzenzellen der geschützten Sorte in einem industriellen Verfahren erstreckten und ein solches Verfahren zugunsten einer anderen Person patentiert werde, so bemerkte er, dann könnte ein Rechtskonflikt entstehen, weil die ein solches Verfahren benutzende dritte Partei zwei separate Lizenzen von den Inhabern der zwei unterschiedlichen Schutztitel erhalten müsse. Er fragte, ob dies keine Doppelschutzsituation sei, die dafür spreche, dass das Doppelschutzverbot aufgehoben werden sollte.

288. Herr GOEBEL (Patentamt, Bundesrepublik Deutschland) erklärte, dass Zelllinien und Verfahren in bezug auf Pflanzenzellen patentierbare Gegenstände bleiben sollten.

289. Herr GUTMANN (FICPI) stellte fest, dass Unterabsatz e einen Fall darstelle, in dem kumulierbarer Schutz erlaubt sein sollte. Ferner stimme er der Delegation der Bundesrepublik Deutschland sowie den Vertretern von EPO und UNICE zu.

290. Herr HOERNER (IBA) erklärte, dass die IBA keine Auslegung in bezug auf die Definition von "Pflanzensorte" akzeptieren könne, durch die der Bereich patentierbarer Gegenstände eingeengt würde.

291. Herr ROTH (GIFAP) verneinte die Frage in Absatz 14 Buchstabe e, weil eine positive Antwort bedeuten würde, dass das durch Patente erfasste Gebiet eingeengt würde.

292. Frau COMTE (IFAP, COPA und COGECA) erinnerte daran, dass Zelllinien nach Auffassung der von ihr vertretenen Organisationen dem Patentschutz unterlägen, dass diese aber, falls sie für die Vermehrung einer Sorte benutzt würden oder benutzbar seien, Gegenstand von Züchterrechten sein müssten.

293. Herr STRAUS (AIPPI) erklärte, dass seine Organisation keine Erweiterung der Ausnahmen vom Patentschutz wünsche, und deshalb verneine er die in Absatz 14 Buchstabe e gestellte Frage. Er unterstrich, dass auf jeden Fall zu berücksichtigen sei, dass die Anerkennung von Züchterrechten in bezug auf Zelllinien aufgrund der längeren Schutzdauer problematisch sein könnte, die jene Rechte im Vergleich zur Schutzdauer von Patenten haben könnten.

294. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) erklärte, dass seine Antwort auf die in Absatz 14 Buchstabe e enthaltenen Fragen "nein" laute. Er bemerkte, dass in vielen industriellen Verfahren Pflanzenzellen und Pflanzenteile verwendet würden, und fragte, wo der Begriff "Landwirtschaft" ende und wo der Begriff "Industrie" beginne. Aufgrund der Fortschritte der modernen Technologie würde die Grenzlinie zwischen den beiden Gebieten schmaler, und dieser Tatsache sei Rechnung zu tragen.

295. Herr HADDRIK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) erklärte, dass er aus der Sicht des Patentsystems der Offenbarung und Veröffentlichung von Patenten und der darin enthaltenen Informationen grosse Bedeutung beimesse. Die Ausgewogenheit, die das Patentsystem im Hinblick auf das öffentliche Interesse herbeiführe, dürfe nicht übersehen oder gestört werden.

296. Herr SUGDEN (Vorsitzender) stellte fest, dass der Ausschuss sowohl den Schutzgegenstand als auch den Schutzzumfang behandelt habe. In bezug auf den Schutzgegenstand im Sinne des Sortenschutzrechtes schienen die meisten Delegationen zu akzeptieren, dass eine Zelllinie schutzfähig sein könne, wenn sie die volle genetische Information beinhalte und in eine ganze Pflanze der betreffenden Sorte regeneriert werden könne. In bezug auf den Schutzzumfang bestünden nach wie vor beträchtliche Meinungsunterschiede bei den Delegationen darüber, inwieweit der Schutz auch auf Zellen, Zelllinien und andere Pflanzenteile erstreckt werden könnte.

#### Frage in Absatz 14 Buchstabe c

297. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) erklärte, dass die in dem der vierten Sitzung der UPOV mit internationalen Organisationen vorgeschlagenen Dokument enthaltenen Definitionen in der genannten Sitzung und in der darauf folgenden Tagung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses erörtert worden seien. Sie seien keine Widerspiegelung der gegenwärtigen Überlegungen. Es bestehe kein Zusammenhang zwischen jenen Definitionen und Unterfrage c, ausser dass in letzterer die auf den vorerwähnten Sitzungen gemachten Bemerkungen berücksichtigt seien.

298. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) bemerkte, dass die in Absatz 14 Buchstabe c gegebene Definition von "Pflanzensorte" nicht annehmbar sei, weil sie sich auch auf Gegenstände erstrecke, die patentierbar seien. Der inoffizielle Vorschlag der EPO könnte - auch wenn er in der vorgelegten Formulierung noch nicht ganz annehmbar sei - eine geeignete Grundlage für eine weitere Prüfung sein.

299. Frau MORELLI GRADI (Zentrales Patentamt, Italien) erkundigte sich, welche Verbindung zwischen der in Unterabsatz c vorgeschlagenen Definition und der für die Revision des UPOV-Uebereinkommens vorgeschlagenen Definition von "Pflanzensorte" bestehe, die mit den Worten ende "oder einer anderen Benutzungsart", die im zu prüfenden Unterabsatz c nicht zu finden seien.

300. Herr SIMUNOVIC (Behörde für Landwirtschaft und Viehzucht, Chile) erklärte, dass die chilenische Sortenschutzgesetzgebung zwischen der Sorte als Schutzgegenstand und Pflanzen sowie Pflanzenteilen als Material unterscheide, das für die Sorte repräsentativ sei. Er habe den Eindruck, dass die Verwendung des gleichen Ausdrucks, um unterschiedliche Gegenstände zu bezeichnen, die Diskussionen kompliziere. Seines Erachtens sei jeder Ausdruck in technischer Hinsicht noch genauer zu klären.

301. Herr LOUDON (Sortenschutzamt, Australien) rief in Erinnerung, dass Pflanzensorten in Australien nicht vom Patentschutz ausgenommen seien. Das Hauptziel der UPOV müsse nach seiner Ansicht darin liegen, eine Definition von "Pflanzensorte" zu erstellen, die für die Anwendung des Sortenschutzsystems nützlich sei. Die meisten in dieser Tagung aufgeworfenen Fragen beträfen Ausnahmebestimmungen.

302. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass seine Delegation die von Herrn Brouër (Bundesrepublik Deutschland) vertretene Stellungnahme teile.

303. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) hielt Unterfrage c für sinnvoll, um den Unterschied zwischen Zellen und Genen zu klären. Er habe zwar Kritik im Hinblick auf Einzelheiten der Formulierung anzumelden, könne jedoch den allgemeinen Sinn der vorgeschlagenen Definition annehmen.

304. Herr HOERNER (IBA) bemerkte, dass die Definition insofern zu schutzfreien Bereichen führen könne, als sie eine Erfindung von der Patentierbarkeit ausnehme, die letztendlich den Voraussetzungen des Sortenschutzrechts nicht entsprechen würde. Ausserdem verwies er darauf, dass die Definition an die besondere Schutzform, d. h. das Sortenschutzrecht, angepasst werden sollte, aber nicht zu Lasten der allgemeinen Schutzform, d. h. der Patente.

305. Herr LANGE (ASSINSEL) erklärte, dass die in Unterfrage c vorgeschlagene Definition annehmbar sei, dass jedoch der im UPOV-Dokument für die vierte Sitzung der UPOV mit internationalen Organisationen vorgelegte Vorschlag vielleicht geeigneter sei. Eine wirklich annehmbare Definition, die die richtige Orientierung zu haben scheine, könnte in einer Verbindung zwischen den in Unterfrage b und Unterfrage c vorgeschlagenen Definitionen sowie in dem inoffiziellen Vorschlag von Herrn Gugerell (Europäisches Patentamt) liegen.

306. Herr ROTH (GIFAP) unterstützte die durch den Vertreter von IBA vertretene Position.

307. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIPI) regte an, vorrangig die Auswahl von Fragen zu behandeln, die die Aenderung des UPOV-Uebereinkommens beträfen. Er fragte den Vorsitzenden, warum die Definition von "Pflanzensorte" im UPOV-Uebereinkommen geändert werden sollte. Ausserdem fragte er, welche Missbräuche des Sortenschutzes die UPOV zu verhindern wünsche.

308. Herr STRAUS (AIPPI) sprach sich für die von IBA und GIFAP vertretenen Stellungnahmen aus.

309. Herr GROSS (CEFIC) unterstützte die vom Vertreter von IBA vertretene Stellungnahme und verneinte die Frage in Unterabsatz c.

310. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO die von Herrn Lange (ASSINSEL) ausgedrückte Auffassung teile.

311. Herr ROTH (IBA) zitierte ein Dokument des Verwaltungs- und Rechtsausschusses der UPOV und verwies auf einige in bezug auf das Vorhandensein einer Definition von "Sorte" im UPOV-Uebereinkommen ausgedrückte Zweifel. Darauf fragte er, ob eine Definition notwendig sei, die die Gefahr in sich berge zu verwirren.

312. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) erklärte, dass die Verbandsstaaten der UPOV mehrheitlich der Ansicht seien, dass im Text des Uebereinkommens von 1978 und selbst im ursprünglichen Text von 1961 keine allgemeine Definition von "Pflanzensorte" enthalten sei.

313. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) fragte, warum Artikel 53(b) im Europäischen Patentübereinkommen notwendig sei, wenn es keine Definition einer "Pflanzensorte" gebe.

Fragen in Absätzen 18 bis 20

314. Herr SCHÄFERS (Vizegeneraldirektor, WIPO) bemerkte, dass die Frage der Abhängigkeitslizenzen vom Sachverständigenausschuss für biotechnologische Erfindungen und gewerbliches Eigentum erörtert worden sei, den die WIPO einberufen habe. Diese Frage sei im vorgeschlagenen Lösungsvorschlag Nr. 11 behandelt worden, der in Dokument BioT/CE/IV/3 unter dem Titel "Ueberarbeitete Lösungsvorschläge in bezug auf gewerbliches Eigentum an biotechnologischen Erfindungen" wiedergegeben sei. Er erklärte, dass das einer Abhängigkeitslizenz zugrundeliegende Prinzip in den Fällen eine durch ein Patent geschützte Erfindung und eine durch ein Sortenschutzrecht geschützte Sorte betreffe, wenn der Inhaber eines Sortenschutzrechts Handlungen betreffend seine Sorte vornehme, die das Patent verletzen müssten. In einem derartigen Fall könnte es notwendig sein, eine unfreiwillige Lizenz vorzusehen. Unfreiwillige Lizenzen seien ein allgemein bekanntes Instrument, das z. B. in Artikel 5 der Pariser Verbandsübereinkunft sowie in nationalen Gesetzen vorgesehen sei, die unfreiwillige Lizenzen beinhalteten. In bezug auf Lösungsvorschlag Nr. 11, zweiter Absatz, in Dokument BioT/CE/IV/2 verwies er darauf, dass die Bestimmung für eine gegenseitige Lizenz zugunsten des Patentinhabers die im ersten Absatz vorgesehene Zwangslizenz ausgleichen würde. Abschliessend erwähnte er, dass die Meinungen auf diesem Gebiet auseinandergegangen seien und dass es relevant und notwendig erscheine, diese Frage dem Sachverständigenausschuss zu unterbreiten, um dessen Stellungnahme zu erhalten.

315. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) erwähnte, dass Zwangslizenzen zwar allgemein bekannt sein dürften, dass sie aber nicht unbedingt empfehlenswert seien. In bezug auf die in Absatz 18 enthaltene Frage laute seine Antwort "nein". Er bemerkte ferner, dass Zwangslizenzen das Recht von Patentinhabern, ihre ausschliesslichen Rechte an der patentierten Erfindung zu geniessen oder kontrollieren, ernsthaft einschränke. Ausserdem sprach er sich gegen gegenseitige Zwangslizenzen aus, die dem Inhaber eines Sortenschutzrechtes eine Lizenz in bezug auf einen Patentinhaber und umgekehrt zusicherten. Seine Antwort auf die in Absatz 19 enthaltene Frage laute gleichfalls "nein", weil die hierin erwähnte gesetzliche Lizenz tatsächlich die Züchterrechte reduzierten. Zudem bestehe Unsicherheit hinsichtlich der Definition von "im wesentlichen abgeleitet". Er schilderte, wie Zwangslizenzen in einigen Ländern zur Anwendung kämen, und erklärte, dass bisweilen eine unbedeutende zweite Erfindung patentiert und dann für ein bedeutenderes, dominierendes Patent eine Zwangslizenz erteilt würde. Hinsichtlich der Frage in Absatz 20 bemerkte er, dass der Rechtsinhaber in der Lage sein sollte, frei zu verhandeln, und er hielt ausdrücklich in bezug auf i) fest, dass seine Antwort "nein" sei. In bezug auf ii) betreffend das öffentliche Interesse könnten

nationaler Notstand, rechtlich nachgewiesene Verletzung der Wettbewerbsgesetze und Benutzung für Zwecke der Regierung akzeptable Gründe für Zwangslizenzen sein. Danach erklärte er, dass Zwangslizenzen Patentinhabern oder Pflanzenzüchtern ein Greuel seien, und dass gegenseitige Lizenzen voraussetzten, dass beide Parteien die Möglichkeit hätten, eine Erfindung zu benutzen, was aber nicht in jedem Falle zutreffe. Er stellte fest, dass nicht leicht zu verstehen sei, was ein "wesentlicher technischer Fortschritt" bedeute, von dem in Absatz 20 Ziffer iii) die Rede sei. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass, selbst wenn in bezug auf die grundlegende Erfindung ein "wesentlicher technischer Fortschritt" gemacht werde, der Inhaber der grundlegenden Erfindung die ausschliesslichen Rechte an seiner Erfindung behalten sollte.

316. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) verneinte die Fragen in Absätzen 18, 19 und 20 Ziffern i) und iii) und bejahte die Frage in Absatz 20 Ziffer ii), indem er darauf verwies, dass nur das öffentliche Interesse unfreiwillige Lizenzen rechtfertigen könne.

317. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) erklärte, dass er sich nicht nur auf die Absätze 18 bis 20 beziehe, sondern auch auf Absatz 21. Seines Erachtens müsse jedes Schutzsystem seine eigenen Gegenstände behandeln, und keines dieser Systeme sollte eine Dominanz über das andere suchen. Deshalb spreche er sich gegen den in Artikel 5 Absatz 5 des Entwurfs zum UPOV-Uebereinkommen enthaltenen Gedanken aus, der in der in Absatz 21 enthaltenen Frage behandelt werde. Er meine, dass im Falle einer Ueberschneidung von Rechten ein System freiwilliger Lizenzen bestehen müsse. Zwangslizenzen sollten lediglich als ultima ratio in Betracht kommen.

318. Herr RAVN (Patentamt, Dänemark) erklärte, mit Bezug auf die in Absatz 19 enthaltenen Fragen sagen zu dürfen, dass die Meinungen der interessierten Kreise in Dänemark in dieser Frage weit auseinandergingen. Es sei jedoch ein Kompromiss ausgearbeitet worden, dass Zwangslizenzen von einem Patentinhaber einem Pflanzenzüchter bereitgestellt werden sollten und dass gegenseitige Lizenzen zur Verfügung stehen sollten. Ueber die Bedingungen sei keine Einigung erzielt worden, aber Aspekte wie das öffentliche Interesse und die Höhe der Verbesserung seien Teil der Ueberlegungen. In bezug auf die Frage in Absatz 19 erklärte er, dass "die geschützte Sorte" sowohl Patente als auch Sortenschutz beinhalten könne und dass die Antworten für die jeweilige Schutzart unterschiedlich seien. In bezug auf Patente bemerkte er, dass im Falle der Benutzung einer patentierten Erfindung in einer im wesentlichen abgeleiteten Sorte die in bezug auf Absatz 18 abgegebene Antwort zutreffe. Betreffend Sortenschutzrechte erklärte er, dass eine Lizenz zwischen zwei Züchtern so sein könne, dass sie sich auch vom neuen Züchter auf den Ursprungszüchter erstrecke. Wie er erwähnte, seien die Bedingungen für solche Lizenzen in seinem Land noch nicht endgültig festgelegt. Zudem verwies die Delegation darauf, dass das Prinzip des freien Zugangs zu Pflanzenmaterial weiter aufrechterhalten werden müsse.

319. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) stellte fest, dass der vorläufige Standpunkt in Schweden demjenigen ähnlich sei, den Herr Brouër (Bundesrepublik Deutschland) vertreten habe. Die Antworten lauteten folglich: "nein" zu Frage 18; "nein" zu Frage 19; "ja" zu Frage 20 mit "nein" zu Punkt i) sowie "ja" zu Punkt ii) und "nein" zu Punkt iii).

320. Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland) erklärte, die landwirtschaftlichen Kreise in Finnland befürworteten einerseits das Abhängigkeitsprinzip, das im Rahmen der Revision des UPOV-Uebereinkommens mit einem Verbotungsrecht für die Auswertung der abhängigen Sorte (Alternative 1 in vorangegangenen relevanten UPOV-Dokumenten) vorgeschlagen worden sei, und

andererseits Zwangslizenzen nur in der in Frage 20 beschriebenen Situation, sofern das öffentliche Interesse dies verlange.

321. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) stimmte den Bemerkungen zu, die der Delegierte Dänemarks gemacht hatte.

322. Herr VERSCHURE (Wirtschaftsministerium, Niederlande) erklärte, dass das Sortenschutzsystem zwar gut sei, aber noch verbessert werden könne. Vor allem das Landwirteprivileg sei zu streichen, das Erfordernis des Mindestabstands sollte verstärkt und ein Abhängigkeitssystem eingeführt werden. Eine Bedingung für die vorerwähnten Änderungen des Sortenschutzsystem sei, dass unter dem Patent eine Zwangslizenz gewährt werden sollte, wenn die Auswertung eines Sortenschutzrechts ein Patent verletze. Das Gleichgewicht zwischen dem Patent- und dem Sortenschutzrecht sei über die Höhe der Vergütungen zu finden.

323. Frau DARMON (Nationales Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich) erklärte im Namen der französischen Delegation, dass es möglich sein sollte, Lizenzen frei auszuhandeln, wenn eine Abhängigkeit zwischen einem Patent- und einem Sortenschutzrecht bestehe, und zwar mit der Möglichkeit, Lizenzen abzulehnen (Absatz 18). Betreffend Absatz 19 antwortete sie mit "nein" und erläuterte, dass es in bezug auf abgeleitete Sorten keine automatischen Lizenzen geben sollte. Zu Absatz 20 erklärte sie, dass eine unfreiwillige Lizenz nicht in allen Fällen gewährt werden könne, sondern nur dann, wenn die Verhandlungen für die Erteilung einer freiwilligen Lizenz gescheitert seien, sowie nur, wenn es um einen wesentlichen landwirtschaftlichen Fortschritt gehe und das öffentliche Interesse es so erfordere.

324. Frau BUSTIN (Ausschuss zum Schutz neuer Pflanzensorten, Frankreich) verwies darauf, dass zwischen den zuständigen Behörden in Frankreich auf der Basis des Prinzips eine Einigung erreicht worden sei, dass der landwirtschaftliche Fortschritt im Zusammenhang mit der Erteilung einer Zwangslizenz nicht berücksichtigt werden könne, ausser wenn es das öffentliche Interesse erfordere.

325. Herr MIYATA (Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, Japan) erklärte, dass in Japan zu den in Absatz 18 enthaltenen Fragen noch keine endgültige Entscheidung erreicht worden sei. Man sei jedoch der Auffassung, dass Abhängigkeitslizenzen nicht automatisch erteilt werden, sondern der Gegenstand von Verhandlungen zwischen den interessierten Kreisen sein sollten. In bezug auf die in Absatz 19 enthaltene Frage müssten Verträge über die gewerbsmässige Auswertung einer im wesentlichen abgeleiteten Sorte frei ausgehandelt und zwischen den betreffenden Parteien geregelt werden können. Eine solche Sorte könnte nicht gewerbsmässig ausgewertet werden, ohne die Zustimmung des Inhabers des Sortenschutzrechts zu erhalten. In bezug auf die in Absatz 20 enthaltenen Fragen sollten die gleichen Regeln angewandt werden, d. h. die Parteien sollten frei über Lizenzen verhandeln können, die ihre geistigen Eigentumsrechte betreffen.

326. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) erklärte in bezug auf die erste Frage in Absatz 18, dass die Antwort positiv sei, und in bezug auf die zweite Frage, dass Abhängigkeitslizenzen das Ergebnis frei ausgehandelter Vereinbarungen und, soweit möglich, Gegenstand einer angemessenen Vergütung sein müssten. In bezug auf Absatz 19 sei die Antwort positiv, aber nicht in allen Fällen: Sie erläuterte, dass die Voraussetzung sei, dass die genetische Information in der auszuwertenden abgeleiteten Sorte enthalten und ausgeprägt sein müsse. Sie fügte hinzu, dass, falls das Abhängigkeitssystem auf den Sortenschutz im Sinne des UPOV-Uebereinkommens ausgedehnt werden sollte, es notwendig sei, dass die im wesentlichen abgeleitete Sorte zu einer Vermehrung in genau der gleichen Weise wie die Ursprungssorte fähig sei und deshalb die genetische Information enthalte, die entsprechend der Prinzipien der Unterscheidbarkeit,

Homogenität und Beständigkeit im Sinne des UPOV-Uebereinkommens die gleichen morphologischen Merkmale hervorbringe. In bezug auf Absatz 20 könnten die Inhaber von Patenten und Sortenschutzsertifikaten - unter der Voraussetzung, dass die Konzepte der Abhängigkeit und der im wesentlichen abgeleiteten Sorten entsprechend den zuvor zu Absätzen 18 und 19 gemachten Kommentaren ausgelegt würden - frei über Lizenzen verhandeln, aber die Lizenzen sollten nicht automatisch erteilt werden. Eine Zwangslizenz könne erwogen werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt seien: i) sie müsse durch das allgemeine Interesse bedingt sein; ii) die Erfindung müsse gleichzeitig einen beträchtlichen technischen Fortschritt darstellen oder die neue Pflanzensorte müsse eine Verbesserung darstellen, die wesentlich und infolgedessen für die Landwirtschaft des betreffenden Landes nützlich sei.

327. a) Herr ARDLEY (Sortenschutzamt, Vereinigtes Königreich) erklärte, dass die Abhängigkeitsfrage aus zweifacher Sicht zu betrachten sei: es gebe einerseits die Abhängigkeit zwischen zwei Sorten, wovon eine von der anderen im wesentlichen abgeleitet sei, und andererseits die Abhängigkeit einer Sorte von einem patentierten Erzeugnis oder Verfahren.

b) Zur ersteren Situation bemerkte er, dass der gegenwärtig anwendbare Text des UPOV-Uebereinkommens kein Abhängigkeitssystem vorsehe. Fälle einer wesentlichen Ableitung könnten durch traditionelle Verfahren, wie wiederholte Rückkreuzungen oder Genmanipulation auftreten. Das Vereinigte Königreich stimme der Aufnahme besonderer Bestimmungen in das Uebereinkommen zu, um die Beziehungen zwischen Sortenschutzrechten in solchen Fällen zu regeln. In bezug auf die Voraussetzungen, unter denen eine abhängige Sorte ausgewertet werden könne, würden zur Zeit drei Alternativen erwogen: die abhängige Sorte könnte frei ausgewertet werden, vorausgesetzt, dass dem Züchter der Ursprungssorte eine angemessene Vergütung gezahlt werde; die abhängige Sorte könnte nur mit der ausdrücklichen Zustimmung des Züchters der Ursprungssorte ausgewertet werden; die Zustimmung des Züchters der Ursprungssorte könnte verlangt werden, wenn die abhängige Sorte eine wesentliche Verbesserung der Ursprungssorte darstelle. Die Behörden des Vereinigten Königreichs hielten es für wesentlich, dass das Tempo des Fortschritts, der durch das gegenwärtig in Artikel 5 Absatz 3 des UPOV-Uebereinkommens verankerte Prinzip des freien Zugangs zu genetischem Ausgangsmaterial erzielt werde, nicht beeinträchtigt werde. Deshalb ziehe das Vereinigte Königreich ein weniger restriktives System vor.

c) Als weiterer Punkt sei das potentielle Verhältnis zwischen den beiden Abhängigkeitsarten zu prüfen, d. h., sollten der Patentinhaber, dessen Erzeugnis in einer neuen Sorte benutzt werde, und der Züchter, auf dessen Ursprungssorte sich eine neue Sorte stütze, unterschiedlich behandelt werden? Das Vereinigte Königreich hege die Hoffnung, dass diese Ueberlegung berücksichtigt werde, wenn darüber entschieden werde, wie das endgültige System sein sollte.

328. a) Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) erklärte, dass die Frage der Abhängigkeit von Patenten vis-à-vis Sortenschutzrechten im Lichte der grundlegenden Fragen zu prüfen sei. Er meine, dass es sich lohne, darüber nachzudenken, was geschehen würde, wenn es um die Interessen von zwei Patentinhabern gehe, so z. B., wenn der Inhaber eines zweiten Patents mangels einer vom Inhaber des ersten Patents erteilten Lizenz nicht in der Lage wäre, seine Erfindung auszuüben. Er bemerkte, dass die Patentgesetze in vielen Ländern unter diesen Umständen vorsähen, dass dem zweiten Patentinhaber eine Zwangslizenz zur Verfügung gestellt werden könnte. Die meisten Gesetze, die Zwangslizenzen vorsähen, begründeten diese auf unzureichende, unangemessene Ausübung oder darauf, dass die Ausübung der patentierten Erfindung nicht hinreichend sei, um den Bedarf zu decken. Solche Bestimmungen würden zwar selten in Anspruch genommen, aber sie bauten ein für freiwillige Lizenzen günstiges Klima

auf. Zur Frage der Patente und Sortenschutzrechte stelle er eine Reihe von anderen Situationen fest, in denen Abhängigkeit eintreten könne. Als Beispiel nannte er ein Patent an Gen (X) für Krankheitsresistenz und ein Sortenschutzrecht an einer Pflanze, die Gen (X) beinhalte. Er meine, dass man die Pflanzensorte nicht gewerbsmässig vertreiben könne, ohne eine Patentlizenz an Gen (X) zu haben.

b) Weiter zog er in Erwägung, ob eine rechtliche, wirtschaftliche oder moralische Rechtfertigung für unfreiwillige Lizenzen in bezug auf abhängige Sortenschutzrechte bestehe, d. h., ob Patente auf dem Gebiet lebender Materie Rechte verleihen sollten, die begrenzter als diejenigen im leblosen Bereich seien. Er meine, dass die Auffassung, derzufolge eine unfreiwillige Lizenz dem Inhaber eines abhängigen Sortenschutzrechtes zur Verfügung stehen sollte, von der Erwartung des pflanzenzüchterischen Gewerbes stamme, dass die Züchter in der Lage sein sollten, Pflanzenmaterial ungehindert für die weitere Züchtung zu benutzen. Demgegenüber erklärte er, dass, wenn eine Zwangslizenz erteilt werde, der Wert des Patents vermindert würde, weil der Patentinhaber nicht feststellen könne, wie und durch wen das Patent ausgewertet werde.

c) Ausserdem erklärte er, dass, wenn die Antwort auf die gestellte Frage "nein" laute, die Angelegenheit auf dem Verhandlungswege durch eine freiwillige Lizenz zwischen den beiden Parteien geregelt werden könnte. Es könnte geltend gemacht werden, dass, wenn das patentierte Gen in eine durch ein Sortenschutzrecht geschützte Sorte in einer Weise eingeschleust würde, die der Marktnachfrage entspreche, der Patentinhaber durch das kommerzielle Kräftespiel veranlasst würde, ein Lizenzabkommen abzuschliessen. Er meine, dass die Verhandlungsposition eines Patentinhabers in einer solchen Situation vermutlich viel stärker wäre als diejenige des Sortenschutzinhabers, und in diesem Falle würden wahrscheinlich die Interessen des letzteren mehr leiden. Er bemerkte, dass einige Delegierte ausgeführt hätten, dass eine Zwangslizenz nur im öffentlichen Interesse erteilt werden sollte. Dazu bemerkte er, dass er im öffentlichen Interesse eine grundlegende Basis für eine Zwangslizenz sehe, dass aber die Grundlage noch genauer definiert werden müsse, auf der eine solche Lizenz erteilt würde. Im Falle von unabhängigen Sortenschutzrechten bestehe eine Möglichkeit in einer Situation, in der die neue Pflanzensorte einen "wesentlichen technischen Fortschritt" darstelle. Diese Definition sei allerdings in bezug auf die Sortenschutzrechte problematisch. Er frage sich insbesondere, ob der wesentliche technische Fortschritt im Vergleich zum Patent oder zu anderen Sorten festzustellen sei. Ausserdem sehe er Probleme in der Definition dessen, was im Kontext der Pflanzenzüchtung "wesentlich" sei. Möglicherweise könnten die Schwierigkeiten betreffend diese Formulierung in etwa überwunden werden, indem die Worte "einen wesentlichen Beitrag zur Technik" verwendet würden. Er erklärte, dass eine weitere Möglichkeit vorgeschlagen worden sei, die darin bestehe, dass dem Inhaber eines Sortenschutzrechtes eine Zwangslizenz erteilt werden sollte, wenn eine Verweigerung den Aufbau oder die Entwicklung kommerzieller Tätigkeiten unfair beeinträchtigen würde. Andere Delegierte wiederum hätten angedeutet, dass Zwangslizenzen zu erteilen seien, wenn die durch ein Sortenschutzrecht geschützte Sorte einen wesentlichen landwirtschaftlichen Fortschritt darstelle.

d) Anschliessend bemerkte er, dass sich diese Möglichkeiten in ununterbrochener Linie vom völligen Fehlen von Zwangslizenzen - d. h. freiwilligen Lizenzen - bis hin zur Erteilung von Lizenzen an Sortenschutzinhaber von Rechts wegen erstreckten. Im letzteren Falle gebe es bei der Entscheidung für die Erteilung einer Lizenz - abgesehen von der Höhe der zu zahlenden Vergütung - kein Ermessenselement. In einem derartigen Falle werde das Interesse des Patentinhabers ernsthaft geschädigt, weil er keine wirksame Kontrolle über die Auswertung seiner Erfindung habe. Er erklärte ferner, dass die Frage der Erteilung



von gegenseitigen Lizenzen sowie die Umstände, unter denen sie erteilt werden sollten, zu prüfen seien. Das Vereinigte Königreich habe keinen festen Standpunkt in bezug auf die Frage von Abhängigkeitslizenzen eines Patentinhabers für einen Sortenschutzinhaber, könne sich aber Anreize insofern vorstellen, dass der Sortenschutzinhaber unter gewissen passenden Umständen zu einer Zwangslizenz berechtigt sein sollte. Es könnte durchaus sein, dass freie Verhandlungen alle Lizenzschwierigkeiten überwinden würden, aber dies könnte auch durch Bestimmungen betreffend Zwangslizenzen unterstützt werden. Abschliessend bot er dem Sachverständigenausschuss Kopien eines Diskussionspapiers an, das der Europäischen Kommission zu diesem Punkt unterbreitet worden war.

329. Herr GOMEZ (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) erklärte, dass unfreiwillige Lizenzen als eine Lösung von Problemen angenommen werden könnten, die aufgrund von Abhängigkeitssituationen zwischen geistigen Eigentumsrechten aufträten. Dies könnte der Fall sein, wenn ein Sortenschutzrecht in bezug auf ein vorangegangenes Patent in einem Abhängigkeitsverhältnis sei. Die in Absatz 18 enthaltenen Fragen könne seine Delegation bejahen. Sie halte es für fair, dass ein Pflanzenzüchter, der seine Sorte wegen der etwaigen Verletzung eines vorangegangenen Patents nicht auswerten könne, eine Zwangslizenz erhalten solle, vorausgesetzt, dass der Patentinhaber eine gerechte und vernünftige Vergütung erhalte. Der Erteilung von unfreiwilligen Lizenzen müssten aber unbedingt freiwillige Verhandlungen zu dem Zwecke vorausgehen, vertragliche Lizenzen zu erreichen. Die nationalen Gesetze müssten die Möglichkeit der Erteilung von Zwangslizenzen als eine Schutzmassnahme vorsehen, um einen Missbrauch seitens des Patentinhabers zu korrigieren oder zu verhindern. Ein derartiger Missbrauch könnte beispielsweise vorliegen, wenn sich der Inhaber weigere, eine vertragliche Lizenz unter vernünftigen Bedingungen zu gewähren. In bezug auf die in den Absätzen 19 und 20 enthaltenen Fragen sollten Abhängigkeitslizenzen niemals automatisch sein. Bestimmte Bedingungen seien zu erfüllen, und besondere Umstände müssten festgestellt sein, bevor solche Lizenzen erteilt werden könnten. Das öffentliche Interesse sollte aber nicht als das einzige mögliche Kriterium oder als einziger Grund für die Erteilung einer Zwangslizenz festgehalten werden. In typischen Situationen, in denen Abhängigkeitslizenzen nötig seien, stünden private Interessen auf dem Spiel und nicht das öffentliche Interesse oder Interessen allgemeiner Art. Andererseits wäre es in der Praxis sehr schwierig, unfreiwillige Lizenzen ausschliesslich aus Gründen des öffentlichen Interesses zu erteilen, weil hierfür in Spanien ein königlicher Erlass erforderlich sei. Die Kriterien des "wesentlichen technischen Fortschritts" und "wesentlichen Fortschritts" seien gesetzliche Kriterien von unbestimmtem Umfang, die je nach den Umständen von Fall zu Fall bewertet werden müssten. Diese Kriterien könnten jedoch den Verwaltungs- und Justizbehörden, die mit der Erteilung von Zwangslizenzen beauftragt seien, als wirksame Richtlinien dienen.

330. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) erklärte, dass in Neuseeland ein Konsens zwischen den einzelnen interessierten Kreisen gefunden worden sei. Zu Frage 18 vertrete man die Auffassung, dass Abhängigkeitslizenzen zugunsten des Pflanzenzüchters in erster Linie durch die betreffenden Parteien auszuhandeln seien, wobei die Bedingungen an die jeweiligen Umstände des Einzelfalls anzupassen seien. Betreffend Frage 19 sollte der Entwickler einer im wesentlichen abgeleiteten Sorte nicht ausnahmslos berechtigt sein, die Sorte auszuwerten. Er sollte nur dann eine unfreiwillige Lizenz erhalten können, wenn es sich um eine wesentliche Verbesserung handele. In bezug auf Frage 20 sei es wichtig, Innovationen nicht zu verhindern. Deshalb könnten die interessierten Kreise in Neuseeland nur in dem Falle unfreiwillige Lizenzen ins Auge fassen, wenn dies durch einen wesentlichen technischen Fortschritt oder eine wesentliche Verbesserung der Sorte gerechtfertigt sei. Das öffentliche Interesse

gelte als zu vage, um als Grundlage für die Erteilung von Zwangslizenzen zu dienen.

331. Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) stellte fest, dass es in Finnland möglich sei, im Patentbereich sowohl Zwangs- als auch Abhängigkeitslizenzen zu erhalten, dass aber diese Möglichkeit nur einmal in Anspruch genommen worden sei. Sie bemerkte, dass die Zwangslizenz in diesem Falle nicht erteilt worden sei. Wie sie erwähnte, funktionierten freiwillige Lizenzen in Finnland gut. Die Wirkung von Abhängigkeitslizenzen zwischen zwei unterschiedlichen Rechtssystemen müsse noch weiter untersucht werden, und die Antwort auf die gestellte Frage hänge von der Revision des UPOV-Uebereinkommens ab. Abschliessend erklärte sie, dass zur Zeit die Antwort auf Frage 18 "nein" sei, die Antwort auf Frage 19 "nein" sei und die in Absatz 20 Ziffer ii) vorgesehene Option vorgezogen werde.

332. Herr SHITIKOV (Staatskomitee für Erfindungen und Entdeckungen, Sowjetunion) bejahte Frage ii) in Absatz 20. Ferner stellte er fest, dass seine Delegation gegenwärtig nicht wünsche, andere Gründe auszuschliessen.

333. Frau AFONSO (Nationales Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) erläuterte, dass das portugiesische Patentgesetz und auch der Revisionsentwurf zu diesem Gesetz drei Arten von Zwangslizenzen vorsehe, d. h. für den Fall mangelnder oder ungenügender Ausübung des Patents, für den Fall gegenseitiger Abhängigkeit von Patenten und schliesslich im Falle des öffentlichen Interesses. Im Falle der gegenseitigen Abhängigkeit von Patenten könne eine Zwangslizenz erst dann erteilt werden, nachdem festgestellt worden sei, dass eine freiwillige Lizenz nicht erreicht werden könne. Hinsichtlich des öffentlichen Interesses sei es notwendig, dass die Erfindung eine grundlegende Erfindung sei, und eine Zwangslizenz erfordere eine staatliche Intervention. Aufgrund dieses Tatbestands könne sie die in Absatz 18 enthaltene Frage bejahen unter der Voraussetzung, dass Gegenseitigkeit bestehe. In bezug auf Absatz 19 laute die Antwort "ja", hänge aber vom Einzelfall ab. Zu Absatz 20 sei zu bemerken, dass keine Zwangslizenz erteilt werden könne, wenn die Erfindung keinen wesentlichen technischen Fortschritt oder die Sorte keinen wesentlichen Fortschritt darstelle (Punkt iii)).

334. Herr FOLEY (Patentamt, Irland) erklärte, dass die Antwort auf die in Absatz 18 enthaltenen Fragen "ja" laute, dass aber Zwangslizenzen nur als letzter Ausweg erwogen werden sollten. Die Antwort auf die in Absatz 19 enthaltene Frage sei "nein". Die erste Frage in Absatz 20 werde bejaht. Die Antwort auf die Frage in Unterabsatz 20 Ziffer i) sei "nein"; und die Antworten auf die Fragen in Unterabsatz 20 Ziffern ii) und iii) seien "ja".

335. Frau SLADKOVA (Amt für Erfindungen, Tschechoslowakei) verneinte die Frage in Absatz 18. Die Antwort auf die in Absatz 19 enthaltene Frage war "nein". Die Fragen in Absatz 20 und in Absatz 20 Ziffer ii) wurden bejaht.

336. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) erklärte, dass die australische Patentgesetzgebung keine Zwangsabhängigkeitslizenz vorsehe, wenn die Abhängigkeit zwischen zwei Patenten auftrete. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, eine Zwangslizenz zu erteilen, wenn die legitimen Bedürfnisse der Öffentlichkeit nicht erfüllt würden, d. h. wenn der Patentinhaber sich nicht an seinen Teil der Abmachung mit dem Staat halte, der im Patentsystem inhärent sei. Das australische Sortenschutzgesetz enthalte äquivalente Bestimmungen. Zwangslizenzen seien infolgedessen möglich, und auf jeden Fall müsse dem Inhaber eines Patents oder Sortenschutzrechts eine angemessene Vergütung gewährt werden. Er erläuterte ferner, dass man in Australien begonnen habe, die in diesen Punkten aufgeworfenen Fragen genau zu prüfen, und die erste

Reaktion lasse auf eine Tendenz schliessen, sich ausschliesslich auf die Marktkräfte und kommerzielle Verhandlungen zu verlassen. Eine weitere Prüfung sei jedoch noch vonnöten. Es sei zu bemerken, dass eine angemessene Vergütung auf dem Gebiet des Urheberrechts oft deshalb kritisiert worden sei, weil sie keine geeignete Lösung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Rechtsinhabern und denjenigen Personen sei, die einen Zugang zu dem geschützten Gegenstand suchten. Deshalb bestehe auch bei den Rechtsinhabern die Tendenz, ihre Verhandlungsposition infolge der Verfügbarkeit einer Lizenz für schwächer zu halten.

337. Herr WOLF (Patentamt, Oesterreich) erklärte, dass sein Land keine Sortenschutzgesetzgebung habe und dass es für ihn infolgedessen schwierig sei, die Absätze 18 bis 20 zu kommentieren. Seines Erachtens sollten Abhängigkeitslizenzen auf freiwilliger Basis erteilt werden. Schliesslich verneinte er die in den Absätzen 18, 19 und 20 Ziffern i) und iii) enthaltenen Fragen und bejahte die Frage in Absatz 20 Ziffer ii).

338. Herr BOBROVSZKY (Büro für Erfindungen, Ungarn) erklärte, dass Zwangslizenzen in Abhängigkeitsfällen von geistigen Eigentumsrechten als letzter Ausweg in Anspruch genommen werden sollten und nur dann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht erhalten werden könne und die Lizenz im öffentlichen Interesse vonnöten sei.

339. Frau KEEGAN (Generaldirektion Binnenmarkt und Industrie, EG-Kommission) erklärte, dass, wenn ein Sortenschutzrecht von einem Patent abhängig sei, diese Abhängigkeit durch Verhandlung geregelt werden sollte. Sollten die Verhandlungen scheitern, dann könnte als letzter Ausweg eine unfreiwillige Lizenz erwogen werden. Das Kriterium des "wesentlichen technischen Fortschritts" müsse erfüllt sein, bevor derartige Zwangslizenzen erteilt werden könnten. Die logische Grundlage in diesen Fällen sei die landwirtschaftliche Bedeutung oder Wichtigkeit einer spezifischen neuen Sorte sowie der Wunsch, diese Sorte der Öffentlichkeit unter den bestmöglichen Bedingungen zur Verfügung stellen zu können.

340. Herr OBST (Generaldirektion Landwirtschaft, EG-Kommission) bemerkte, dass die Frage der Abhängigkeitslizenzen im Vorschlagsentwurf für eine Ratsverordnung über das gemeinschaftliche Züchterrecht nicht behandelt worden sei.

341. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) stellte fest, dass die Frage von Zwangslizenzen, die in Abhängigkeitsfällen zwischen Patenten und Sortenschutzrechten erteilt werden sollten, innerhalb der UPOV überhaupt nicht erörtert worden sei.

342. Herr ONO (PIPA) sprach sich für die Möglichkeit einer Erteilung von Abhängigkeitslizenzen aus, wenn eine Abhängigkeitssituation zwischen Patent- und Sortenschutzrechten bestehe. Abhängigkeitslizenzen sollten jedoch der Gegenstand freier Verhandlungen zwischen den interessierten Parteien sein. Das öffentliche Interesse sollte als Grund für die Erteilung von Zwangsabhängigkeitslizenzen zugelassen werden, aber der Standard des öffentlichen Interesses müsse hoch sein. Der gleiche hohe Standard für das öffentliche Interesse sollte für jede Art Zwangslizenz Anwendung finden, und zwar ungeachtet der Tatsache, ob eine solche Lizenz erteilt werde, um eine Abhängigkeitssituation zu lösen.

343. Herr LANGE (ASSINSEL) erklärte, dass die ASSINSEL noch zu keiner endgültigen Schlussfolgerung in bezug auf die Fragen 18 bis 20 gelangt sei. Es werde jedoch für wesentlich gehalten, ein Gleichgewicht zwischen den zwei betreffenden Schutzsystemen zu haben. Deshalb müssten die Fragen 18 und 19 die gleiche Antwort erhalten. Allgemein bestehe bei der ASSINSEL eine Tendenz zur Ablehnung von automatischen Lizenzen. Die derzeitigen Antworten lauteten deshalb: "nein" auf Frage 18; "nein" auf Frage 19; "ja" auf die erste Frage in Absatz 20, wobei

947

Zwangslizenzen nur dann zu erteilen seien, wenn es das öffentliche Interesse verlange. Betreffend die wesentliche Sortenverbesserung halte die ASSINSEL diese für keine geeignete Voraussetzung, um Zwangslizenzen zu erteilen, weil sie - nicht zuletzt aufgrund umweltbedingter Einflüsse - nur sehr schwer zu bewerten sei.

344. Herr YAMASHITA (JPA) stellte in bezug auf die Frage in Absatz 18 fest, dass das UPOV-Uebereinkommen keine Abhängigkeitslizenzen vorsehen sollte. In bezug auf die Frage in Absatz 19 laute seine Antwort "nein". In bezug auf die Frage in Absatz 20 sei die Antwort "ja". In bezug auf die Frage in Unterabsatz i) von Absatz 20 laute die Antwort "nein", in bezug auf die Frage in Unterabsatz ii) laute die Antwort "ja" und in bezug auf Unterabsatz iii) von Absatz 20 laute die Antwort "nein".

345. Herr ROBERTS (IHK) erklärte, dass er der vom Delegierten der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Stellungnahme zustimme. Die Antwort zur Frage in Absatz 18 sei "nein" und zur Frage in Absatz 19 "nein". Betreffend die Frage in Absatz 20 sollten Zwangslizenzen nur im öffentlichen Interesse erteilt werden. Hierzu erläuterte er, dass es notwendig sein könnte, den Begriff öffentliches Interesse zu klären. Für die Zwangslizenzen nannte er drei Ziele: i) Ermutigung von freiwilligen Lizenzen, ii) Einführung von Gleichheit zwischen Patenten und Sortenschutzrechten und iii) Vermeidung von Streitigkeiten. In bezug auf den letzteren Punkt verwies er darauf, dass die bei Patenten gemachte Erfahrung zeige, dass es umso mehr Streitfälle gebe je leichter es sei, eine Zwangslizenz zu erhalten. Die vorgesehene Vergütung werde selten als ausreichende Belohnung für den Forschungsaufwand und auch nicht als genügende Entschädigung für verlorene geschäftliche Möglichkeiten angesehen. Ausserdem bemerkte er, dass die Vorenthaltung ausschliesslicher Rechte für wichtige neue kommerzielle Entwicklungen ein ernstes Problem für die Industrie sei und sowohl Wissenschaftler als auch Investoren entmutige.

346. Im Namen von AIPH hob Frau COMTE (IFAP, COPA und COGECA) hervor, dass die AIPH Abhängigkeitslizenzen unter Patenten für biotechnologische Erfindungen für notwendig halte, um die Kontinuität von Forschung und Entwicklung zu sichern, und dass dies auch für Pflanzenzüchtungen gelte, wenn sich ein Patent auf ein Gen beziehe. Zu dieser Frage sollten Bestimmungen für das UPOV-Uebereinkommen ausgearbeitet werden. Diese Art von Lizenz werde ebenfalls als Mittel empfohlen, um einen Konflikt in Abhängigkeitsfällen im Zusammenhang mit zwei Patentinhabern zu vermeiden. Betreffend Frage 19 müsse der Züchter einer ein besonderes Gen enthaltenden Sorte diese Sorte durch ein Sortenschutzrecht und nicht durch ein Patent schützen. In bezug auf Frage 20 sollte den Inhabern von Sortenschutzrechten nichtausschliessliche Zwangslizenzen zur Verfügung stehen, wenn die neue Sorte in landwirtschaftlicher Hinsicht eine wesentliche Verbesserung darstelle und wenn die Ablehnung der Gewährung einer freiwilligen Lizenz den gewerbsmässigen Vertrieb der Sorte verhindern würde. Generell müsse das Sortengewerbe über Zwangslizenzen Zugang zu Sorten haben, die durch Sortenschutzsertifikate oder Patente in bezug auf Gene geschützt seien.

347. Darauf erklärte Frau COMTE im Namen von IFAP, COPA und COGECA, dass die von ihr vertretenen Organisationen der Auffassung seien, dass Frage 18 zu bejahen sei, wenn die geschützte Sorte einen wesentlichen technischen Fortschritt darstelle oder eine merkliche Verbesserung aufweise, vorausgesetzt, dass eine angemessene und gerechte Gebühr gezahlt werde. Die gleiche Antwort sei für Frage 19 geboten, wenn die im wesentlichen abgeleitete Sorte Zeichen für eine merkliche Verbesserung aufweise. In bezug auf Frage 20 sollte es möglich sein, Lizenzen in allen Fällen frei auszuhandeln, wenn die geschützte Sorte einen wesentlichen technischen Fortschritt darstelle oder eine wesentliche Verbesserung aufweise.

348. Herr ROTH (GIFAP) unterstützte die von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland und den Vertretern von PIPA und IHK abgegebenen Stellungnahmen.

349. Herr ORLANDO (UNICE) bemerkte, dass die Frage von Abhängigkeitslizenzen zwischen zwei unterschiedlichen gesetzlichen Schutzsystemen in juristischer Hinsicht einige Unsicherheiten bringen könne, weil dieses Gebiet noch kaum erforscht worden sei. Wenn eine Abhängigkeitssituation in bezug auf die Fragen in Absatz 18 entstehe, dann sollte einem Patentinhaber sein Recht nicht vor-enthalten werden, seinen Lizenznehmer zu wählen. Anstatt von Zwangslizenzen Gebrauch zu machen, sollten eher - so wie dies in der Regel auch in anderen technologischen Bereichen der Fall sei - Verhandlungen über freiwillige Lizenzen ermutigt werden. In bezug auf die in Absatz 19 enthaltene Frage laute die Antwort "nein". In bezug auf die in Absatz 20 enthaltene allgemeine Frage laute die Antwort "ja". Die Antwort auf die Frage in Unterabsatz i) sei "nein"; die Antwort auf Unterabsatz ii) sei "ja" und die Antwort auf Unterabsatz iii) sei "nein". Ausserdem werde auf Artikel 14 des Richtlinienvorschlags des Rates über den Rechtsschutz biotechnologischer Erfindungen verwiesen, den die Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt habe. In bezug auf diese Bestimmung vertrete die UNICE den Standpunkt, dass eine Zwangslizenz nur im Falle tatsächlicher Gründe des öffentlichen Interesses gerechtfertigt werden könne. Sofern eine neue Pflanzensorte einen merklichen Fortschritt der Technik (mit den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen) darstelle, dann liege es offensichtlich im Interesse des Inhabers des biotechnologischen Patents, dass seine Erfindung über eine freiwillige Lizenz in einer Pflanzensorte ausgewertet werde.

350. Herr WINTER (COMASSO) stellte fest, dass die COMASSO sich unbedingt für ein Gleichgewicht zwischen den beiden Schutzsystemen sowie für die Möglichkeit freier Lizenzverhandlungen ausspreche. Zwangslizenzen sollten nur dann erwogen werden, wenn es das öffentliche Interesse erfordere.

351. Herr ROTH (IBA) stimmte den von der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika gemachten Kommentaren zu und war darüber beunruhigt, wie eng und unausgewogen die in den Absätzen 18 bis 20 enthaltene Auffassung in bezug auf die Biotechnologie zu sein scheine. Ein biotechnologisches Unternehmen könnte z. B. ein Gen für ein humanpharmazeutisches Präparat sowie eine transformierte Bakterie, die dieses Gen einschliesse, entwickeln und patentieren. Es könnte in Betracht ziehen, das pharmazeutische Präparat in seiner eigenen Fabrik herzustellen. Normalerweise wäre es dazu in der Lage, und zwar unter Ausschluss der Konkurrenz. Im Rahmen der Abhängigkeitslizenz könnten jedoch andere pharmazeutische Unternehmen - wenn sie sich selbst als Pflanzenzüchter bezeichneten - dieses patentierte Gen auswerten, das sie nicht erfunden hätten, und das Arzneimittel in Pflanzen erzeugen. Dies hätte mannigfaltige Auswirkungen für den Inhaber des Patentrechtes. Zunächst würde sein ursprünglich im Patent vorgesehenes Verbotungsrecht in ein Recht umgewandelt, eine Entschädigung zu erhalten. Diese Entschädigung wäre vom Erfolg der Zwangslizenznehmer und nicht von seinem eigenen Erfolg abhängig. Zur gleichen Zeit würde der Ertrag seiner eigenen kommerziellen Arbeit reduziert, weil er auf dem Markt mit seiner eigenen Ursprungserfindung konkurrieren müsste. Diese Einnahmen würden ihn weder für die verlorenen Gewinne entschädigen, noch würde die Entschädigung im Rahmen der Abhängigkeitslizenz die zahlreichen erfolglosen Experimente berücksichtigen, die seiner erfolgreichen Erfindung vorausgegangen seien. Dies würde effektiv den Anreiz beseitigen, der für den Erfinder anfangs bestanden haben könnte, um sich überhaupt auf die Forschungsarbeit einzulassen. Eine Grundlage für die Erteilung von ausschliesslichen Rechten für Erfindungen sei, dass technologische Neuerungen nicht wie eine steigende Flut seien, die alle Schiffe trage. Sie beruhe vielmehr auf dem Prinzip, dass die Gesellschaft insgesamt den grössten Nutzen habe, wenn die Unternehmen um den technologischen

Erfolg wetteiferten, wobei sie wirtschaftliche Verluste riskierten, wenn ihnen die Innovation nicht gelinge. Wie die Delegation des Vereinigten Königreichs betont habe, bestehe ein Unterschied zwischen Abhängigkeitslizenzen unter zwei vergleichbaren Rechten, wie Patenten, und zwei ungleichen Rechten, wie Patenten und Sortenschutz. Er frage sich, wie der "technische Fortschritt" zu bewerten sei, wenn die Technologien so ungleich wie in dem genannten Beispiel seien. Aus diesen Gründen würden die in den Absätzen 18 bis 20 enthaltenen Fragen verneint, mit Ausnahme der Frage, die in Absatz 20 Ziffer ii) enthalten sei.

352. Herr GROSS (CEFIC) erklärte seine Zustimmung zu den Standpunkten, die die Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug auf die Fragen in den Absätzen 18, 19 und 20 vertreten hatten.

353. Herr JACKSON (CNIPA) sprach gleichfalls im Namen von CEFIC und stimmte den Stellungnahmen zu, die Oesterreich, Finnland, Schweden, Frankreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bundesrepublik Deutschland und andere, darunter GIFAP und PIPA, abgegeben hatten.

354. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) bemerkte, dass die Abhängigkeitsfragen die einzigen Fragen seien, die im eigentlichen Sinne als "Verhältnis" zwischen Patentschutz und Sortenschutz bezeichnet werden könnten. In seinem weiteren Kommentar verwies er auf die heute immer kürzer werdende Zeit, um neue Sorten zu entwickeln, sowie darauf, dass die vorgeschlagene Abhängigkeitslizenz vielleicht in Betracht gezogen werde, um eine hinreichende Vergütung zu erhalten. Er befürworte die von der IHK vertretene Stellungnahme.

355. Herr ENGHOLM (EPI) erklärte in bezug auf die Fragen in den Absätzen 18 und 19, dass die Antwort "nein" laute. Weiterhin führte er aus, dass sich EPI in bezug auf die Frage in Absatz 20 für freie Verhandlungen ausspreche und dass eine Zwangslizenz nur dann annehmbar sei, wenn es das öffentliche Interesse verlange.

356. Herr HJERTMAN (EFPIA) unterstützte den von CEFIC und UNICE vertretenen Standpunkt.

357. Herr SUGDEN (Vorsitzender) fasste die Erörterungen zusammen und bemerkte, dass die meisten Delegationen und Organisationen den Standpunkt vertreten hätten, dass Abhängigkeitslizenzen grundsätzlich freiwillig sein sollten. Demgegenüber scheine keine wesentliche Übereinstimmung in bezug auf die Voraussetzungen oder Gründe vorhanden zu sein, die zu einer Abhängigkeitssituation führten, die die Erteilung einer Zwangslizenz rechtfertige.

#### Fragen in Absatz 21

358. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) erklärte, dass sich das Recht des Züchters, einen Einwand geltend zu machen, aus der Gültigkeit seines Zertifikats ableite, wie sie in ihrer Antwort auf die Frage in Absatz 20 insofern erklärt habe, wonach die geschützte Sorte eine wesentliche Verbesserung darstellen müsse. Sie fügte hinzu, dass der im Rahmen der Revision des UPOV-Uebereinkommens in eckigen Klammern vorgeschlagene Artikel 5 Absatz 5 zu streichen sei, sofern in diesen Artikel keine Bestimmung für ein Verfahren aufgenommen werde, wonach Handlungen in bezug auf Sorten von einer Form der Gegenseitigkeit abhängig gemacht würden, die mit der in den Absätzen 18, 19 und 20 angestrebten vergleichbar sei.

359. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) bezog sich auf die Schwierigkeiten, die der Frage der Kollisionsnorm zugrunde liegen. Er erklärte, dass vor 1969 eine ähnliche Bestimmung im Sortenschutzgesetz existiert habe, aber nie in Anspruch genommen worden sei. Später habe Artikel 53(b) des EPÜ Pflanzensorten vom Patentschutz ausgenommen. Seines Erachtens müsse das Problem einer eventuellen Ueberschneidung des Sortenschutzes und des Patentschutzes zunächst noch mit den interessierten Kreisen seines Landes erörtert werden. Zur Zeit sei er nicht in der Lage, einen Vorschlag betreffend die Frage in Absatz 21 zu unterbreiten. Der vorgeschlagene Entwurf zu Artikel 5 Absatz 5 des UPOV-Uebereinkommens stelle ihn aber nicht zufrieden.

360. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) erklärte, dass die Situation in Absatz 21 als eine Enteignungshandlung anzusehen sei und daher grundsätzlich nicht angenommen werden könne.

361. Herr MIYATA (Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, Japan) erklärte, dass in Japan gegenwärtig zwei Optionen betreffend die Kollisionsnorm für das UPOV-Uebereinkommen erörtert würden. Die erstere erfordere eine Verneinung der Frage, weil der Vorschlag einem Entzug des Patents gleichkomme. Die zweite bestehe in einer Bejahung der Frage, weil die Sortenschutzrechte nicht eingeeengt werden sollten.

362. Frau DARMON (Institut für gewerbliches Eigentum, Frankreich) erklärte im Namen ihrer übergeordneten Behörde, dass die im Entwurf von Artikel 5 Absatz 5 zur Revision des UPOV-Uebereinkommens enthaltenen und in Absatz 21 von Dokument WIPO/UPOV/CE/I/2 wiedergegebenen Bestimmungen im Rahmen der Patentgesetzgebung nicht annehmbar seien.

363. Die Delegationen AUSTRALIENS, NEUSEELANDS, FINNLANDS (Frau Lommi, Amt für Patente und Registrierungen), SCHWEDENS, des VEREINIGTEN KOENIGREICHS, FRANKREICHS, der NIEDERLANDE und IRLANDS gaben ihre Zustimmung zur Position der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA durch Handzeichen zu erkennen. Ausserdem gab eine Reihe von nichtamtlichen Organisationen, wie AIPPI, APAA, COMASSO, EPI, FEMIP, GIFAP, IBA, JPA und PIPA ihrerseits ihre Zustimmung zu erkennen. Die Delegierten NORWEGENS und DAENEMARKS bemerkten, dass sie die Frage noch prüften, während FINNLAND (Herr Vuori, Landwirtschaftsministerium) bemerkte, dass der Zentralverband der landwirtschaftlichen Erzeuger Finnlands eine "Kollisionsnorm" für notwendig halte.

364. Herr OBST (Generaldirektion Landwirtschaft, EG-Kommission) bezog sich auf den gemeinsamen Standpunkt innerhalb der Kommission, dass Frage 21 - wie formuliert - zu verneinen sei. Im Rahmen der Vorbereitung der Ratsverordnung über das gemeinschaftliche Züchterrecht müsse die grundlegende Frage noch weiter geprüft werden, und zwar insbesondere auf der Basis der Erläuterungen, die Herr Brouër (Bundesrepublik Deutschland) abgegeben habe. Eine Enteignung durch eine inhaltliche Begrenzung der Patentrechte stehe jedoch ausser Frage.

365. Herr LANGE (ASSINSEL) erklärte, dass die ASSINSEL die Frage 21, so wie formuliert, ebenfalls verneine. Solange die beiden betroffenen Schutzsysteme nicht ausgewogen seien, könnte jedoch eine Kollisionsnorm notwendig oder erwünscht sein. Die für eine derartige Norm sprechenden Ueberlegungen bezögen sich nicht nur auf den unterschiedlichen Schutzzumfang, sondern auch auf das wesentliche Prinzip des "Züchternvorbehalts".

Frage in Absatz 13

366. Herr WOLF (Patentamt, Oesterreich) stellte fest, dass, wenn ein Verfahren zur Erzeugung von Pflanzen im Sinne von Artikel 53(b) des EPÜ im wesentlichen biologisch sei, es in Oesterreich vom Patentschutz ausgenommen sei. Er erinnerte zudem daran, dass vor Oktober 1987 Nahrungsmittel als solche, Pharmazeutika als solche und chemische Stoffe als solche vom Patentschutz in Oesterreich ausgenommen gewesen seien. Die Verfahren für die Herstellung solcher Erzeugnisse seien jedoch patentierbar gewesen. Schliesslich gab er eine positive Antwort auf die Frage in Absatz 13, weil auf Erfindungen auf dem Gebiet der Biotechnologie die gleichen Voraussetzungen angewendet werden sollten, wie für Erfindungen in anderen technischen Bereichen.

367. Herr WHITMORE (Sortenschutzamt, Neuseeland) betonte, dass es keinen Grund dafür gebe, den Patentschutz nicht auf die in Frage 13 beschriebene Weise auszudehnen, vorausgesetzt, dass die normalen Patentvoraussetzungen erfüllt seien.

368. Herr DENNEHEY (Patentamt, Vereinigtes Königreich) bemerkte, dass die Frage, ob ein Patent für ein Verfahren zur Erzeugung einer Pflanzensorte sich auch auf diese Sorte erstrecken sollte, kein Problem wäre, wenn Erfinder und Züchter frei zwischen den Schutztiteln für ihre Innovationen wählen könnten. Das Vereinigte Königreich unterstütze den Grundsatz eines Schutzes für das durch ein Verfahren erhaltene Erzeugnis, selbst wenn es sich bei dem betreffenden Erzeugnis um eine Pflanzensorte handle. Wichtig sei jedoch im Zusammenhang mit dem Wort "unmittelbar" in dieser Frage, dass das als Erzeugnis eines patentierten Verfahrens hergestellte Pflanzenmaterial selbstvermehrbar sei und dass es damit in der Praxis nicht notwendig sei, das ursprünglich patentierte Verfahren zu wiederholen, um mehr von der Pflanzensorte zu erhalten. Seine Delegation neige zu der Auffassung, dass sich der Schutz für ein patentiertes Verfahren auf alle nachfolgenden Generationen der Pflanzensorte erstrecken sollte, die ursprünglich unmittelbar durch dieses Verfahren hergestellt worden sei.

369. Frau BUSTIN (Komitee zum Schutz neuer Pflanzensorten, Frankreich) bemerkte, dass sie im Namen der gesamten Delegation die Frage 13, so wie sie gestellt worden sei, beantworte, ohne auf die Frage einzugehen, ob eine Sorte als ein unmittelbar durch ein Verfahren erhaltenes Erzeugnis angesehen werden könne, wie der Grundsatz der Erschöpfung unter den zur Frage stehenden Bedingungen anzuwenden oder andere ähnlich komplexe Angelegenheiten zu betrachten seien. Die Antwort laute "ja" unter der Voraussetzung, dass die Sorte als solche nicht Gegenstand eines Anspruchs und infolgedessen eines Rechts sei, das unmittelbar auf sie anwendbar sei.

370. Herr RAVN (Patentamt, Dänemark) erklärte, dass es keinen Grund gebe, weshalb der übliche Schutzzumfang nicht auf Verfahren zur Erzeugung von Pflanzensorten anzuwenden sei und sich der Patentschutz infolgedessen nicht auf das unmittelbar erhaltene Erzeugnis, d. h. auf die durch das genannte Verfahren erhaltene Sorte, erstrecken sollte. Der Schutz sollte sich ausserdem auf die differenzierten Formen erstrecken, in denen die Erfindung präsent sei. In bezug auf die Auswirkungen im Zusammenhang mit dem "Landwirteprivileg" seien noch weitere Ueberlegungen vonnöten. Die in Absatz 13 enthaltene Frage könne bejaht werden.

371. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) pflichtete den Vorrednern in dem Sinne bei, dass Erfindungen von Pflanzensorten wie Erfindungen auf einem anderen technologischen Gebiet zu behandeln



seien, damit sich der Patentschutz für ein bestimmtes Verfahren auf das unmittelbar durch dieses Verfahren erhaltene Erzeugnis erstrecke, und zwar ungeachtet der Tatsache, ob es sich um eine Pflanzensorte handle oder nicht. In dieser Hinsicht sei die Tatsache, dass eine Pflanzensorte nicht patentierbar sei, irrelevant.

372. Frau AFONSO (Institut für gewerbliches Eigentum, Portugal) erklärte, dass die Antwort - sofern sie auf den Rahmen der geplanten Revision des portugiesischen Patentgesetzes bezogen werde - positiv sei.

373. Herr MESSERLI (Bundesamt für geistiges Eigentum, Schweiz) erklärte, dass das schweizer Bundesgericht entschieden habe, dass sich der durch ein Verfahrenspatent erteilte Schutz auch auf die unmittelbar durch dieses Verfahren erhaltenen Erzeugnisse erstrecke, die als solche nicht patentierbar seien. Im derzeitigen Aenderungsverfahren zum schweizerischen Patentgesetz vertrete die schweizer Regierung diesen Standpunkt in bezug auf Pflanzensorten. In diesem Verfahren werde zudem vorgeschlagen, den Schutz auf Material zu erstrecken, das durch die Vermehrung des unmittelbaren Erzeugnisses des patentierten Verfahrens erhalten worden sei.

374. Frau MORELLI GRADI (Patentamt, Italien) wies darauf hin, dass diese Frage im Prinzip eng mit dem Problem der Rechterschöpfung (siehe den im WIPO-Dokument Biot/CE/IV/3 enthaltenen Lösungsvorschlag Nr. 10) verbunden zu sein scheine. Ohne auf die Frage einzugehen, ob eine Sorte als patentierbares Erzeugnis gelten könne, müsse die Beurteilung der Erstreckung des Patentschutzes für das Verfahren auf das durch dieses Verfahren unmittelbar erhaltene Erzeugnis positiv sein - selbst wenn dieses Erzeugnis die Merkmale einer Pflanzensorte habe - wenn diese Frage im Sinne der Voraussetzungen geprüft werde, die für das Patentsystem spezifisch seien (Neuheit, Erfindungshöhe und gewerbliche Anwendbarkeit). Die vom Patentschutz für das Verfahren abgeleiteten Rechte erstreckten sich auch auf das betreffende Erzeugnis.

375. Frau SERIÑA (Registratur für gewerbliches Eigentum, Spanien) bemerkte, dass sie die von der Delegation Frankreichs vertretene Position unterstütze.

376. Herr ÖSTER (Landwirtschaftsministerium, Schweden) erklärte, dass seine Delegation die von Herrn Dennehey (Vereinigtes Königreich) vertretene Auffassung unterstütze.

377. Herr BROUËR (Justizministerium, Bundesrepublik Deutschland) bejahte die Frage in Absatz 13, wobei er darauf hinwies, dass hierdurch die Frage der Erstreckung eines solchen Schutzes auf die Nachkommen des unmittelbar durch ein patentiertes Verfahren erhaltenen Erzeugnisses sowie die Frage der Umkehrung der Beweislast in Gerichtsverfahren nicht beantwortet seien.

378. Herr O'FARRELL (Patentamt, Irland) sprach sich für die vom Delegierten des Vereinigten Königreichs vertretene Position aus.

379. Herr VERSCHURE (Wirtschaftsministerium, Niederlande) erklärte, dass die Anwendung des patentierten Verfahrens selbst die Genehmigung des Patentinhabers erfordere. Verfahrenspatente in bezug auf Pflanzenmaterial seien auf sehr spezifische Merkmale einer Pflanze konzentriert. Die Pflanze als eine Gesamtheit, mit all ihren Merkmalen, könne nicht als das unmittelbare Ergebnis des Verfahrens angesehen werden und falle deshalb nicht in den Schutzzumfang des Verfahrenspatents.

380. Herr MIYATA (Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, Japan) erklärte, dass zur Zeit zwei entgegengesetzte Auffassungen in Japan vorherrschen. Der ersten zufolge sollten sich Patente für biotechnologische Verfahren auf das unmittelbar dadurch erhaltene Erzeugnis erstrecken, so wie dies im Lösungsvorschlag Nr. 8 der WIPO in Dokument BioT/CE/IV/3 angegeben sei. Der anderen Auffassung zufolge sei Lösungsvorschlag Nr. 8 unangebracht und Pflanzensorten seien nur durch Sortenschutzrechte zu schützen, um zu vermeiden, dass das Verbot des kumulierbaren Schutzes von Pflanzensorten durch Sortenschutz- und Patentrechte umgangen werde.

381. Frau LOMMI (Amt für Patente und Registrierungen, Finnland) erklärte, die in Absatz 13 enthaltene Frage bejahen zu können.

382. Herr VUORI (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Finnland) erklärte, dass die finnischen Pflanzenzüchter und der Zentralverband der landwirtschaftlichen Erzeuger Finnlands der Auffassung seien, dass ein Verfahrenspatent nur in bezug auf das unmittelbare Erzeugnis des Verfahrens ausschliessliche Rechte gewähren könne. Die Patentansprüche sollten deshalb an dem Punkt enden, wo die Verkörperung der Erfindung ende, z. B. beim ersten erhaltenen Protoplast und Pflanzengewebe oder bei der ersten erhaltenen Zelle. In bezug auf Artikel 53(b) des Europäischen Patentübereinkommens seien die genannten Kreise der Ansicht, dass der Begriff "mikrobiologische Verfahren" eng ausgelegt werden müsse. Sie könnten keine Auslegung akzeptieren, derzufolge das Erzeugnis eines mikrobiologischen Verfahrens eine genetisch manipulierte Pflanzensorte sei.

383. Herr LOSSIUS (Patentamt, Norwegen) bemerkte, dass die Situation in Norwegen zur Zeit ähnlich wie diejenige in Japan sei, die die Delegation jenes Landes zuvor erläutert habe. Deshalb sei Norwegen derzeit nicht in der Lage, eine endgültige Antwort in bezug auf die Frage in Absatz 13 abzugeben.

384. Herr HADDRICK (Patent-, Warenzeichen- und Gebrauchsmusteramt, Australien) erklärte, dass es im Rahmen des nationalen Patentgesetzes seines Landes möglich sei, einen sich auf ein bekanntes Erzeugnis erstreckenden Patentanspruch zu haben, wenn dieses durch ein neues erfinderisches Verfahren hergestellt worden sei, ungeachtet der Tatsache, dass das Erzeugnis selbst weder neu noch erfinderisch sei. Dieselben Grundsätze sollten anwendbar sein, wenn das betreffende Erzeugnis eine Pflanze oder eine Pflanzensorte sei. Deshalb könne die Frage in Absatz 13 bejaht werden.

385. Frau KEEGAN (Generaldirektion Binnenmarkt und Industrie, EG-Kommission) erklärte, dass alle folgenden Nachkommen des durch das patentierte Verfahren erzeugten Ausgangsmaterials zum Zwecke des Schutzzumfangs eines Patents für lebende Materie als ein "unmittelbares" Erzeugnis dieses Verfahrens zu betrachten seien.

386. Herr LANGE (ASSINSEL) sprach sich gleichfalls für eine Unterscheidung zwischen dem Schutzzumfang und dem Schutzgegenstand aus. In bezug auf den Umfang des Patentschutzes habe die ASSINSEL keinen Einwand gegen eine Erstreckung dieses Schutzes auf Pflanzenmaterial. In bezug auf den Gegenstand könne die ASSINSEL sich keine Situation vorstellen, in der eine Pflanzensorte das unmittelbar durch ein Verfahren, wie das beschriebene, erhaltene Erzeugnis wäre. Den Mitgliedern der ASSINSEL, die sich mehrheitlich für die Erhaltung der Bestimmungen über das Verbot des Doppelschutzes aussprächen, sei ebenfalls sehr daran gelegen, dass diese Bestimmungen nicht umgangen würden, indem man durch den Verfahrensschutz Patentschutz für Erzeugnisse als solche anwende.

387. Herr ONO (PIPA) erklärte, dass er die Frage in Absatz 13 bejahen könne. Er fügte hinzu, dass die Auslegung des Begriffs "unmittelbar abgeleitete" in

4

diesem Zusammenhang sehr wichtig sei. Weitere Generationen einer unmittelbar durch ein Verfahren hergestellten Pflanzensorte sollten durch den Patentschutz für jenes Verfahren gedeckt sein. Anderenfalls müssten die Patentanmelder ihre Patentansprüche so formulieren, dass die Erweiterung des Schutzes in der Praxis verwirklicht werden könnte.

388. Herr ROBERTS (IHK) und Herr ROTH (GIFAP) unterstützten die von der Delegation des Vereinigten Königreichs vertretene Auffassung.

389. Herr YAMASHITA (JPA) bemerkte, dass seine Antwort auf die Frage "ja" laute. Er sagte ferner, dass eine durch ein Verfahren hergestellte Pflanzensorte die erste und alle nachfolgenden Generationen einschliesse. Zudem schliesse die Sorte auch einen ganzen Vermehrungszyklus ein, d. h. vom Saatgut zur Pflanze und wieder zurück zum Saatgut. Alle Generationen seien also eine Einheit einer Pflanzensorte.

390. Frau COMTE (IFAP, COPA und COGECA) wünschte auf Frage 21 zurückzukommen und erklärte, dass sich die von ihr vertretenen Organisationen für die Aufnahme einer Kollisionsnorm aussprächen. Betreffend Frage 13 seien die Organisationen der Ansicht, dass es - angesichts der Tatsache, dass die einzige geeignete Schutzform für Pflanzensorten Sortenschutzrechte seien - äusserst bedauerlich wäre, wenn der Schutz, wie in der Frage beschrieben, erstreckt würde.

391. Herr JACKSON (CNIPA) beantwortete die Frage allgemein mit "ja". Er unterstütze in dieser Hinsicht die vom Vereinigten Königreich abgegebene Stellungnahme zu nachfolgenden Generationen. Ferner erklärte er, dass die Definition des Begriffs "unmittelbar abgeleitete" noch weiter geprüft werden müsse.

392. Herr WINTER (COMASSO) erklärte, dass die COMASSO den von Herrn LANGE (ASSINSEL) vertretenen Standpunkt unterstütze, vor allem weil das Doppelschutzverbot erhalten bleiben müsse.

393. Herr HASHIMOTO (APAA) beantwortete die Frage mit "ja".

394. Herr BROCK-NANNESTAD (FEMIP) erklärte, dass seine Antwort auf die Frage "ja" laute. Ausserdem verwies er auf die Liste der in den USA in diesem Technologiebereich ausgestellten Patente, die er dem Ausschuss bereits zur Verfügung gestellt habe und in der Beispiele für neue Kombinationen traditioneller Züchtungsverfahren mit neuen biotechnologischen Formen enthalten seien.

395. Herr SUGDEN (Vorsitzender) fasste die Erörterungen zusammen und stellte fest, dass die Mehrheit der Delegationen und Organisationen die Frage in bezug auf die Erstreckung des Patentschutzes auf das unmittelbar durch ein Verfahren hergestellte Erzeugnis zu bejahen scheine, und dass mehrere Länder ihre Gesetze änderten, um dieser Regel Rechnung zu tragen. Ferner hielt er fest, dass mehrere Delegationen prüften, ob der Schutz für nachfolgende Generationen von Erzeugnissen vorgesehen werden sollte, die durch ein patentiertes Verfahren hergestellt worden seien.

#### IV. WEITERE BEMERKUNGEN ALLGEMEINER ART

396. Herr KIM (Ständige Vertretung, Republik Korea) erklärte, dass die koreanische Delegation mit Genugtuung die Ausführungen vieler Regierungsdelegationen, zwischenstaatlicher Organisationen und Vertreter interessierter Kreise vernommen habe, und zwar nicht nur hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Patentschutz und Sortenschutz, sondern auch hinsichtlich der beiden Systeme

selbst und anderer damit verbundener Fragen. Seine Delegation sei der Auffassung, dass alle diese Ansichten massgeblich dabei helfen würden, ein wirksames Schutzsystem für die Pflanzenzüchtung in der Republik Korea aufzubauen, wo zur Zeit ein patentgesetzlicher Schutz für Erfindungen von vegetativ vermehrbaren Pflanzen vorgesehen sei, aber kein gesetzliches Schutzsystem für viele bedeutende, generativ vermehrbare landwirtschaftliche und gartenbauliche Arten vorhanden sei. Man habe davon Kenntnis genommen, dass die in jedem Land herrschende traditionelle Situation sowie die Interessen der verschiedenen Sektoren, die in den einschlägigen Gebieten des jeweiligen Landes eine Rolle spielten, das Schutzsystem beeinflusst hätten. Es sei aber daran erinnert, dass das Hauptthema, das den Erörterungen in dieser Tagung zugrunde gelegen habe, eine Anregung von Investition und Forschung auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung und verwandter Technologien für pflanzliche Anbauarten sei, und zwar im Interesse und zum Wohl der Allgemeinheit und des landwirtschaftlichen Sektors im besonderen. Eines oder beide Schutzsysteme zu befürworten und Möglichkeiten zur Handhabung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Systemen zu finden, sollte nur gerechtfertigt sein, wenn dieses Ziel durch sie erreicht werden sollte.

#### V. KUENFTIGE ARBEIT

397. Die Vertreter mehrerer nichtamtlicher Organisationen äusserten den Wunsch, dass eine weitere Tagung durch die WIPO und die UPOV organisiert würde, um die Erörterungen des Sachverständigenausschusses fortsetzen zu können. Bei der Planung dieser Tagung sei die Vorbereitungsarbeit zur Revision des UPOV-Uebereinkommens zu berücksichtigen.

398. Die Sekretariate der WIPO und der UPOV erklärten, dass sie die Möglichkeit der Organisation einer weiteren Tagung prüfen würden, an der nicht nur nichtamtliche Organisationen, sondern auch Regierungsdelegationen und zwischenstaatliche Organisationen teilnehmen könnten, und dass der Zeitpunkt einer solchen Tagung vom Fortschritt abhängt, der in bezug auf die Revision des UPOV-Uebereinkommens gemacht werde.

399. Herr HOINKES (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) bemerkte, dass die vom Sachverständigenausschuss erörterte Arbeit für eine Reihe von Organisationen und Regierungsstellen ungeachtet dessen von Interesse sei, dass sie von zwei unterschiedlichen internationalen Organisationen ausgeführt werde. Allerdings scheine es, dass einige der UPOV-Dokumente, die möglicherweise für Regierungsstellen ausserhalb der Landwirtschaftsbehörden in den jeweiligen Ländern von Interesse gewesen wären, diese Regierungsstellen niemals erreicht hätten. Er fragte, ob es möglich wäre, Dokumente (und zwar vor allem diejenigen, die die Revision des UPOV-Uebereinkommens betreffen) zumindest an die Regierungsbeamten und Regierungsstellen zu senden, die an der Sachverständigentagung vertreten seien.

400. Herr GREENGRASS (Stellvertretender Generalsekretär der UPOV) stellte fest, dass die Dokumente der UPOV routinemässig an eine Liste von Sachverständigen in den Verbandsstaaten gesandt würden (wobei es sich nicht um eine geschlossene Liste handle) und dass die von Herrn Hoinkes (Patent- und Warenzeichenamt, Vereinigte Staaten von Amerika) gestellte Frage geprüft werde.

401. Dieser Bericht wurde am 2. Februar 1990 vom Sachverständigenausschuss einstimmig angenommen.

[Anlage folgt]

ANNEXE/ANNEX

LISTE DES PARTICIPANTS/LIST OF PARTICIPANTS

I. ETATS/STATES

(dans l'ordre alphabétique français des noms des Etats/  
in the French alphabetical order of the names of the States)

ALGERIE/ALGERIA

Mohamed YOUNSI, Chef du département des inventions, Institut algérien de normalisation et de propriété industrielle (INAPI), Alger

ALLEMAGNE (REPUBLIQUE FEDERALE D')/GERMANY (FEDERAL REPUBLIC OF)

Dirk BROUËR, Referatsleiter Patentrecht, Bundesministerium der Justiz, Bonn

Wolfgang BURR, Ministerialrat, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn

Elmar HEINEN, Ministerialrat, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn

Frank-Peter GOEBEL, Leitender Regierungsdirektor, Deutsches Patentamt, München

Henning KUNHARDT, Abteilungsleiter, Bundessortenamt, Hannover

Walter RUTZ, Referatsleiter, Bundessortenamt, Hannover

Sigmund J. HUBER, Regierungsrat, Deutsches Patentamt, München

ARGENTINE/ARGENTINA

Hector A. ORDONEZ, Adviser, Secretariat for Agriculture, Livestock and Fisheries, Buenos Aires

Antonio G. TROMBETTA, Second Secretary, Permanent Mission, Geneva

AUSTRALIE/AUSTRALIA

Ronald Alfred WALKER, Ambassador, Permanent Representative, Permanent Mission, Geneva

Murray HADDRICK, Deputy Commissioner of Patents, Patent, Trade Marks and Designs Office, Woden, A.C.T.

Benjamin Joseph LOUDON, Registrar, Plant Variety Rights, Plant Variety Rights Office, Department of Primary Industries and Energy, Canberra

Noel Joseph BYRNE, University Professor, Queen Mary College, Faculty of Law, University of London, London

John HANNOUSH, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

AUTRICHE/AUSTRIA

Karl WOLF, Diplom-Ingenieur, Österreichisches Patentamt, Wien

BANGLADESH

Mohammed Ishaq TALUKDAR, Minister (Economic Affairs), Permanent Mission, Geneva

BELGIQUE/BELGIUM

Walter J.G. VAN ORMELINGEN, Ingénieur agronome, Ministère de l'agriculture, Bruxelles

Dominique VANDERGHEYNST, Conseiller adjoint, Office de la propriété industrielle, Bruxelles

BRESIL/BRAZIL

Norman NEUMAIER, Technical Head, EMBRAPA - CNPSO, Londrina, PR

Paulo Roberto de ALMEIDA, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

CANADA

James BUCHANAN, Policy Analyst, Department of Consumer and Corporate Affairs, Ottawa

Effat MAHER (Mrs.), Section Head, Patent Office, Department of Consumer and Corporate Affairs, Hull

Valerie SISSON (Ms.), Examiner, Plant Breeders' Rights, Agriculture Canada, Ottawa

CHILI/CHILE

Yerko SIMUNOVIC, Lawyer, Agriculture and Livestock Service of Chile, Santiago de Chile

Pablo ROMERO, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

DANEMARK/DENMARK

Flemming ESPENHAIN, Chairman, Plant Novelty Board, Plant Directorate, Lyngby

Niels RAVN, Deputy Director General, Danish Patent Office, Taastrup

Pernille THORSBOE (Mrs.), Head of Division, Danish Patent Office, Taastrup

EGYPTE/EGYPT

Tahany Mohamed Ebrahim OSMAN (Mrs.), Director, Technical Information Department, Patent Office, Academy of Scientific Research and Technology, Cairo

ESPAGNE/SPAIN

Alberto CASADO CERVINO, Director, Department of Studies and International Relations, Registry of Industrial Property, Madrid

Ricardo LÓPEZ DE HARO Y WOOD, Technical Director, Certification and Registration of Plant Varieties, INSPV, Madrid

Juan Manuel GONZALEZ DE LINARES, Counsellor, Permanent Mission, Geneva

José Ramón PRIETO, Counsellor (Agricultural Affairs), Permanent Mission, Geneva

Jesús GOMEZ MONTERO, Technical Counsellor, Department of Studies and International Relations, Registry of Industrial Property, Madrid

Manuel ILLESCAS, Senior Technical Examiner, Registry of Industrial Property, Madrid

Isabel SERINA (Mrs.), Senior Technical Examiner, Registry of Industrial Property, Madrid

ETATS-UNIS D'AMERIQUE/UNITED STATES OF AMERICA

H. Dieter HOINKES, Senior Counsel, U.S. Patent and Trademark Office, Washington, D.C.

Charles E. VAN HORN, Special Assistant to the Assistant Commissioner for Patents, U.S. Patent and Trademark Office, Washington, D.C.

James H. ELGIN Jr., National Program Leader, Forage Crops, U.S. Department of Agriculture, Agricultural Research Service, Beltsville

William T. SCHAPAUGH, Executive Vice President, American Seed Trade Association, Washington D.C.

Dale L. PORTER, Attorney, Des Moines, Iowa

David R. PATTERSON, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

FINLANDE/FINLAND

Hely Irmeli LOMMI (Mrs.), Head of Division, National Board of Patents and Registration, Helsinki

Eija NUORLAHTI-SOLARMO (Mrs.), Head, Legal Division, National Board of Patents and Registration, Helsinki

Arto VUORI, Adviser, Ministry of Agriculture and Forestry, Helsinki

FRANCE

Dolly DARMON (Mme), Chef de division, Institut national de la propriété industrielle (INPI), Paris

- - - - -

Jean-François PREVEL, Directeur, Bureau de la sélection végétale et des semences, Ministère de l'agriculture et de la forêt, Paris

François GOUGÉ, Conseiller à la Cour d'Appel, Président du Comité de la protection des obtentions végétales, Ministère de l'agriculture, Paris

Nicole BUSTIN (Mlle), Secrétaire général, Comité de la protection des obtentions végétales, Ministère de l'agriculture, Paris

Philippe GUIGNARD, Chargé de mission pour les biotechnologies, Ministère de l'agriculture et de la forêt, Paris

Pierre-Benoît JOLY, Chargé de recherche, Institut national de la recherche agronomique, Grenoble

GRECE/GREECE

Kostas ABATZIS, Director, Patents and Utility Models Section, Member of the Administrative Council, Industrial Property Organization (OBI), Athens

GUATEMALA

Francisco J. OLIVET TORRES, Deputy Director General, Institute for Science and Agricultural Technology (ICTA), Guatemala

HONGRIE/HUNGARY

Jenő BOBROVSZKY, Head, Legal and International Department, National Office of Inventions, Budapest

IRLANDE/IRELAND

Ignatius BYRNE, Agricultural Inspector, Department of Agriculture and Food, Dublin

Brian O'FARRELL, Principal Examiner of Patents, Patents Office, Dublin

Enda P. FOLEY, Senior Examiner, Patents Office, Dublin

ITALIE/ITALY

Giovanna MORELLI GRADI (Mme), Chef de division, Office central des brevets, Ministère de l'industrie, du commerce et de l'artisanat, Rome

Pasquale IANNANTUONO, Conseiller juridique auprès du Bureau du délégué aux accords de propriété intellectuelle, Ministère des affaires étrangères, Rome



JAPON/JAPAN

Nobuo SASAKI, Director, Examination Standard Office, Japanese Patent Office, Tokyo

Satoru MIYATA, Assistant Director, Seeds and Seedlings Division, Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries, Tokyo

Kunio NAITO, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

Shigeo TAKAKURA, First Secretary, Permanent Mission, Geneva

NORVEGE/NORWAY

Per T. LOSSIUS, Assistant Director General, Norwegian Patent Office, Oslo

Leif Robert HANSEN, Assistant Director, The National Agricultural Inspection Service, As

NOUVELLE-ZELANDE/NEW ZEALAND

Frank William WHITMORE, Commissioner of Plant Variety Rights, Plant Variety Rights Office, Lincoln

PAYS-BAS/NETHERLANDS

Johannes C.H. PERIZONIUS, Vice-President, Patent Office, Rijswijk

Wilhelmus F.S. DUFFHUES, Director, Forestry and Landscaping, Ministry of Agriculture and Fisheries, Utrecht

Barteld Pieter KIEWIET, President, Board for Plant Breeders' Rights, Wageningen

Yvonne E.T.M. GERNER (Mrs.), Legal Adviser, Ministry of Agriculture and Fisheries, The Hague

A.G.W.J. VERSCHURE, Legal Adviser, Ministry of Economic Affairs, The Hague

PORTUGAL

Isabel AFONSO (Mme), Chef de la division des brevets, Institut national de la propriété industrielle, Lisbonne

REPUBLIQUE DE COREE/REPUBLIC OF KOREA

Joon-Kyu KIM, Attaché (Intellectual Property), Permanent Mission, Geneva

Sung Woo LEE, Examiner, Korea Industrial Property Office, Seoul

Jin-Young YOON, Plant Breeder, Member of Study Team of Plant Variety Rights, Horticultural Experiment Station, Suweon

REPUBLIQUE DEMOCRATIQUE ALLEMANDE/GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

Kay WENDLER, Attaché, Permanent Mission, Geneva

ROYAUME-UNI/UNITED KINGDOM

Alec SUGDEN, Superintending Examiner, Patent Office, London

John ARDLEY, Deputy Controller, Plant Variety Rights Office, Cambridge

Sean DENNEHEY, Senior Patent Examiner, Patent Office, London

SENEGAL

Galo DIOP, Secrétaire d'Ambassade, Mission permanente, Genève

SUEDE/SWEDEN

Karl Olov ÖSTER, Permanent Under-Secretary, Ministry of Agriculture,  
President, National Plant Variety Board, Stockholm

Fredrik VON ARNOLD, Legal Adviser, Ministry of Justice, Stockholm

Lennart KÄHRE, Vice Chairman, Plant Variety Board, Department of Crop  
Production Science, Swedish University of Agricultural Sciences, Uppsala

Ragnhild WALLE (Mrs.), Head of Division, Royal Patent and Registration  
Office, Stockholm

SUISSE/SWITZERLAND

Peter MESSERLI, Chef des Rechtsdienstes I, Bundesamt für geistiges Eigentum,  
Bern

Maria JENNI (Frau), Leiterin des Büros für Sortenschutz, Bundesamt für  
Landwirtschaft, Bern

Bruno LUTHI, Abteilungschef, Prüfungsabteilung Chemie, Bundesamt für geistiges  
Eigentum, Bern

Marcel INGOLD, Adjoint de direction, Station de recherches agronomiques de  
Changins, Nyon

Hans SPILLMANN, Wissenschaftlicher Adjunkt, Bundesamt für Landwirtschaft, Bern

TCHECOSLOVAQUIE/CZECHOSLOVAKIA

Milena SLADKOVA (Mrs.), Expert, External Relations Department, Federal Office  
for Inventions, Prague

Jana KUBESOVA (Mrs.), Examiner, Federal Office for Inventions, Prague

TUNISIE/TUNISIA

Habib TEBOURBI, Secrétaire des affaires étrangères, Mission permanente, Genève

TURQUIE/TURKEY

Akin ALGAN, Conseiller, Mission permanente, Genève

UNION SOVIETIQUE/SOVIET UNION

Vladimir SHITIKOV, Deputy Chief, Industrial Property Department, State Committee for Inventions and Discoveries, Moscow

URUGUAY

Ricardo GONZALEZ-ARENAS, Deuxième Secrétaire, Mission permanente, Genève

VENEZUELA

Lourdes MOLINOS (Mrs.), Counsellor, Permanent Mission, Geneva

VIET NAM

NGO DINH KHA, Deuxième Secrétaire, Mission permanente, Genève

II. ORGANISATIONS INTERGOUVERNEMENTALES/  
INTERGOVERNMENTAL ORGANIZATIONS

ASSOCIATION EUROPEENNE DE LIBRE-ECHANGE (AELE)/EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION (EFTA)

Raimo J. LUOMA, Officer, European Free Trade Association, Geneva

ASSOCIATION INTERNATIONALE D'ESSAIS DE SEMENCES (ISTA)/INTERNATIONAL SEED TESTING ASSOCIATION (ISTA)

Hans Ulrich SCHWARZENBACH, Executive Officer, International Seed Testing Association, Zurich

COMMISSION DES COMMUNAUTES EUROPEENNES (CCE)/COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (CEC)

Dieter M.R. OBST, Administrateur principal, Direction générale de l'agriculture, Commission des Communautés européennes, Bruxelles

Sandra KEEGAN (Mme), Administrateur, Direction générale du marché intérieur et des affaires industrielles, Commission des Communautés européennes, Bruxelles

Albert A.J. SAINT-RÉMY, Administrateur, Direction générale de la science, de la recherche et du développement, Commission des Communautés européennes, Bruxelles

Stephen R. CRESPI, Expert à la Direction générale du marché intérieur et des affaires industrielles, Commission des Communautés européennes, Bruxelles

ORGANISATION DE COOPERATION ET DE DEVELOPPEMENT ECONOMIQUES (OCDE)/  
ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD)

Jean-Marie DEBOIS, Principal Administrator, Directorate for Food, Agriculture and Fisheries, Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris

ORGANISATION EUROPEENNE DES BREVETS (OEB)/EUROPEAN PATENT ORGANISATION (EPO)

Rudolf TESCHEMACHER, Directeur, Division du droit des brevets, Office européen des brevets, Munich

Larissa GRUSZOW (Mme), Administrateur principal, Division des affaires internationales juridiques et administratives, Office européen des brevets, Munich

Christian GUGERELL, Examineur principal, Direction Générale 2, Office européen des brevets, Munich

III. ORGANISATIONS INTERNATIONALES NON GOUVERNEMENTALES/  
INTERNATIONAL NON-GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS

Association asiatique d'experts juridiques en brevets (APAA)/Asian Patent Attorneys Association (APAA): Yoshiro HASHIMOTO (Chairman, Biotechnology Study Group, APAA Japan Group)

Association des obtenteurs de variétés végétales de la Communauté économique européenne (COMASSO)/Association of Plant Breeders of the European Economic Community (COMASSO): Joachim WINTER (Secretary General); Donald Gordon McNEIL; Gérard J. URSELMANN; Martin KAMPS; Jan A.J.M. GEERTMAN; Pedro DE WENETZ

Association internationale des producteurs de l'horticulture (AIPH)/International Association of Horticultural Producers (AIPH):  
Otto KOCH (Vice-President)

Association internationale pour la protection de la propriété industrielle (AIPPI)/International Association for the Protection of Industrial Property (AIPPI): Joseph STRAUS; Eva PARRAGH (Mrs.)

Association internationale pour la promotion de l'enseignement et de la recherche en propriété intellectuelle (ATRIP)/International Association for the Advancement of Teaching and Research in Intellectual Property (ATRIP): François DESSEMONTET (Vice-President); Joseph STRAUS (Member, Executive Committee; Treasurer)

Association internationale des sélectionneurs pour la protection des obtentions végétales (ASSINSEL)/International Association of Plant Breeders for the Protection of Plant Varieties (ASSINSEL): T. Martin CLUCAS (President); David CURTIS (Vice-President); Richard C.F. MACER; Jean DONNENWIRTH; Evert JOHANSSON; Douglas GUNARY; Peter LANGE; Bernard LE BUANEC; Jaap VAN DE LINDE; Aad VAN ELSEN; Jasper E. VELDHUYZEN VAN ZANTEN; Martine MARCHAND (Mrs.)

Association de propriété industrielle du Pacifique (PIPA)/Pacific Industrial Property Association (PIPA): Koichi ONO; Seiji ABE

Chambre de commerce internationale (CCI)/International Chamber of Commerce (ICC): Timothy Wace ROBERTS; Walter SMOLDERS

Comité général de la coopération agricole de la Communauté économique européenne (COGECA)/General Committee for Agricultural Cooperation in the European Economic Community (COGECA): Françoise COMTE (Mlle); Christiane BEHAGHEL (Mme)

Comité des instituts nationaux d'agents de brevets (CNIPA)/Committee of National Institutes of Patent Agents (CNIPA): Richard Simon BASSETT; Michael Peter JACKSON; David Gardner BANNERMAN

Comité des organisations professionnelles agricoles de la Communauté économique européenne (COPA)/Committee of Agricultural Organizations in the European Economic Community (COPA): Françoise COMTE (Mlle); Christiane BEHAGHEL (Mme)

Communauté internationale des obtenteurs de plantes ornementales et fruitières de reproduction asexuée (CIOPORA)/International Community of Breeders of Asexually Reproduced Ornamental and Fruit-Tree Varieties (CIOPORA): René ROYON (Secrétaire général); Pierre TRIOREAU

Conseil européen des fédérations de l'industrie chimique (CEFIC)/European Council of Chemical Manufacturers' Federations (CEFIC): Karl F. GROSS

Fédération européenne des associations de l'industrie pharmaceutique (EFPIA)/European Federation of Pharmaceutical Industries' Associations (EFPIA):  
Ivan HJERTMAN

Fédération européenne des mandataires de l'industrie en propriété industrielle (FEMIPI)/European Federation of Agents of Industry in Industrial Property (FEMIPI): George BROCK-NANNESTAD

Fédération internationale du commerce des semences (FIS)/International Federation of the Seed Trade (FIS): Michel BESSON (Secretary General);  
Alexander J. MENAMKAT (Assistant Secretary General); Heisan H. KOSHIBE

Fédération internationale des conseils en propriété industrielle (FICPI)/International Federation of Industrial Property Attorneys (FICPI):  
David Gardner BANNERMAN (Special Reporter, Biotechnology); Ernest GUTMANN

Fédération internationale des producteurs de l'agriculture (FIPA)/International Federation of Agricultural Producers (IFAP):  
Françoise COMTE (Mlle); Christiane BEHAGHEL (Mme)

Groupement international des associations nationales de fabricants de produits agrochimiques (GIFAP)/International Group of National Associations of Agrochemical Manufacturers (GIFAP): Bernhard M. ROTH (Chairman, Working Group on Patents); Robert W. BLACK; Günter SCHUMACHER

Industrial Biotechnology Association (IBA): Michael ROTH; Dennis R. HOERNER

Institut des mandataires agréés près l'Office européen des brevets (EPI)/Institute of Professional Representatives before the European Patent Office (EPI): Arthur V. HUYGENS (Chairman, Committee on Biotechnological Inventions); Carl ENGHOLM

Institut Max Planck de droit étranger et international en matière de brevets, de droit d'auteur et de concurrence (MPI)/Max Planck Institute for Foreign and International Patent, Copyright and Competition Law (MPI): Rainer MOUFANG (Research Associate)

Japan Patent Association (JPA): Kiyoshi YAMASHITA (Assistant Chairman, Biotechnology Committee)

Union des confédérations de l'industrie et des employeurs d'Europe (UNICE)/Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (UNICE):  
François CHRETIEN; Giorgio ORLANDO; Alan LAIRD

IV. BUREAU/OFFICERS

Présidents/Chairmen: Wilhelmus F.S. DUFFHUES (Pays-Bas/Netherlands)  
Alec SUGDEN (Royaume-Uni/United Kingdom)

Secrétaires/Secretaries: Ludwig BAEUMER (OMPI/WIPO)  
André HEITZ (UPOV)

V. BUREAU INTERNATIONAL DE L'ORGANISATION MONDIALE  
DE LA PROPRIÉTÉ INTELLECTUELLE (OMPI)/  
INTERNATIONAL BUREAU  
OF THE WORLD INTELLECTUAL PROPERTY ORGANIZATION (WIPO)

Arpad BOGSCH, Directeur général/Director General

Alfons SCHÄFERS, Vice-directeur général/Deputy Director General

Divisions de la propriété industrielle/Industrial Property Divisions:  
Ludwig BAEUMER (Directeur/Director); Alfredo ILARDI; Octavio ESPINOSA;  
Bernard IBOS; Richard WILDER; Serguei ZOTINE

VI. BUREAU DE L'UPOV/OFFICE OF UPOV

Arpad BOGSCH, Secrétaire général/Secretary-General

Barry GREENGRASS, Secrétaire général adjoint/Vice Secretary-General

André HEITZ; Max-Heinrich THIELE-WITTIG; Yasuhiro HAYAKAWA

[End of document/Fin du document]